

Politik

Rückhalt für Wörner: Die erste Sitzung des Verteidigungsausschusses zum Fall Kießling hat offenbar die Position von Verteidigungsminister Wörner gestärkt. Sprecher der Koalitionsfraktionen erklärten, Wörner habe sich bei der Entscheidung, Kießling zu entlassen, korrekt verhalten. Die SPD ist noch unentschieden über ihr weiteres Vorgehen. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Stockholmer Konferenz: Wenige Stunden vor seiner Aussprache mit US-Außenminister Shultz hat der sowjetische Außenminister Gromyko den USA gestern Streben nach militärischer Überlegenheit und Kriegshysterie vorgeworfen. Erst wenn der Westen die neuen US-Raketen ablehnt, sei Moskau zur Wiederaufnahme der Genfer INF-Verhandlungen bereit. (S. 1)

Attentat in Beirut: Zu dem Mordanschlag auf den Präsidenten der Amerikanischen Universität, Malcolm Kerr, bekannteschleierprotestische Untergrundorganisation „Islamischer Heiliger Krieg“. (S. 6)

Hessen: Die SPD-Spitze hat das Ergebnis der Verhandlungen mit den Grünen über die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung gebilligt und damit den Weg für eine Zusammenarbeit freigegeben. Die CDU erklärte, Ministerpräsident Böcker habe sich voll in die Abhängigkeit von den Grünen begeben. (S. 1)

Zitat des Tages

„Wer unserem Volk Leistungsellen verweigert, der verurteilt es zum Abstieg, der verweigert unserer Jugend die Zukunft und unseren Ältern den gesicherten Lebensabend.“

Der FDP-Vorsitzende und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zu seiner Forderung nach privaten Elternteil-Verträgen. (FOTO: FERN HARTUNG)

Wirtschaft

Wohnungsbau: Einen Rückgang der Nachfrage befürchtet der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Herion. Er werde um so stärker ausfallen, je später die politischen Entscheidungen über die weitere Gestaltung des Wohnungsbau getroffen werden. (S. 7)

Tourismus: Im weltweiten grenzüberschreitenden Reiseverkehr wurden 1982 280 Milliarden Dollar umgesetzt. Damit steht der Tourismus an dritter Stelle hinter dem weltweiten Energie- und Autohandel.

SMH-Übernahme: Die britische Lloyds Bank übernimmt in Kürze Teile des kommerziellen Bankgeschäfts und des Wertpapiergeschäfts der SMH-Bank.

Kultur

Wallat nach Hamburg: Der Generalmusikdirektor der Städtischen Bühnen Dortmund, Hans Wallat, wechselt mit Beginn der Spielzeit 1983/84 an die Hamburger Staatsoper. Der 54-jährige wurde vom Aufsichtsrat der Hamburger Oper bereits zum Staatskapellmeister ernannt.

Sport

Handball: Der VfL Gummersbach spielt im Halbfinale des Europapokals der Landesmeister gegen Dukla Prag. Im IHF-Pokal trifft Großwallstadt auf Ungarns Vertreter Tatabanya.

Aus aller Welt

Circus-Krone: Zirkusdirektor Carl Sembach ist gestern im Alter von 75 Jahren gestorben. Wegen eines Bronchialleidens stand Sembach seit längerem nicht mehr selbst in der Manege. Der Zirkus - 400 Mitarbeiter und ebenso viele Tiere - wird von Tochter Christl geleitet. (S. 14)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Nur der erste Schritt. Peter Gillies über Stoltenbergs Sanierungserfolge. S. 2
- Hamburg:** Die Nachbarn des Giftmülls proben den Aufstand; Proteste gegen Dohnanyi. S. 3
- Landschaft:** Aufschwung nicht gefährdet - WELT-Gespräch mit dem Wirtschaftsminister. S. 4
- London:** Heath startet einen Feldzug gegen die Wirtschaftspolitik Thatcher. S. 5
- Forum:** Personalien und Leserbrief: In die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 14
- Südostasien:** An Chinas Grenze zu Vietnam wird wieder geschossen. Peking: Provokation. S. 6
- Olympia:** WELT-Serie vor den Winterspielen in Sarajevo; heute: Franz Klammer. S. 12
- Fernsehen:** Satire oder reine Wahrheit und Wirklichkeit? - Das TV-Spiel „Kälteschock“. S. 12
- Degars:** Erste deutsche Retrospektive des französischen Malers in der Kunsthalle Tübingen. S. 13
- Leitartikel:** Das tödliche Gift fliegt immer mit - Sünder ist der Kunststoff Polyurethan. S. 14

Fall Kießling: Gab der Chef des Personalrats den ersten Anstoß?

Wörner vor Verteidigungsausschuss / SPD lehnt Polizisten-Anhörung ab

MANFRED SCHELL, Bonn
 Die mit Spannung erwartete Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestages zur „Affäre Kießling“ hat keine weitere Sachaufklärung gebracht, nachdem sich die SPD aus formaljuristischen Gründen der Anhörung von drei Kölner Polizeibeamten widersetzt hatte. Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) hatte angeboten, die Beamten sollten als „Berichterstatter“ Aussagen über die Identifizierung von Kießling in Köln-Hom-Lokal machen. Dieses Vorgehen hatte Wörner vor der Sitzung mit dem Düsseldorf-Innenminister Schnoor (SPD) verabredet.

Der Vorschlag des nordrhein-westfälischen Bundesministers Elbert, der Kölner Kripochef Gundelach sollte die Ermittlungsberichte vorlegen, fand ebenfalls nicht die Zustimmung der SPD. Ihre Abgeordneten begründeten diese Haltung damit, es gehe ihnen darum, den Minister zu hören, und es dürfe keine Verwischung von Zuständigkeiten geben. Nach der fünfständigen Sitzung des Verteidigungsausschusses, die heute fortgesetzt werden soll, scheint die Position Wörners gestärkt. Für die Koalitionsfraktionen erklärten die Abgeordneten Wimmer (CDU) und

Gromyko läßt Tür für Gespräche offen

Er attackiert in Stockholm die USA, macht aber auch Vorschläge zur Zusammenarbeit

R. GATERMANN, Stockholm
 Nur wenige Stunden, bevor der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko seinen amerikanischen Kollegen George Shultz traf, machte er in einer zunächst recht scharf gehaltenen Rede vor dem 35-Staaten-Auditorium der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE) die USA für die Entstehung fast sämtlicher Krisenherde in der Welt verantwortlich. Erst gegen Ende seiner Ausführungen wurde Gromyko im Ton etwas zurückhaltender und nannte auch einige Beispiele, wo man sich seiner Ansicht nach in Stockholm schnell einigen könnte. Sie bezogen sich in erster Linie auf eine erweiterte Informationspflicht bei militärischen Manövern.

Gromyko erklärte zu Beginn seiner Rede, die Sowjetunion sei bereit, zu der militärischen Situation zurückzukehren, die vor der Aufstellung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa herrschte, vorausgesetzt, die USA und die NATO würden gleiches beschließen. „Die Plazierung der neuen US-Raketen, mit der in einigen westeuropäischen Ländern begonnen wurde, steigert weder die internationale Sicherheit noch die der Länder, die das Risiko auf sich genommen haben, diese Raketen aufzustellen.“ Mit den neuen Waffen seien Militarismus, Feindschaft und Kriegshysterie nach Westeuropa exportiert worden.

König Fahd beherrscht Islam-Konferenz

Saudi-Arabien betreibt die Wiederaufnahme Kairo / Abstimmung hinter den Kulissen

RAFAEL SELIGMANN, Bonn
 Saudi-Arabiens König Fahd ist der entscheidende Akteur hinter den Kulissen auf der seit Dienstag in der marokkanischen Stadt Casablanca tagenden islamischen Gipfelkonferenz. Ein Schlaglicht auf die Bedeutung Riads in Casablanca warfen die Unterredungen des saudiarabischen Königs mit dem syrischen Außenminister Khaddam, der sein Land in Marokko vertritt, und mit PLO-Chef Arafat. Auch die von Pakistan und Guinea initiierte Wiederaufnahme Ägyptens in die, wie es offiziell heißt, „Islamische Konferenzorganisation“ ist gewiss nicht ohne die Mitwirkung Saudi-Arabiens zustande gekommen, zumal Conakry und Islamabad auf die Finanzhilfe Riads angewiesen sind. Gewiß ist ebenso, daß Yassir Arafat nicht ohne die Zustimmung Saudi-Arabiens zu einem der Vizepräsidenten der Konferenz in Casablanca gewählt worden wäre. Aus dem Scheitern seines Nahost-

Die SPD sucht ihr neues Godesberg

Peter Philipps, Bonn

Die SPD soll sich noch in diesem Jahrzehnt ein neues Grundsatzprogramm geben, das das Godesberger von 1959 ablöst. Dies ist die Kernbotschaft eines umfangreichen Berichts, den die Grundwertekommission der Partei jetzt fertiggestellt hat. Nach redaktioneller Überarbeitung in der Bonner SPD-Zentrale will der Parteivorstand am 30. Januar über das Papier beraten, das zur Zeit noch als Versuchsstück behandelt wird. Nach den Vorstellungen der Grundwertekommission soll dann auf dem Bundesparteitag im Mai in Essen die Initiative für eine mehrjährige innerparteiliche Diskussion über ein neues Programm gestartet werden.

DER KOMMENTAR

Parteilpolitik

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Bevor Wörner in den Verteidigungsausschuss ging, gab der Bundeskanzler persönlich seinem Verteidigungsminister Rückendeckung. Kohl ließ auch erklären, die Öffentlichkeit werde in den allerersten Tagen rückhaltlos über den Fall des Vier-Sterne-Generals Kießling informiert. Auf diese Art wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, welchen Zweck der Auftritt Wörners im Verteidigungsausschuss aus der Sicht des Kanzlers hat: Der Minister soll die Affäre überzeugend auf ihren sachlichen Kern zurückführen und dem politischen Trara ein Ende machen. Die Frage ist, ob der Minister überhaupt eine Chance hat, politische Windstille herbeizubekommen, und das unbeschadet des Fortgangs dieser Angelegenheit auf dem Rechtsweg. Er hätte sie, wenn vorausgesetzt werden könnte, daß alle Parteien das Gebot, weiteren Schaden von der Bundeswehr, der NATO und mittlerweile auch von der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden, höher einschätzen als die parteipolitischen Vorteile einer Ministerarbeit im Zusammenhang mit einer derart publikumsträchtigen Skandalgeschichte. Es liegt in der Natur der politischen Rollenverteilung, daß sich diese Frage vor allem an die Opposition richtet. Noch ist nicht klar zu erken-

SPD in Hessen entscheidet sich für die Grünen

dpa, Wiesbaden

Einer Zusammenarbeit von SPD und Grünen in Hessen und damit der Duldung einer SPD-Minderheitsregierung steht nichts mehr im Weg. Der Landesvorstand der hessischen SPD unter Leitung des Landesvorsitzenden und geschäftsführenden Ministerpräsidenten Holger Börner hat das Ergebnis der Verhandlungen mit den Grünen über die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung einstimmig gebilligt. Bereits am vergangenen Samstag hatte die Landesmitgliederversammlung der hessischen Grünen in Usingen den Verlauf der bisher fünf Gesprächsrunden mit den Sozialdemokraten positiv beurteilt und sich zu einer längerfristigen Zusammenarbeit bereit erklärt. Börner sagte in Wiesbaden, der Landesvorstand erwarte, daß bereits in den Plenarsitzungen des Landtages in der kommenden Woche der Haushalt 1983 mit Unterstützung der Grünen verabschiedet werde. Den Entwurf für den Etat 1984 werde die Landesregierung so rechtzeitig beraten, daß er bereits vor Ostern zur ersten Lesung im Parlament eingebracht werden könne. Das Führungsgremium seiner Partei habe die Verhandlungskommission beauftragt, die Gespräche mit den Grünen zügig zum Abschluss zu bringen. Das von den Landesvorsitzenden der CDU und FDP, Walter Wallmann und Wolfgang Gerhardt, erneuerte Angebot zu Gesprächen über eine „rasche Beendigung der Regierungskrise in Hessen“ hat Börner in einem Antwortschreiben an Wallmann abgelehnt.

In Kabul gefangener Rekrut schwört dem Kreml ab

Sowjetsoldat wurde in Pakistan der Presse vorgestellt

AFP, Peschawar
 Mit verängstigten großen Augen, so als verstünde er gar nicht recht, was das alles bedeuten soll, steht der 18-jährige sowjetische Landarbeiter Mohammed Razekolowitsch Akramow einer Gruppe von Journalisten gegenüber. Er war am 5. Januar in Kabul den Volksmudschaheddin in die Arme gefallen - 16 Tage nach seiner Einberufung in die Rote Armee. In Peschawar, wohin ihn die afghanischen Freiheitskämpfer überführt haben, hat er jetzt nur den einen Wunsch, in Pakistan zu studieren und später vielleicht in Saudi-Arabien Arbeit zu suchen. Ob er nicht nach Hause, in die Sowjetunion zurück wollte? „Nein, dort sind die Menschen nicht frei.“ Akramow stammt aus Tadschikistan, war dort Landarbeiter auf einer Staatsfarm, bis er vor drei Wochen eingezogen und mit einem Militärflugzeug nach Kabul gebracht wurde. Dort absolvierte er zusammen mit 140 anderen jungen Rekruten eine Schnellausbildung. Er wurde einem Spätrtrupp zugeteilt. Die jungen Soldaten sind in einem zur Kaserne um-

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Generalstreik

Von Manfred Neuber

Der Umschwung in Argentinien ist eine große Ermutigung für die politischen Kräfte in den Nachbarländern, die noch unter einem Militärregime stehen. Nicht nur der Abgang der Generale, sondern auch die resolute Art und Weise, wie Präsident Alfonsín die zivile Kontrolle über die Streitkräfte sichergestellt, geben ein Lehrstück für Südamerika ab.

Jenseits des La Plata findet der demokratische Wandel in Buenos Aires bisher den stärksten Widerhall. Uruguay hat heute einen beträchtlichen Nachholbedarf, nachdem es früher Argentinien in puncto parlamentarischer Demokratie und sozialer Gesetzgebung stets voraus war. Die Militärs, die seit einem Jahrzehnt in Montevideo herrschen, haben das Land weit zurückgeworfen.

Ihr Zeitplan für den Rückzug in die Kasernen - Wahlen im November mit ausgesuchten Kandidaten aus den Reihen allein genehmer Parteien, Regierungserklärung im März 1985 - dürfte überholt sein. Denn nach den monatlichen Protestaktionen, die gemeinsam von geduldeten und verbotenen Parteien organisiert wurde, haben die Gewerkschaften für gestern zum ersten Generalstreik gegen das Militärregime aufgerufen.

Gibt es den Gewerkschaften zu allererst um die Linderung der wirtschaftlichen Notlage in Uruguay, das einmal als Musterstaat galt, so verlangen die bürgerlichen Parteien die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte und freie Wahlen.

In Brasilien findet eine harte Haltung keinen Rückhalt mehr. Dort geht die selbstgeleitete Öffnung des Militärregimes in eine entscheidende Runde. Staatschef Figueiredo hat zwar gerade, nach langem Finassieren, eine Direktwahl seines Nachfolgers abgelehnt, aber den Kurs der Öffnung bekräftigt.

Der Süden Brasiliens, mit seinem Gaucho-Stil den Argentinern und Uruguayern eher verwandt als den tropischen Regionen, blieb in den zwanzig Jahren der Militärherrschaft ein Hort demokratischer Opposition. So fand der alte politische Hauden Ulysses Guimarães große Resonanz mit dem Aufruf, die Generale abzuhalten: „Wir haben den Marsch zum Sturm auf die Bastille begonnen.“

Abschied von Godesberg

Von Peter Philipps

Die Sozialdemokraten wollen sich von Godesberg verabschieden. Das Grundsatzprogramm von 1959 soll im Parteiarchiv neben seinen Vorgängern aus Gotha und Erfurt, Götting und Heidelberg abgelegt werden. Denn, so die Grundwertekommission jetzt in ihrer Bilanz: Die Väter von Godesberg haben manches zu optimistisch gesehen, einiges falsch eingeschätzt und vieles, was den Heutigen wichtig erscheint, nicht gewußt und damit auch nicht aufgenommen.

Die Grundwerte-Papste liegen damit voll auf der Linie der Parteiführung, von der sie vor zwei Jahren auch den Auftrag erhielten. Bundesgeschäftsführer Peter Glotz wird gerade in jüngster Zeit nicht müde, ein „neues Godesberg“ zu fordern. Doch die Probleme, die sich mit der angestrebten großen Aufgabe stellen, haben sich schon in der Kommission gezeigt, die Vertreter aller Parteiströmungen vereinigt.

Das, was heute vielen als brandaktuell und wichtig erscheint, rückt stark in den Vordergrund. Grünes und Friedensbewegtes wird schwergewichtet, obwohl abzusehen ist, daß vieles davon in wenigen Jahren schon sich relativieren wird. Anderes, wie die Deutschlandpolitik, die einst Paradestück für die Sozialdemokraten war, soll auf ein Minimum reduziert werden, obwohl das Bewußtsein von Nation und Zusammengehörigkeit wieder eine stärkere Kraft entwickelt.

Ein Grundsatzprogramm muß weit über den Tag hinausweisen, darf nicht zu einer verhinderten Regierungserklärung degenerieren, wenn es Bedeutung und so langen Bestand wie der Wurf von Godesberg haben soll.

Und es muß die breite Basis sein, auf der alle Parteimitglieder stehen können. Bei der Suche nach diesem Fundament haben die Kommissionsmitglieder im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik das Handtuch schnell geworfen und sind in der Wirtschaftspolitik, dem Zentralstück des Programms, mangels hinreichender Perspektiven und Erkenntnisse steckengeblieben.

Der Abschied von Godesberg sollte Mut zeigen. Doch wenn nicht noch viel Fleisch an den Kommissionsknochen kommt, könnte sich dies als tollkühn erweisen.

Konferenz-Pläne

Von Jürgen Liminski

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, hat dem Sicherheitsrat seiner Organisation schriftlich vorgeschlagen, eine große Nahost-Konferenz einzuberufen, etwa nach dem Genfer Modell, bei der sich dann freilich vor allem die Vertreter Washingtons und Moskaus gegenüberstehen würden. Auch der jordanische König Hussein hat sich kürzlich vor dem Europa-Parlament in Straßburg für eine solche Nahost-Konferenz unter Beteiligung der Sowjetunion ausgesprochen, und Ägypten hat bereits wiederholt diesen Vorschlag unterbreitet.

Die Häufung der gleichgearteten Vorschläge läßt aufhorchen. Das Interesse der Sowjets an einer solchen Konferenz darf man voraussetzen, das Desinteresse Washingtons ebenso. Man kann aber auch mit einigem Fug vermuten, daß nur der UNO-Generalsekretär es wirklich ernst meint mit seinem Vorschlag - aus Unkenntnis der Lage wohl.

Es liegt weder im Interesse Jordaniens noch Ägyptens, mit einer Mammutkonferenz die schwierige Situation im Mittleren Orient noch weiter zu komplizieren. Beide Länder müssen eher Druck auf Europäer und Amerikaner ausüben wollen, damit diese die Israelis zu Konzessionen bewegen.

Die Zeit drängt. Denn die Wirklichkeit holt die Vorschläge womöglich bald ein. Die Sowjets sind in Nahost bereits wieder präsent und beteiligt, als Europäern und Amerikanern sowie deren Verbündeten lieb sein kann. Ein Beispiel: Der prosyrische Drusenführer Dschumblatt besuchte dieser Tage Moskau. Nach seiner Rückkehr belegte die Artillerie der Drusen die Beiruter Stadtviertel der protestantischen Christen mit heftigem Feuer. Auch die Position der Syrer, derzeit stärkste Verbündete der Sowjets in der Region, bleibt unverändert. Diese starre Haltung und die Angriffe der Drusen vereiteln bis jetzt das Zustandekommen des Sicherheitsplans in Libanon.

Der im Wahljahr wachsende Erfolgs- oder Abzugszwang für Reagan gibt den Friedensgegnern einen langen Atem. Ihr Ziel ist der Abzug der Marines, ihre Hoffnung, daß der Prestigeverlust die amerikanische Position so sehr schwächen würde, daß eine internationale Konferenz sich dann erübrigt.



Nur der erste Schritt

Von Peter Gillies

Der finanzpolitische Chronist, dem schon manches über die Maßen windige Staatsbudget als „stocksollide“ verkauft wurde, ist in arger Verlegenheit: Soll und darf er eine Sensation eine „Sensation“ nennen? Gebietet es die freudlose Politik, etwas tiefer zu stapeln und dem Bundesfinanzminister kühl erste Erfolge seiner Sparpolitik zu beschreiben? Nun, diese Unsicherheit in der Bewertung dieses erstaunlichen Vorgangs hängt mit dessen Seltenheit zusammen.

Im Jahre 1983 hat der Bund seine Neuverschuldung um rund ein Viertel drosseln können. Den Überraschungseffekt dieser Nachricht vermag nur zu werten, wer die letzten Jahre Revue passieren läßt. Stets wurden Erfolge aufgestellt, mit Ungewissen, oft schönfärbischen Erwartungen unterlegt, und schon im Sommer des Rechnungsjahres stellte sich heraus, daß das Geld nicht ausreichte, daß ein oder mehrere Nachtragshaushalte nachgeschoben werden mußten. Stets waren die Zahlenwerke der Regierung mit der markigen Versicherung versehen, diesmal werde mit dem Schuldenabbau nun wirklich Ernst gemacht. Dann aber kamen tausendundeine Rechtfertigungen, warum es gerade diesmal mit dem Sparen nicht klappte und die Verschuldung weiter steigen müsse - zum allgemeinen Wohle, versteht sich.

Die Summierung der gepumpten Wohltaten war denn auch die Hypothek der neuen Bundesregierung. Sie beginnt diese abzutragen, weit zügiger als erwartet. Dabei kam dem Bundesfinanzminister gewiß mancher glückliche Umstand zu Hilfe. Zum einen spülte die konjunkturelle Erholung wieder höhere Steuern in die Staatskassen, zum anderen kletterten die Bundesbankgewinne als Folge von Zins und Dollarkurs auf zweistellige Milliardenhöhen (was sich auch für 1984 wieder abzeichnen). Aber beide glückhaften Umstände allein hätten die Sparerfolge nicht bewirkt.

Es war vor allem die politische Energie, den Staatshaushalt ins Lot zu bringen, damit die private Wirtschaft mehr Raum gewinnt, auch um letztlich wieder mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Diesem Ziel ist der Bund durch Beharrlichkeit und Stetigkeit einen Schritt näher gekommen. Durch realistische und im Zweifel vorsichtige Unterstellungen widerstand man der Versuchung, sich reich zu rechnen. Ausgabendisziplin zog ein, Kürzungen wurden trotz zähen Gruppenwiderstandes durchgezogen; es soll sich selbst in Amtsstuben herumgesprochen haben, daß ein Beamter nicht zwingend ein guter Beamter ist, wenn er seinen gesamten Etat auch ausgibt.

Sind wir über den Berg? Die Versuchung, die Frage zu bejahen, ist übermächtig. Gleichwohl bleibt es gefährlich, ihr zu erliegen. Vorab: Die Staatsverschuldung ist um keine müde Mark gesunken. Der Erfolg liegt lediglich darin, daß sie weniger rasch steigt - eine Parallele zum Arbeitsmarkt; auch dort sinken die Arbeitslosenquoten nicht, wohl aber klettert sie weniger schnell als erwartet.

Die Bundesbank hat gerade in dieser Woche den Schuldenberg vermesen: Bund, Länder und Gemeinden standen Ende 1983 mit 670 Milliarden Mark in der Kreide. Gegenüber 1977 - das ist eigentlich noch so lange her - hat sich der Kreditberg mehr als verdoppelt. Daß der Bund auf diesen Berg statt der geplanten vierzig nur dreißig Milliarden drauflegte, nennen wir bereits eine Sensation - offenbar weil Derartiges entwöhnt. Die expansiven Ausgabenposten sind dabei nicht etwa die Aufwendungen für Soziales, die Verteidigung, die

Entwicklungshilfe oder die Technologieförderung, sondern die Zinsen. „Für die kommenden Jahre bilden die Zinsen auf die erhöhte Staatsschuld für die öffentlichen Haushalte eine strukturelle Dauerlast“, meint die Deutsche Bundesbank. Und der Finanzminister ergänzt zutreffend: „Die Haushaltsgesamtheit ist noch längst nicht erreicht.“

So vertrauensstiftend dieser erste Schritt auf einem langen Wege wirkt, für kräftige Steuerentkennungen, für ein Erziehungsgeld, für höheres Mutterschaftsgeld, für allerlei Aufbesserungen und Nettigkeiten ist die Zeit noch lange nicht reif. Nur wer den ersten Schritt fälschlich für die ganze Reise nimmt, kann zu dieser Fehleinschätzung kommen. Sie ist in allen Parteien mit abgestufter Vehemenz zu finden. Das schließt freilich nicht aus, daß man sich auch längerfristige Gedanken macht, wie der rigide Steuerzugriff auf den Bürger gelockert werden kann.

Dabei vermischen sich politische mit finanziellen Erwägungen. Eine Regierung, die den Abbau der Arbeitslosigkeit zu ihrem Hauptziel erklärt hat, wird die nächsten Wahlen nur gewinnen, wenn sie auf diesem Felde den Test besteht. Da auf jeden Aufschwung auch wieder eine Abschwung folgt, kommt es entscheidend darauf an, gewappnet in die Talsohle zu schreiben. Zur Zeit verfügt die Finanzpolitik über so gut wie keinen Spielraum, belebend in die Konjunktur einzugreifen. Mit jeder ersparten Milliarde gewinnt sie jedoch ein Quentchen zurück. Genau das ist das Ziel: Abbau der strukturellen Defizite, um wieder Defizite zum Zwecke der Belebung machen zu können, und zwar guten finanzpolitischen Gewissens.

Die Aussichten dafür sind besser geworden, ohne schon gut zu sein. Dazu bedarf es mehrere Jahre hindurch der erwähnten „Sensation“. Da erfahrungsgemäß der Konsolidierungseffekt mit der Nähe des Wahltermins schmilzt, hart der Regierung noch so manche Anfechtung. So wagt Stoltenberg den Aufstieg mit einer Leiter, deren Sprossen angesägt sind.



Aufstieg mit angesägten Sprossen: Bundesfinanzminister Stoltenberg. FOTO: J. H. P. / AP

Zwei Denkschulen streiten sich um Titos Erbe

„Die Geschichte kennt keine Endstation“, sagen die Reformer / Von Carl Gustaf Ström

In Jewgeni Samjatins utopischem Zukunftsroman „Wir“ - einem russischen Orwell-Vorläufer, der im Jahre 1984 wieder neu entdeckt wird - hält eine junge Frau ihrem vom totalitären System beglückten und verblendeten Geliebten die These entgegen, es könne keine „letzte Revolution“ geben - ebenso wenig wie eine „letzte Zahl“. Anders gesagt: Die Geschichte kennt keine Endstation, keine Herrschaft, die sich ein für allemal unverändert etablieren kann, ohne selber dem Gesetz des Wandels zu unterliegen.

An Samjatins „letzte Zahl“ und „letzte Revolution“ wird man angesichts der jüngst im kommunistischen Jugoslawien ausgebrochenen Diskussion zu den Themen Geheimpolizei, Staatssicherheit, Menschenrechte in den Gefängnissen und zum Verhalten gegenüber Dissidenten und Oppositionellen erinnert. Das kommunistische System Jugoslawiens, das offener und für Beobachtungen leichter zugäng-

lich ist als etwa das weiter im Osten angesiedelte sowjetische System, mag hier zugleich als Paradigma dienen.

Zunächst hatte zu Jahresbeginn der jugoslawische Innenminister Stane Dolanc in einer aufsehenerregenden Rede eine völlig neue Definition der Rolle der Geheimpolizei und des Staatssicherheitsdienstes gegeben. Die Staatssicherheitsorgane, so formulierte er, seien „keine politische Polizei“. Es sei nicht ihre Aufgabe, den Meinungsäußerungen von Bürgern auf Sportplätzen oder in Lokalen nachzuschneiteln. Sie hätten auch nicht Berichte darüber zu verfassen, wer zu wem was gesagt habe. Schließlich sei es auch nicht Aufgabe der Polizei, gegen oppositionelle Meinungen und gegen Dissidentenaussagen aktiv zu werden. Das falle vielmehr in die Kompetenz der Partei und der gesellschaftlichen Organisationen.

Dies war ein bemerkenswerter Beitrag Stane Dolancs zum Orwell-Jahr 1984 - denn was der jugoslawi-

sche Innenminister da sagte, kam einer Ahsage an jene berühmte bürgerliche „Gedankenpolizei“ gleich, wie Orwell sie in seinem Buch geschildert hatte. Wenn nicht die Polizei mit oppositionellen Meinungen oder Dissidenten befaßt ist, sondern die Partei - dann heißt das, wenn wir Dolanc richtig verstanden haben, daß man in Jugoslawien die Dissidenten nicht mehr verfolgen und gegebenenfalls einsperren, sondern - wie auch immer - mit ihnen diskutieren will.

Fast gleichzeitig mit Dolanc hat auch der oberste katholische Seelsorger Jugoslawiens, der Zagreber Erzbischof und Kardinal Franjo Kuharic, zu einem „Verwandten“-Thema Stellung genommen. In einer Predigt forderte Kuharic die Gewährung der Menschenrechte auch für Häftlinge in den jugoslawischen Gefängnissen - besonders für die politischen „Gefangenen“. Kuharic sprach von „psychischen Qualen und physischen Mißhandlungen“, denen die

IM GESPRÄCH Reinhard Metz

Für Bremen und die Küste

Von Winfried Wessendorf

Sein Herz hängt politisch am Gesprächskreis Küste. Das ist eine Runde von 25 CDU-Bundestagsabgeordneten aus Norddeutschland, die sich zu einem Jour fixe in Bonn trifft. Die Parlamentarier kommen jeweils am Donnerstag einer Sitzungswoche in einer der vier Landesvertretungen von Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen zusammen. Ihr Vorsitzender stammt aus dem kleinsten Bundesland, aus Bremen, und heißt Reinhard Metz (48).

Der CDU-Parlamentarier: „Wir beschäftigen uns mit einer Fülle von Themen - von der UNO-Seerechtskonferenz über die Ölunfallbekämpfung bis zur Verschmutzung der Elbe und Weser, vom Küstenprogramm bis zum Neubau des Forschungsschiffes „Meteor“. Natürlich standen im vergangenen Jahr die Wert- und Schiffsverkehrsprobleme im Vordergrund.“ So wurden beispielsweise in der Abgeordnetenrunde auch die Weichen für die Wiedereinführung von sogenannten Zinsbeiträgen in Höhe von 80 Millionen Mark für Reeder gestellt, die im Bundeshaushalt erscheinen. „Wir werden uns noch intensiver den Umweltschutzfragen im Bereich Nordsee/Ostsee zuwenden müssen“, meint der gelehrte Journalist.

Metz läßt durchblicken, daß er mit der Zusammenarbeit der norddeutschen Küstenländer nicht zufrieden ist. Stichwort: „Strukturprogramm“. Aber er fügt hinzu: „Wir können dabei nicht die Politik der Länder machen, sondern nur flankierend helfen.“ Der Parlamentarier, der zugleich Mitglied im wichtigen Haushaltsausschuß des Bundestages ist, - zuständig für den Verkehrsausschuß -, läßt keinen Zweifel daran, daß ein in Bonn vorgelegtes Programm mit



Engagement, doch keine Hausmacht: CDU-MdB Reinhard Metz. FOTO: G. W. W.

Prioritäten und einem Finanzierungsplan versehen sein muß. Im Februar geht es in dieser Frage vor dem Bundeswirtschaftsministerium in die nächste Runde. Im übrigen betont Metz: „Wir müssen das Bewußtsein schärfen, daß Küstenprobleme nicht nur eine regionale, sondern auch eine nationale Bedeutung haben.“

Zu Hause spielt der Vater von zwei Kindern ah und zu Klarinette und Saxophon. In der Bremer CDU ist er als stellvertretender Landesvorsitzender verankert, und in Bonn gehört er dem Vorstand seiner Fraktion an. Aus dem kleinen Bremen stammend, gibt er sich bescheiden, denn er kann sich in Bonn auf keine Hausmacht stützen. Deshalb hat er sich der niedersächsischen Landesgruppe angeschlossen. Pfüffig meint er: „Ich heime lieber im stillen Erfolge ein, Freudenheule gefährdet den nächsten Erfolg.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Das Blatt befaßt sich mit der günstigen Entwicklung des Bundeshaushalts:

Gerhard Stoltenberg ist in Kohls Mannschaft derjenige, der am deutlichsten beweisen kann, daß sich in seinem Ressort etwas zum Besseren geändert hat. Freilich ist der staatliche Kreditbedarf noch immer viel zu hoch, und das noch keineswegs aufgearbeitete strukturelle Defizit hindert den hohen Zins daran, auf das allseits erwünschte niedrige Niveau zurückzugehen. Immerhin - ein Ansatz ist gemacht, und er zahlt sich aus. Freilich gewinnt der Finanzminister damit nicht nur Ansehen, sondern weckt auch Begehrlichkeit, auch in der eigenen Koalition. CDU, CSU und FDP überbieten einander mit Terminsagen und Forderungen nach einer Steuerentlastung. Diese ist zwar im Hinblick auf die Überbesteuerung ganzer Arbeitnehmerkreise grundsätzlich notwendig. Aber noch ist die Haushaltsanleihe, von der finanz- wie wirtschaftspolitisch alles abhängt, noch keineswegs erledigt und darf nicht vorzeitig verfrüht werden.

UDSSR. Die Europäer haben mit ihrer Entspannungspolitik die Supermächte in die Pflicht genommen - jetzt reden sie also. Und nur von ihnen kann - das wissen alle Europäer - der Kalte Krieg überwunden werden. Nur von ihnen kann das Zeichen zum Wiederbeginn der Rüstungsverhandlungen - in Genf und zuerst wohl in Wien - gegeben werden.

Die in Mailand herausgegebene Zeitung schreibt über die Stockholmer Rede des US-Außenministers Shultz:

Der Außenminister hat seiner Rede einen für die Gegenseite als Grundlage für Verhandlungen akzeptierbaren Charakter geben wollen. Er hat dabei die UdSSR nicht auf der Ebene der Prinzipien ins Visier genommen. Er hat ihr auch nicht generell und oberflächlich die Vaterschaft aller Leiden und Ängste in der Welt angelastet. Shultz hat vielmehr einen in der Form ruhigen, im Ansatz realistischen und in der Substanz konkreten Ton verwendet.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung kommentiert die Verhandlungen Südafrikas mit Mozambique:

Die Treffen zwischen Südafrikanern und Mozambiqueern werden im größten Teil Schwarzafrikas nicht mit stürmischem Beifall begrüßt werden; und dennoch stellen sie so etwas wie einen diplomatischen Triumph Südafrikas dar. Man kann Tränen weinen für die Mozambiqueer, aber ihre Teilnahme an diesen Verhandlungen ist eine natürliche Folge der strategischen Beherrschung dieses Gebiets durch Südafrika. Die Südafrikaner haben bereits die Regierung von Lesotho mit einer kleinen rüchlosen Intervention überzeugt, daß es keinen Gewinn bringt, dem Afrikanischen Nationalkongress Beistand zu leisten. Mozambique scheint dabei dieselbe Lektion zu lernen.

KURIER

Die Zeitung aus Wien bemerkt zu Stockholm:

Vordergründig geht es hier in Schweden um ein gemeinsames Abenteuer aller Europäer in Ost und West: In breiter Front einander näherzurücken - und die Verantwortung über das Schicksal Europas nicht den beiden Supermächten zu überlassen. Die Wahrheit ist freilich ganz anders. Denn die Konferenz hat ihre größte Aufgabe eigentlich schon erfolgreich bewältigt, noch ehe sie gestern begann: Sie hat das Treffen Shultz-Gromyko erzwungen. Und das wenige Wochen nach Westnachtsung und Abbruch aller Raketenverhandlungen zwischen USA und

sich selbstverwaltende jugoslawische Gemeinschaft mit keinerlei Opposition diskutieren kann und muß, denn uns hat der Aufbau unseres Staates viel zu viel gekostet.“ Das titostische System sei nicht am „grünen Tisch“ geschaffen worden. Man habe dafür mit Blut und Menschenleben bezahlt.

Das ist eine Haltung, die auch für gewisse sowjetische Ideologen typisch ist: die kommunistische Revolution als letztes Wort der Geschichte. Überdies müssen die Toten dafür herhalten, um jede Demokratisierung oder auch nur Liberalisierung zu verhindern. Es ist - so paradox das auch für ein kommunistisches System sein mag - ein Weltbild, das total an der Vergangenheit, an den Toten von gestern, an vergangenen „Verdiensten“ und vergangenen Opfern orientiert ist. Die Reformer aber denken an die Zukunft. Man darf gespannt sein, welche der beiden Richtungen die Oberhand behält - in Jugoslawien und anderswo in der kommunistischen Welt.

Tauwetter in Stockholm – dann sprach Gromyko

Zwei Gesichter zeigt die noch junge Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE): In verschwiegene Stockholmer Hotelsuiten und Beratungszimmern geht es zwischen den Delegierten entspannt und freundlich zu. Im Plenarsaal hingegen prallen die Differenzen aufeinander.

Von BERNT CONRAD

Daß das Eis schmilzt, kann man nicht erwarten. Aber vielleicht können wir ein wenig Tauwetter bekommen, hatte Gastgeber Olof Palme am Vorabend der Stockholmer Konferenz mit eher bescheidenem Optimismus gesagt. Die nordischen Götter scheinen das sehr ernstgenommen zu haben. Denn sie verwandelten nicht nur den in der schwedischen Hauptstadt frisch gefallenen Schnee mittels leichter Wärmegrade nach in Matsch und Wasser, sondern sie bescherten auch den Teilnehmern im Konferenzgebäude am Sergelstorg ein mildes politisches Klima – jedenfalls soweit es sich um die unzähligen bilateralen Begegnungen hinter diskret verschlossenen Türen handelte.

Anfangs hatte es nur ein paar Verhandlungen am Rande des Treffens gegeben. Bald jedoch bewirkte ein offenes Gespräch in der Luft liegender Wunsch nach Klimaverbesserung, daß viele der angereisten 34 Außenminister – während im Plenarsaal für die Öffentlichkeit bestimmte gelegentlich mit Polemik durchsetzte Manuskripte verlesen wurden – von einem tête-à-tête zum anderen eilten.

Allen voran Hans-Dietrich Genscher, der im Polit-Marathon seit jeder besonderen Übung besitzt und der sich bereits auf dem Flug nach Stockholm in Hochstimmung befand. Diese KVAE – das wurde dem nach einem schweren Autounfall trotz Brustschmerz wieder quicklebendigen Bundesaußenminister hier immer wieder bestätigt – ist ganz erheblich „sein Werk“. Er hatte sich schon im letzten Jahr beim Hin und Her um den Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens unermüdlich für die Abrüstungskonferenz eingesetzt und später in der kritischen Phase vor und nach Beginn der westlichen Nachrüstung an seine Amtskollegen in Ost und West appelliert, die KVAE auf Außenministerebene zu eröffnen.

NATO betont Wunsch nach Dialog und Kooperation

Schließlich kam der Gang der Ereignisse Genscher zugute: Im Westen wuchs nach dem zeitgerechten Beginn der Nachrüstung das Streben nach Wiederanknüpfung des unterbrochenen Dialogs, und im Osten wollten viele – ohne das durch die Nachrüstungsnotlage schon etwas

lädierte Prestige noch mehr zu beschädigen – im Grunde dasselbe. Da bot sich die KVAE als Answeg an. In Stockholm nun rührten sowohl Gromyko als auch Shultz den Einfall, die Außenminister selbst an den Konferenzstisch zu holen.

Ob sich dieses übereinstimmende Lob allerdings in konkreten Gemeinsamkeiten beider Supermächte niederschlagen wird, blieb vor der Begegnung zwischen Shultz und Gromyko am gestrigen Nachmittag in der sowjetischen Botschaft unklar. Die Außenminister der NATO-Staaten hatten sich schon am Montag in großer Harmonie unter dem Eindruck der persönlichen Reagan-Begegnung geeinigt, dem Ostblock ihren Wunsch nach Dialog und Kooperation auf jede nur mögliche Weise plausibel zu machen.

Genscher erfüllte dabei ein strapaziöses Übersoll. In seiner Suite im Grand-Hotel, aus deren Fenstern der Blick über Eisbucht und festgezurrte Dampfer auf das massiv-graue Königsschloß fällt, hämmerte er einem Ostblock-Außenminister nach dem anderen ein: „Nehmen Sie Präsident Reagans Angebot und das Signal von Brüssel ernst. Der Westen will wirklich echte Zusammenarbeit. Diese Chance sollten Sie ergreifen!“ Nicht anders argumentierten Genscher westliche Amtskollegen. Auch George Shultz suchte, bevor er seinen Moskauer Gegenpart traf, den bilateralen Meinungsaustausch. Sein Eindruck war positiv: „Nach vielen Gesprächen, auch mit osteuropäischen Außenministern finde ich die Atmosphäre hier allgemein ernsthaft und konstruktiv“, versicherte der Chef des State Departments vor der

Presse – und entschwand zu einem weiteren Treffen in den verschlungenen Gängen des Kongreßgebäudes, in dem die Teilnehmer dauernd zwischen sechs Stockwerken hin- und herpendeln müssen.

Im Plenarsaal, dessen seltsame Proportionen ebenso hoch wie breit sind, rollte der offizielle Zereemoniell der Eröffnungsreden ab. Für den Westen war auch hier die Linie vorgezeichnet: Vom Franzosen Claude Cheysson bis zum Italiener Giulio Andreotti demonstrierten die NATO-Partner übereinstimmend, wenngleich mit persönlichen Nuancen, selbstbewusste Dialogbereitschaft. Shultz blieb es vorbehalten, als Sprecher der westlichen Führungsmacht konkret die sechs Vorschläge zu erläutern, mit denen die Allianz die Vertrauensbildung verbessern will.

Shultz erinnert an die Teilung Deutschlands

Aber der amerikanische Außenminister beschränkte sich nicht auf Goodwill. Er wies auch unverblümt auf Menschenrechtsverletzungen hin und erinnerte – zum Ärger der Sowjets – an die „künstlich aufgewogene Teilung Europas“, deren Legitimität von den Vereinigten Staaten nicht akzeptiert werden könne. Eiligen Beobachtern erschien das unzeitgemäß. Doch Shultz hielt ihnen die unveränderten bitteren Folgen der Spaltung von Völkern und Familien beispielsweise in Deutschland entgegen.

Die östliche Linie hatte am Dins-

tag bereits die Außenminister Oskar Fischer („DDR“) und Bohuslav Choupek (CSSR) in der Plenardebatte skizziert: Kritik an den Amerikanern und der Nachrüstung, aber unter gewissen Bedingungen Bereitschaft zu einer Wiederbelebung der Entspannung. Gestern schritt nun der Senior Gromyko langsam an das Rednerpult, um ex cathedra den sowjetischen Kurs zu verkünden. Zur allgemeinen Verblüffung übertraf er an Schärfe seine osteuropäischen Vorredner bei weitem.

In eintönigem Stakkato brandmarkte er „aggressive Aktionen“ Washingtons, beschuldigte die USA des „Militarismus“, des „Betrugs“ sowie „verbrecherischer mehrfacher Methoden“ und tat Reagans Versöhnungsbotschaft als konjunkturbedingten „Täuschungsversuch“ ab. Shultz, der schräg vor Gromyko in der ersten Reihe saß, hörte ungerührt zu. Ihn mag getrübt haben, daß sein Gesprächspartner vom gleichen Nachmittag nach den heftigen Attacken wenigstens am Ende positive Verhandlungsergebnisse in Stockholm beifürwortete und mit trockenem Pathos ausrief: „Wir müssen die Entspannung weiterbringen. Sie darf nicht sterben.“ Damit war im Grunde alles offengeblieben.

Hat Gromyko, der mehrfach Andropow zitierte, nur einen propagandistischen Rauchvorhang vor einem vernünftigen Dialog mit den Amerikanern aufziehen wollen? Oder sollte die harsche Rede signalisieren: „Wir denken gar nicht daran, uns mit der unakzeptablen Reagan-Regierung zu arrangieren.“ Darauf vermochte noch niemand in Stockholm eine Antwort zu geben.



Auf der Suche nach Klarheit im Fall Kießling: Minister Wörner und der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Alfred Biele. Fotop. POLY-PRESS

Fall Kießling: Auch im Ausschuß blieb vieles im dunkeln

Auf vier Ebenen wurde gestern in Bonn die Affäre Kießling behandelt. Im Bundeskabinett, im Verteidigungsausschuss, im Plenum des Bundestages und in der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Überwachung der Geheimdienste. Die „große Erleuchtung“ blieb bisher aus.

Von RÜDIGER MONIAC

So viel Journalisten wie an diesem Morgen kurz vor neun auf der 27. Etage vor dem Sitzungssaal des Verteidigungsausschusses sind im „Langen Eugen“, dem Bonner Abgeordnetenhaus, lange nicht mehr gesehen worden. Minister Wörner, umringt von einer Traube von Frägern, bahnt sich mühsam den Weg. Er hat eine lange Nacht hinter sich, hat bis in die frühen Morgenstunden an dem Text gefeilt, den er jetzt den Mitgliedern des Ausschusses vorlegen will. Hat er nun die Darlegung parat, die alle Spekulationen widerlegen wird, die seit Tagen in der Generalsaffäre blühen?

Wörners Gesicht wirkt hinter dem Lächeln müde. Nur wenig Schlaf hat er in den letzten Tagen gefunden. In die Sitzung geht er mit Zuversicht, gestärkt auch durch das Vertrauen, das ihm die eigene Fraktion noch knapp 24 Stunden zuvor im Berliner Reichstag ausgesprochen hat: Die Union steht zu ihrem Mann auf der Hardthöhe.

Vier Stunden tagt der Ausschuss mit Wörner; er legt dar, was er vor den verschiedensten Gremien intern in den letzten Tagen schon mehrmals erläutert hat. Kießling habe in bestimmten Kölner Lokalen mit befreundetem Milieu verkehrt. Dies habe der General bestritten. Aufgrund der klaren Hinweise aus dem MAD sei sein Vertrauen zu dem General erschüttert gewesen, zugleich auch habe er ihn vom Zugang zu Verschlusssachen abschneiden müssen. Wörner argumentiert, wie das schon mehrfach in den Zeitungen zu lesen war.

Die „große Erleuchtung“, die manche von dieser Sitzung erhofft hatten, sie bleibt aus. Wörner folgt der mit seinen Beratern verabredeten Verhaltensweise. Er erläutert dem Ausschuss seine Lage in den Tagen und Wochen, in denen er in der Generalsache seine Entscheidungen zu treffen hatte. Erst im zweiten Schritt geht er darüber hinaus und bietet den Parlamentariern an, Beamte der Kölner Polizei im Ausschuss zu hören, die von Anfang an und in jüngster Zeit die Ermittlungen in den besagten Kölner Lokalen geführt haben.

Diese Möglichkeit zur Aufklärung, mit der gezeigt werden soll, ob Kieß-

ling tatsächlich selten oder häufig dort Umgang gepflegt haben könnte, verspricht – vorerst – die SPD. Der frühere Justizminister Jahn, jetzt als Berater der Sozialdemokraten bei Wörners Vortrag mit dabei, erhebt dagegen „rechtliche Bedenken“. Seine Argumentation: Vor dem Verteidigungsausschuss dürften nur Angehörige des Verteidigungsministeriums des „nachgeordneten Bereichs“ gehört werden. Würden Personen aus anderen Bereichen auftreten, bekäme der Verteidigungsausschuss den Charakter eines Untersuchungsausschusses.

Dieses „Eisen“ will die SPD vielleicht erst noch schneiden. Jedenfalls lehnen ihre Vertreter zunächst die Anhörung weiterer Zeugen ab. Die Kießlings-Umgebung hätten aufheben sollen. Aber die Sozialdemokraten melden schon jetzt Zweifel an Wörners Handeln an. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Kolbow (SPD) und später sein Kollege Horn in der drangvollen Pressekonferenz erklären, in Wörners Reden sei eine „Diskrepanz“, seien „offenkundige Widersprüche“. Beide bemängeln, der Minister habe von dem „Hinweis“, Kießling stehe in dem Verdacht, homosexuell veranlagt zu sein, erst am 8. Dezember letzten Jahres erfahren, obwohl dieser „Hinweis“ durch einen nicht näher bezeichneten Mann – Wörner sprach von einem „höheren Beamten des Verteidigungsministeriums“ – bereits am 27. Juli vorher an den MAD gegeben worden sei.

Der SPD-Abgeordnete von Bülow, früherer Staatssekretär auf der Hardthöhe, erklärt, Wörner habe Kießlings „Zerwürfnis“ mit dem NATO-Oberbefehlshaber Rogers als Hauptgrund für die Entlassung des Generals angegeben. Erst an zweiter Stelle habe dann Wörner von Kießling als Sicherheitsrisiko gesprochen. Wütend demontiert ihn der CDU-Mann Wimmer.

Um 13 Uhr verläßt sich der Verteidigungsausschuss. Eine Stunde später tritt die parlamentarische Kontrollkommission zusammen, in der die Arbeit der deutschen Nachrichtendienste wie BND, MAD und Verfassungsschutz überprüft wird. Was Wörner dort berichtet und was gefragt wird, bleibt geheim. Gleichzeitig tagt das Plenum des Bundestages, wo Wörners parlamentarischer Staatssekretär Würzbach Fragen eines „Grünen“ über die Behandlung von homosexuellen Soldaten in der Bundeswehr zu beantworten hat. Schon morgens war Würzbach im Bundeskabinett gewesen und hatte dort „in sehr allgemeiner Form“ nochmals über die Affäre um den General berichtet.

Die Nachbarn des Giftmülls proben den Aufstand

Der Bürgermeister verspricht Aufklärung und Hilfe. Ein Untersuchungsausschuss soll mögliche politische Versäumnisse im Zusammenhang mit dem Müllberg in Hamburg-Wilhelmsburg aufklären. Doch die Betroffenen sind mit Versprechungen nicht mehr zufrieden. Bürgermeister von Dohnanyi bekam ihren Zorn zu spüren.

Von GISELA SCHÜTTE

Sie wollten nicht mit ihm diskutieren, sie wollten ihm die Levisen lesen: Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hatte bei einem Besuch in Hamburg-Wilhelmsburg am Dienstagabend einen schweren Stand. Die Bürger des Stadtteils, dessen SPD-Ortsverband von Dohnanyi angehört, sind die Nachbarn des Müllberges, aus dem das Sevesogift Dioxin tropft, in dem mindestens 150 Fässer Parathion (E 605) liegen und in dem nicht definierte Industrieabfälle aus etwa zehn Jahren in Kühlen von Fußballfeld-Größe miteinander unbekannte Verbindungen eingegangen sind.

Internationale Experten-Kommissionen sollen nun bei der Diagnose des Schadens und bei der Sanierung helfen. Seveso-erfahrene Wissenschaftler werden in den Wilhelmsburger Ortsteil Georgswerder reisen. Doch das alles dauert den Nachbarn der Deponie viel zu lange. Sie wollen jetzt wissen, ob sie im nächsten Sommer noch in ihren Schrebergärten sitzen können, ob sie die Äpfel noch von ihren Bäumen ernten dürfen, ob sie mit dem Besuch des Bürgermeisters schon vor Wochen – vergeblich – gerechnet hatten: „Sie sollten mal bei unserem ehemaligen Innensenator Helmut Schmidt in die Lehre gehen!“ rief einer durch den Saal, „der hat uns bei der Flut 1962 über Nacht geholt.“

Wilhelmsburg – abgehangen vom Senat? so lautet das Motto der Informationsveranstaltung, auf der von Dohnanyi die Bürger der Elbinsel zu aktuellen Problemen über die Pläne im Rathaus informieren wollte. Dabei gilt es einmal mehr die Angst vor dem Gift zu beschwichtigen – umsonst. Die Bewohner auf der Insel, die sich jahrzehntelang unzufrieden fühlen, sind aus Angst aufdröhrend geworden.

In Wilhelmsburg wohnt man nicht, da arbeitet man“, zitierte Günter Glatz vom örtlichen Interessenverein ein abfälliges Hamburger Schlagwort. Und so meinen die Bürger des Stadtteils „denkt und plant man auch im Rathaus.“

Der Unwille ist langsam gewachsen. Eisenbahn, Autobahn und immer neue Industrieanlagen zerschnitten den Stadtteil, brachten Lärm und Schmutz in die Quartiere. Das Gift hatte nun alle Betroffenen in einer überfüllten Schul-Aula zusammengeführt – Christdemokraten und Grüne, Kommunisten und Sozialdemokraten, biedere Bürger, Kleingärtner, Arbeiter, Studenten, Hausfrauen und Chaoten.

Die politischen Präsenze, die der Bürgermeister „seinen“ Wilhelmsburgern mitgebracht hatte, konnten den Zorn nicht beschwichtigen. Zu sagen aus dem Hamburger Rathaus, die Insel würde von weiteren Klärschlamm- und Hafenschlickfeldern und -wällen verschont bleiben und das Verschieben eines Autobahnprojekts auf unbestimmte Zeit, sah das Auditorium als „Bestechungsversuch“. Die Zuhörer aber hatten auf handfeste Zusagen für die Sanierung des Müllberges gewartet, nachdem sie mit dem Besuch des Bürgermeisters schon vor Wochen – vergeblich – gerechnet hatten: „Sie sollten mal bei unserem ehemaligen Innensenator Helmut Schmidt in die Lehre gehen!“ rief einer durch den Saal, „der hat uns bei der Flut 1962 über Nacht geholt.“

einer südlichen Güterumgehungsbahn für den Hafen wurden ehrfurchtlos niedergedrückt. Die gefühlsgeladenen Bürger wollten keine mehr oder weniger kluge Argumente hören. Die Fragen und Zwischenrufe kamen immer wieder auf den giftigen Müllberg zurück. Der redgewandte, von Dohnanyi als „demagogisch“ kritisierte Bürger-Sprecher Günter Glatz spottete: „Ich weiß, daß sie sich als Bürgermeister nicht um jeden Dreckschwein kümmern können; aber dieser hier in Georgswerder ist ihrer würdig. Es ist nämlich der größte in Europa.“

Die Schadenfreude, daß man es dem Landesvater gegeben hatte, ließen sich auch traditionelle SPD-Wähler merken. Und die abfälligen Zwischenrufe „verleitet, verleitet“ und „Schnecke man zu“ machten deutlich, daß man Versprechen aus dem Rathaus nicht mehr glaubt.

Sachkundiger nationaler und internationaler Hilfe, die der Bürgermei-

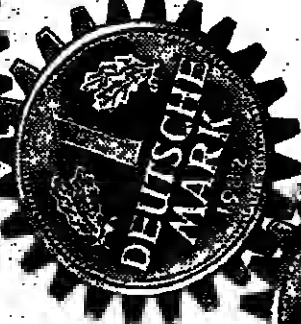
ster versprochen, wollten die Betroffenen nicht glauben. Die Tatsache, daß seit zehn Jahren die giftige Parathion-Bombe im Berg tickt und nichts dagegen unternommen wurde, daß es seit mindestens fünf Jahren Verdachtsmomente für das Dioxin gibt, denen man in Instituten und Behörden nicht nachgegangen, haben das Vertrauen in den SPD-Senat auch bei treuen Wählern und Parteigenossen erschüttert und den Neid auf die „guten Stadteile“ geschürt: „Bringt doch den Dreck nach Blankenese“, so lautete für einige die „gerechte“ Lösung des Müllproblems.

In den Behörden werden unterdessen emsig entlastende Unterlagen für die mit der Sache in den vergangenen 15 Jahren befaßten Ämter gesucht, wie man an möglichen Lösungen für die baldige Entschärfung der Zeitbombe bossele. In der Post der Baubehörde, in der Entsorgungsenator Jörg Kubbler die ökologische „Erblast“ auf den Schreibtisch bekam,



Giftmüll in Hamburg: Auch von Günter Glatz (links), dem Präses der Hamburger Bürgervereine, mußte sich Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (rechts) herbe Vorwürfe anhören. FOTO: AP

Geld muß arbeiten – für gute Erträge!



Mit Bundesobligationen. Sie sind eine vorteilhafte Geldanlage. Ausgestattet mit guten festen Zinsen, marktgerechten Renditen und einer Laufzeit von 5 Jahren. Mit Bundesobligationen erwerben Sie ein ertragreiches, klar überschaubares Wert-

papier. Bei Geldbedarf können Sie Bundesobligationen zum Tageskurs wieder verkaufen. Neuausgegebenen Bundesobligationen bekommen Sie spesenfrei ab 100,- DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken.

Nominalzins 8,00 %
Ausgabekurs 100,00 %
Rendite 8,00 %
Laufzeit 5 Jahre
heutiger Stand



Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1, Tel. (0611) 55 07 07, schreiben, erhalten Sie ausführliche Informationen über Bundeswertpapiere.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____ 001.4:32

Botschaft des Kreml an den Bundestag

p. p. Bonn

Der sowjetische Botschafter in Bonn, Wladimir Semjonow, hat am späten Dienstagabend Bundestagspräsident Rainer Barzel (CDU) ein Schreiben des Obersten Sowjet übergeben. Nach Angaben aus Bonner diplomatischen Kreisen soll darin auf die Erklärungen des sowjetischen Staats- und Parteichefs Andropow vom Herbst 1983 verwiesen werden, daß Moskau zu neuen Abrüstungsverhandlungen bereit sei, wenn der Westen zur Ausgangslage vor der NATO-Nachrüstung in Westeuropa zurückkehrt. Der Oberste Sowjet soll in der Barzel übergebenen Erklärung an den „Verstand“ der Menschen appelliert haben, eine nukleare Katastrophe zu verhindern. Vor allem die Parlamente seien aufgerufen, ihren Beitrag zur Umkehr zu leisten.

Aus dieser Formulierung wird in Bonn geschlossen, daß gleichlautende Schreiben auch an die anderen Parlamente der NATO-Staaten abgegangen sind. Die Aussagen in dem von Semjonow übergebenen Brief decken sich offenbar weitgehend mit entsprechenden Schreiben der Moskauer Führung, mit denen im vergangenen Jahr im Westen versucht wurde, den Vollzug des Nachrüstungs-Beschlusses zu verhindern.

Bundestagspräsident Barzel wird die Erklärung des Obersten Sowjet jetzt allen Fraktionen des Bundestages zur Kenntnis weiterreichen.

Sowjetischer Minister entlassen

rtr, Moskau

Der Erste stellvertretende Luftfahrtminister der Sowjetunion, Alexander Nasarow, ist entlassen worden. Das wurde in Moskau bekanntgegeben. Bereits drei Tage zuvor war in einem Regierungsdekret über Umbesetzungen in der Luftfahrtindustrie berichtet worden. Gründe für die Entlassung des 56jährigen wurden nicht genannt. In einem am vergangenen Samstag veröffentlichten Artikel hatte Luftfahrtminister Boris Bugajew berichtet, es habe Untersuchungen wegen des Verdachts der Korruption gegeben, die zu Entlassungen im Luftfahrtministerium geführt hätten.

In einem anderen Dekret wurde am Mittwoch die Ernennung eines Funktionärs namens O. Smirnow zu einem der zwölf stellvertretenden Luftfahrtminister bekanntgegeben. Er wird für Personalfragen zuständig sein.

Breit sucht bei SPD Rückendeckung

p. p. Bonn

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat vor der SPD-Bundestagsfraktion darum gebeten, „auf Tüftelei zu verzichten“, um die gemeinsamen Ziele der Arbeitsmarktpolitik zu erreichen. Die Gewerkschaften brauchen die „Unterstützung“ der SPD, da vor allem auf dem Feld der Arbeitszeitverkürzung „uns eine sehr harte Auseinandersetzung bevorsteht“. Der Bundeskanzler habe sie „politiert“, und die Gewerkschaften würden nicht „zur Tagesordnung übergehen“, nachdem sich Kohl „zum Sprecher der Falken im Arbeitgeberlager“ gemacht habe. Aber ohne „umfassende Arbeitszeitverkürzungen“, die auch einen „eigenständigen Produktivitätseffekt“ hätten, seien die Arbeitsmarktpolitik nicht lösbar. Im Anschluß an die Breit-Rede verabschiedete die SPD-Fraktion einstimmig eine Entschließung, die die Gewerkschaftsforderungen zur Arbeitszeitverkürzung aufgreift.

Unter Synodalen geht das Wort „Spaltung“ um

idea, Düsseldorf

Es war nicht anders zu erwarten: Kaum hatten die 280 gewählten und berufenen Mitglieder der Rheinischen Synode im rheinland-pfälzischen Bad Neuenahr am 13. Januar ihre Koffer gepackt, da setzte die Kritik ein. Schuld daran ist selbstverständlich die Politik, die vor allem die rheinischen Protestanten immer wieder in Harnisch bringt. Diesmal geht es um von Düsseldorf, dem Sitz der Leitung dieser zweitgrößten protestantischen Landeskirche, weit entfernte Städte, nämlich Genf und Windhoek.

Sorge um volkssynodalen Charakter des Rheinlandes

Eine „Spaltung der Gemeinden“ fürchtet die konservativ orientierte „Evangelische Sammlung“ im Rheinland und spricht von einer „verhängnisvollen Entwicklung“ für die gesamte Kirche (WELT v. 18. 1.). Mahnend fügt sie aber an: „Nicht austreten.“ Aber auch der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Albrecht Martin (CDU) äußert offen Kritik, er sorgt sich um den volkssynodalen Charakter des Rheinlands, das er selbst als Synodaler vertritt.

Lambsdorff: Aufschwung nicht gefährden

WELT-Gespräch mit dem Bundeswirtschaftsminister

STEFAN HEYDECK, Bonn. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sieht eindeutige Anzeichen für einen verstärkten wirtschaftlichen Aufschwung in diesem Jahr. Allerdings gibt es nach seinen Worten für einen anhaltenden Aufschwung gegenwärtig auch Risiken: Die Forderung der Gewerkschaften nach der 35-Stunden-Woche, der Ausstieg der jetzt anlaufenden Tarifverhandlungen, ein zunehmender Außenwirtschaftlicher Protektionismus, das hohe Zinsniveau in den USA und die Verschuldung der Staaten der Dritten Welt. Jedoch wird es nach seiner Einschätzung für die Gewerkschaften „sehr schwer sein“, die Arbeitnehmer zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche zu mobilisieren.

Der Minister, der in einem WELT-Gespräch eine Verkürzung der Arbeitszeit „auf längere Sicht“ ankündigt, äußerte jedoch die Befürchtung, daß es zu Schwerpunktstreiks und Aussperrungen kommen könnte. Die gefährliche Folge werde dann sein, daß gegen die Aussperrung und nicht für die Arbeitszeitverkürzung gestreikt wird. Dies könne insbesondere von der Industriegewerkschaft Druck und Papier organisiert werden. Allerdings zeigte sich der FDP-Politiker zuversichtlich, daß Bundeskanzler Helmut Kohl bereit ist, genau wie beim Streit um den NATO-Doppelbeschluß und die Sicherheitspolitik auch diesen Kampf erfolgreich zu bestehen.

Um die Wirtschaft weiter zu beleben und die Arbeitslosigkeit abzubauen, müßten auch die „geistigen Voraussetzungen“ geschaffen werden. So sei der „Technologiemissismus“ ein Hindernis und verschlechtere die Wettbewerbsfähigkeit vor allem gegenüber den USA und Japan. Neue Investitionen sollten dadurch ermöglicht werden, daß ein Einsatz von Risikokapital gefördert wird und Steuern gesenkt werden. Noch in diesem Jahr sollten die „Weichen“ für eine Reform des Lohn- und Einkommenssteuertarifs gestellt werden. Sie sollen zum 1. Januar 1986 in Kraft treten. Dabei müsse es vor allem für die Bezieher mittlerer Einkommen Entlastungen geben.

Vorsichtig äußerte sich Lambsdorff zum Abbau von Subventionen: Im kommenden Haushalt müsse „wenigstens ein Trend nach unten eingeleitet“ werden. Er kündigte an, daß die Bundesregierung bis zum 31. Januar bei der EG-Kommission die Unternehmenskonzepte zur Umstrukturierung der deutschen Stahlindustrie einreichen wird. Die staatlichen Hilfen dafür werden rund drei Milliarden DM betragen. Von 1986 an dürfe der Stahlmarkt in Europa dann von keiner Regierung mehr mit Subventionen gestützt werden.

Deutliche Kritik übte Lambsdorff an den USA. Er habe „wenig Verständnis“ für die von Washington betriebene Haushaltsdefizit- und Hochzinspolitik. Dies sei unredlich gegenüber dem Rest der Welt. Denn hohe Zinsen und ein hoher Dollarkurs führten dazu, daß vor allem die verschuldeten Staaten der Dritten Welt in noch größeren Schwierigkeiten gerieten. Nach seiner Prognose wird künftig der wirtschaftspolitisch interessanteste Markt Südostasien werden. Hier müßten Wege und Mittel gefunden werden, um der dort drohenden Herausforderung gegenüber bestehen zu können.

Lambsdorff, der auch FDP-Präsidentenamt innehat, ist eine Schlüsselrolle beim Bonner Koalitionswahlkampf. Er habe „keine Illusionen“, daß die FDP sich zu einer Wirtschaftspartei entwickeln würde oder müsse. Die Freien Demokraten brauchen und hätten auch in der Innen- und Rechtspolitik ein klares Profil und Eigenständigkeit. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wies darauf hin, daß sich – anders als beim Zollverein – bei der EG der steuerliche Grenzschutz nicht nur auf einige wenige Waren beschränke. Vielmehr unterläge heute alle Waren bei der Einfuhr grundsätzlich der Mehrwertsteuer. Außerdem gebe es in den Mitgliedstaaten besondere Verbrauchssteuern. Erst wenn all diese Steuern harmonisiert seien, könne ein Wegfall der Grenzkontrollen erreicht werden. „Von diesem Ziel sind wir leider noch weit entfernt.“

„Der EG fehlt eine Vormacht wie Preußen“

dpa, Frankfurt

Für die Europäische Gemeinschaft kann es nach Ansicht von Bundespräsident Karl Carstens kein Zurück mehr geben, obwohl die angestrebte politische Einigung noch nicht erreicht sei und zur Zeit vieles Erreichte gefährdet erscheine. In einer Rede zur 150-Jahr-Feier des Deutschen Zollvereins sagte Carstens gestern in der Frankfurter Paulskirche, für die EG sei der in der Fliegensprache gebrauchte Ausdruck des „point of no return“ erreicht, des Punktes, da die Treibstoffmenge für die Rückkehr zum Ausgangspunkt nicht mehr ausreiche.

Die EG dürfe nicht die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme vor sich herschieben, sondern sie müsse lösen. Der politische Zusammenschluß müsse weitergehen, betonte das Staatsoberhaupt. Die noch zu bewältigenden Schwierigkeiten seien groß. Dazu gehörten die übermäßige Bürokratisierung der Gemeinschaft, die mangelnde Kompetenz des Europäischen Parlaments, die ungelösten Finanzprobleme und die Agrarpolitik sowie der Beitritt Spaniens und Portugals. Für die europäische Einigung könne der – am 1. Januar 1984 gegründete – Deutsche Zollverein nicht Vorbild, wohl aber Inspiration sein. Im Vergleich zum Zollverein fehle der Gemeinschaft eine Vormacht wie Preußen.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wies darauf hin, daß sich – anders als beim Zollverein – bei der EG der steuerliche Grenzschutz nicht nur auf einige wenige Waren beschränke. Vielmehr unterläge heute alle Waren bei der Einfuhr grundsätzlich der Mehrwertsteuer. Außerdem gebe es in den Mitgliedstaaten besondere Verbrauchssteuern. Erst wenn all diese Steuern harmonisiert seien, könne ein Wegfall der Grenzkontrollen erreicht werden. „Von diesem Ziel sind wir leider noch weit entfernt.“

Umweltoffensive Biedenkopfs auf Parteitag

AP, Düsseldorf

Der CDU-Landesverband Westfalen-Lippe will seine umweltpolitischen Vorstellungen unter dem Titel „Ökologie in der sozialen Marktwirtschaft“ im Mai dem Bundesparteitag der Christlichen Demokraten in Stuttgart als Leitartikel präsentieren. Der CDU-Landesvorsitzende Kurt Biedenkopf erklärte vor Journalisten in Düsseldorf, der Antrag gehe vor allem von der Voraussetzung aus, daß wirkungsvoller Umweltschutz nur unter marktwirtschaftlichen Gesetzen betrieben werden könne. Seine Vorstellungen einer „ökologischen Marktwirtschaft“ versuchten einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Erfordernissen der Arbeitssicherstellung und denen des Umweltschutzes zu finden, sagte Biedenkopf.

Im Mittelpunkt der Überlegungen steht die Absicht, die Unternehmer auf marktwirtschaftlichem Wege zu mehr Umweltschutz zu bewegen. Die Schonung der Umwelt soll dabei etwa durch Steuererleichterungen belohnt, Umweltschmutzung aber mit Abgaben belastet werden, daß die Unternehmer angeregt werden, durch neuere und modernere Technologien die Belastungen einzuschränken. Eigene Anstrengungen der Unternehmen in umweltpolitischen Hinsicht würden ebenfalls belohnt werden. Neu bei den Vorstellungen sei die Idee von Umweltzertifikaten, die ein Unternehmen dann kaufen soll, wenn es die von der Politik vorgegebenen Grenzwerte oder -mengen nicht erreicht, hieß es.

Grüne konzentrieren sich auf das Ökologie-Thema

Friderichs bestreitet jede Schuld in Flick-Affäre

Untersuchungsausschuss nimmt Arbeit auf

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der frühere Bundeswirtschaftsminister und heutige Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Hans Friderichs (FDP), dem die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit der Flick-Affäre Bestechlichkeit vorwirft, hat gestern erneut seine Unschuld beteuert. Als erster Zeuge sagte Friderichs gestern vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Bonn: „Ich habe weder vor noch während meiner Amtszeit als Bundesminister für Wirtschaft vom Flick-Konzern finanzielle Vorteile gefordert, mir verschreiben lassen oder gar angenommen.“ Die gegen ihn erhobenen „falschen Vorurteile“ bezeichnete er als „unerträglich“.

Friderichs wies darauf hin, daß wegen der „Parallelität“ von Justizverfahren und der Ausschussarbeit seine Verteidigung im strafrechtlichen Verfahren möglicherweise in Mitleidenschaft gezogen werden könne. Die Problematik dieser Lage, in ihrer ganzen Schärfe sei entschieden Ergebnis, „der ungeheuerlichen – quantitativ wie qualitativ ungeheuerlichen Art, in der vor allem zwei Hamburger Magazine die Angelegenheit publizistisch behandelt“ hätten.

Von seinem Recht auf Aussageverweigerung wollte Friderichs keinen Gebrauch machen: „Denn es gibt keine Schuld, weil es ein fehlerhaftes oder gar strafbares Verhalten meiner-

„DDR“ baut weitere Todesautomaten ab

Flüchtlinge berichten von neuem Selbstschußsystem

BERND HUMMEL, Eschwege. Grenztruppe haben entlang der hessisch-thüringischen Grenze erneut mit dem Abbau von Selbstschußanlagen des Typs SM 70 begonnen. Die Demontage von Todesautomaten entlang der innerdeutschen Grenze, mit der im September vergangenen Jahres begonnen worden war, hatte seit dem 11. November geruht.

Unweit des nordhessischen Grenzkontrollpunktes Herleshausen war am Donnerstagvormittag ein „DDR“-Arbeitsgruppe angereist und hatte im Bereich der Neubautrasse der innerdeutschen Autobahn zwischen Herleshausen und Eisenach die Schußtrichter abgebaut. Die hessischen Grenzbehörden vermuteten zunächst, daß diese Arbeiten im Vorgriff auf die Fertigstellung des Autobahnabschnitts erfolgten. Wenig später stellte sich heraus, daß sich die Arbeiten von der Baustelle weg in nördlicher Richtung auf die Ortschaft Willershausen im Werra-Meißner-Kreis zubewegten. Bis zum Dienstagabend waren Selbstschußanlagen auf einer Länge von etwa 400 Metern abgebaut. Gestern vormittag wurden diese Arbeiten fortgesetzt.

Aus dem Bereich des Grenzschutzkommandos Küste wurde ebenfalls die Demontage von Selbstschußanlagen gemeldet. Südlich Ratzeburg bauten „DDR“-Soldaten die Schußtrichter auf einer Länge von etwa 300 Metern ab.

Die „DDR“ hatte entlang der 1393 Kilometer langen innerdeutschen Grenze auf rund 440 Kilometer Selbstschußanlagen des Typs SM 70 installiert. Im September vergangenen Jahres war – offenbar im Zusammenhang mit der Gewährung des Milliarden-Kredits an die „DDR“ – in nordhessischen Bereich mit dem Abbau der Todesautomaten begonnen worden. Als am 11. November 1983 diese Arbeiten vorübergehend eingestellt wurden, hatte die „DDR“ die Schußapparate auf einer Länge von etwa 48 Kilometern demontiert.

Noch immer ist zumindest zweifelhaft, ob der Abbau ersatzlos erfolgt. Bereits im Herbst hatten Kenner der Situation vor allem großer Euphorie gewarnt: Ein ersatzloser Abbau sei aus der Interessenslage der „DDR“ kaum denkbar. Tatsächlich wurden knapp acht Tage nach der ersten Abbaution Informationen bekannt, nach denen die „DDR“ bereits zuvor ein neues Selbstschußsystem installiert habe. So berichtete ein im Oktober nach Niedersachsen geflüchteter Soldat der „DDR“-Grenztruppe, es werde in den Grenzeinheiten schon lange zwischen einem bekannten und einem neuen Selbstschußsystem unterschieden. Dieses neue System habe die Bezeichnung 701 und sei auf einer Länge von etwa fünf Kilometern nahe der Ortschaft Scharfswald im Harz installiert worden. Wenig später sei diese Anlage jedoch wieder abgebaut worden, da sie – so der „DDR“-Flüchtling – noch zu störanfällig gewesen sei. Die Existenz dieses neuen Systems, das in etwa 500 Meter Tiefe am „DDR“-Eimerland von angetrieben worden sei, bestätigte kurz darauf auch ein 28jähriger Zivilbediensteter der „DDR“-Grenztruppe, der ebenfalls nach Niedersachsen geflüchtet war.

Die westdeutschen Grenzbehörden können sich allerdings nur auf diese Flüchtlingsaussagen stützen. Fotos der neuen Anlagen liegen noch nicht vor. Überstimmend gaben die „DDR“-Flüchtlinge jedoch an, das System 701 sei effektiver – gemeint sei damit eine größere Zielgenauigkeit und eine höhere Sprengkraft. Darüber hinaus ließen sich die Schußtrichter neuen Typs über elektronische Anlagen in ihrer Höhe steuern.

seits im Flickkomplex“ nicht gibt. Allerdings wolle er sich bei der Vernehmung im Ausschuss nicht einer „unbefugten Offenbarung des Staatsgeheimnisses“ unterliefern. Tatsächlich „schuldigen“ machen.

In der bis zum Abend dauernden Vernehmung betonte Friderichs zur Behandlung von Flick-Anträgen auf steuerneutrale Übertragung von Vermögenswerten nach Paragraph 6 b des Einkommensteuergesetzes während seiner Amtszeit, alle seien auf Fachebene eingehend geprüft worden. In seinem und den anderen beteiligten Ministerien und Dienststellen habe es seines Wissens kein abweichendes Votum gegeben. Deswegen seien alle Anträge auf Fachebene entschieden worden. Die Bescheinigungen seien ihm auf dem beim Staatssekretär endenden Dienstweg nicht zur Kenntnis gebracht worden.

Weiter sagte Friderichs, er sei über die Absicht des Flick-Konzerns, ein Daimler-Benz-Aktienpaket an die Deutsche Bank zu verkaufen, das dann in der Wirtschaft platziert werden sollte, erstmals von dem damaligen Bundesfinanzminister Hans Apel (SPD) informiert worden. Im Zusammenhang mit der Liste des früheren Flick-Chefbuchhalters Döhl, in der hinter der Bezeichnung „wg. Friderichs“ insgesamt rund 600 000 DM aufgeführt werden, sagte der frühere Minister, er wisse nichts von solchen Zahlungen – auch nicht an die FDP. „Ich habe nichts bekommen.“

Neue Raketen der Sowjets einsatzbereit?

rtr, Moskau

Die neuen Stellungen für sowjetische Atomraketen in der „DDR“, die als „Gegenmaßnahme“ zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa errichtet wurden, werden offenbar einsatzbereit gemacht. Dies ergibt sich aus einem Artikel in der sowjetischen Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ (Roter Stern).

In dem Bericht heißt es, die neuen Raketenstellungen würden jetzt von Soldaten bemannt. Angaben über Art, Zahl oder Standort der Raketen wurden allerdings nicht gemacht. Die Zeitung schrieb lediglich, daß die Einheiten über „taktische Mittel von vergrößerter Reichweite“ verfügten.

Nach westlichen Erkenntnissen handelt es sich bei diesen Waffen um Boden-Boden-Raketen vom Typ SS 20. Sie erreichen mit ihrer Reichweite von 1000 Kilometern Ziele in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

Westliche Diplomaten in Moskau vertreten die Ansicht, mit der gezielten Veröffentlichung vor dem Treffen der Außenminister Shultz und Gromyko bei der KVAE habe noch einmal die harte sowjetische Haltung nach dem Abbruch der Raketenverhandlungen in Genf unterstrichen werden sollen.

Bereits unmittelbar nach der offiziellen Ankündigung dieser sowjetischen „Gegenmaßnahmen“ war von westlichen Fachleuten darauf hingewiesen worden, daß die Stationierung neuer Raketen in der „DDR“ und der CSSR seit langem vorbereitet gewesen sei.

Familienpolitik: Späth mahnt zur Eile

rtr, Stuttgart

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat die Bundesregierung aufgefordert, bis zur Sommerpause ein Konzept für einen besseren Familienlastenausgleich als Teil der geplanten Reform der Einkommensteuer vorzulegen. Falls dies nicht geschehe, werde das Land einen eigenen Gesetzentwurf im Bundesrat einbringen, der die deutliche Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge fordern werde, sagte Späth. Baden-Württemberg werde bei dem Versuch, die familienpolitische Komponente der Steuerreform über den 1. Januar 1986 hinaus zu verzögern, nicht mitmachen.

Daß die geltenden Regelungen vor allem die Familien mit mehreren Kindern benachteiligten, sei ein unbefriedigender Zustand für eine Partei wie die CDU, die der Familienpolitik in den nächsten Jahren den eindeutigen Vorrang im innenpolitischen Bereich geben müsse. Ein Familienlastenausgleich, der diesen Namen auch verdienen müsse, so Späth, aus einer Kombination von höheren Kindergeldbeträgen für die unteren Einkommensschichten sowie steuerlichen Freibeträgen für die mittleren und oberen Einkommen bestehen.

Lissabon: Berufung im Mordprozeß Sartawi

dpa, Lissabon

Die Anklage im portugiesischen Prozeß um den Mord an dem palästinensischen Delegierten Issam Sartawi hat Berufung gegen das Urteil für den Angeklagten Mohammed Hussein Bundesfinanzminister Hans Apel (SPD) informiert worden. Im Zusammenhang mit der Liste des früheren Flick-Chefbuchhalters Döhl, in der hinter der Bezeichnung „wg. Friderichs“ insgesamt rund 600 000 DM aufgeführt werden, sagte der frühere Minister, er wisse nichts von solchen Zahlungen – auch nicht an die FDP. „Ich habe nichts bekommen.“

Raschid hatte die Tat zunächst gestanden, dann aber vor Gericht widerrufen und erklärt, seine Aufgabe sei es nur gewesen, die Flucht der eigentlichen Täter zu decken.

Ausnahmezustand in Sri Lanka verlängert

rtr, Colombo

Der seit acht Monaten geltende Ausnahmezustand in Sri Lanka ist von Präsident Junius Jayewardene um einen Monat verlängert worden. Militär und Polizei waren mit Sonderbefugnissen ausgestattet worden, nachdem im vergangenen Sommer besonders der nördliche Landesteil von Ausschreitungen erschüttert worden war, bei denen rund 400 Menschen starben. Untergrundkämpfer der im Norden ansässigen Tamilen fordern einen Separat-Staat für ihre Volk. Derzeit sitzt in Colombo eine von Jayewardene einberufene Konferenz der politischen Parteien sowie ethnischen und religiösen Gruppen, um Wege der Aussöhnung zwischen den Tamilen und der singhalesischen Bevölkerungsmehrheit zu finden.

DIE WELT (Ausg. 600-600) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is \$25.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Hohe Strafen für drei Esten, weil sie gegen Moskau protestierten

Einsatz für Bürgerrechte gilt als „antisowjetisch“ / Andere Dissidenten verurteilt

CARL GUSTAF STRÖM, Wien. In Reval (Tallin), der Hauptstadt der Sowjetrepublik Estland, sind drei estnische Dissidenten wegen antisowjetischer Agitation und Propaganda zu mehrjährigen Lagerstrafen sowie Verbannung verurteilt worden. Das Schicksal der drei Esten - Lagle Parek, Heiki Ahonen und Arvo Pesti - ist in mancher Hinsicht symptomatisch für die Lage in Estland und im Baltikum.

Eine wesentliche Rolle bei der Verurteilung spielte auch ein offener Brief, den 13 Esten, 15 Letten und zehn Litauer am 19. Oktober 1981 an die Regierungen der Sowjetunion, Islands, Norwegens, Dänemarks, Frankreichs und Schwedens gerichtet hatten. In diesem Brief wurde gefordert, daß die Ostsee und die drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen in eine atomwaffenfreie Zone Nordeuropas einbezogen werden müßten.

Nach Sibirien verschleppt

Lagle Parek wurde als Tochter eines Offiziers der Armee des unabhängigen Estland 1941 geboren. Ihr Vater wurde im gleichen Jahr von den Sowjets - gemeinsam mit vielen anderen estnischen Offizieren - verhaftet und erschossen. Im Alter von acht Jahren wurde sie 1949 mit Mutter und Großmutter nach Sibirien verschleppt. Erst 1955 durfte sie nach Estland zurückkehren, wo ihre Mutter inzwischen wegen des „Verstehens verbodener Bücher“ eine mehrjährige Gefängnisstrafe absitzen mußte. Lagle Parek absolvierte ein Architekturstudium und arbeitete im Institut für Kulturdenkmäler der estnischen Sowjetrepublik.

1979 unterzeichnete sie einen Appell zugunsten der Bürgerrechtler Gleb Jakunin, Tatjana Welikanowa und Antanas Terleckas, die von den Sowjets verhaftet worden waren. Ein Jahr später unterschrieb sie mit 14 anderen Esten eine Erklärung für Andrej Sacharow. Es folgte ein von ihr mitunterzeichneter Protest für den estnischen Bürgerrechtler Mart Niklus. Am 11. September 1980 gehörte sie zu den zehn Esten und zehn Litauern, die in einem Brief Lech Walesa gratulierten, weil er die Grundlagen für demokratische Reformen gelegt habe, die „im gesamten sozialistischen Lager so dringend benötigt werden“.

Im März 1981 wurde Frau Parek vom KGB verhaftet, ließ sich aber nicht einschüchtern. Wenige Wochen später reiste sie nach Wologda in Nordrussland, um dort an der Beerdigung des estnischen Bürgerrechtlers Jüri Kukkas teilzunehmen, der in einem sowjetischen Arbeitslager umgekommen war. Wieder war sie unter den Unterzeichnern einer Protestresolution: diesmal an die Adresse des Obersten Sowjets der UdSSR. In der Resolution wurde eine Untersuchung der skandalösen Behandlung Jüri Kukkas gefordert, die schließlich zu seinem Tode geführt hatte.

Frau Parek setzte sich in der Folge für den von KGB verfolgten estnischen Dissidenten Niklus ein und richtete einen offenen Brief an die Bürger der Republik Finnland, in dem sie darauf hinwies, daß von der Sowjetmacht geplante Bau eines großen Seehafens bei Reval zu einer Russifizierung der estnischen Hauptstadt und einem Zurückdrängen des estnischen Bevölkerungsanteils führen müsse. Am 5. März 1983 wurde sie verhaftet.

Heiki Ahonen, Jahrgang 1956, ist von Beruf Vermessungsingenieur, mußte aber - wahrscheinlich wegen politischer Unzuverlässigkeit - als Kaminkkehrer bei der Revaler Feuerwehr sein Brot verdienen. Als 1981 eine „demokratische Volksfront der Sowjetunion“ in Flugblättern die estnische Bevölkerung zu einem halbstündigen Proteststreik aufrief, wurde er erstmals festgenommen, in einem Krankenhaus interniert, wo er eine geheimnissvolle Injektion erhalten soll, die anschließend zu einer Gehirnhauteinfaltung (Meningitis) führte. Nach einer Durchsichtung seiner Wohnung wurde er am 13. April 1983 erneut verhaftet.

Urteil: Innere Verbannung

Arvo Pesti, ebenfalls 1956 geboren, wurde 1979 von der Universität Tartu (Dorpat) im Zusammenhang mit der Publikation der estnischen Untergrundzeitschrift „Poolpääleht“ verurteilt. Von der Zeitschrift erschienen 1978 sechs Ausgaben. Er mußte sich als Arbeiter über Wasser halten. Auch er hat verschiedene Protestresolutionen und Briefe unterschrieben. Wie Ahonen wurde er am 13. April 1983 verhaftet.

Frau Parek erhielt sechs Jahre, die beiden Männer je fünf Jahre Arbeitslager. Alle Verurteilten wurden außerdem auf die Dauer von drei beziehungsweise zwei Jahren anschließend an die Haft zu innerer Verbannung - das heißt Deportation - verurteilt. Das Gericht verwurte gegen die anderen Dissidenten, die die gleichen Protestresolutionen unterschrieben hatten.

Schnüffellaffäre: Minister verklagt Boullins Familie

Der französische Justizminister Robert Badinter hat die Familie des ehemaligen Finanz- und Arbeitsministers unter Präsident Giscard d'Estaing, Robert Boulin, wegen „öffentlicher Verleumdung“ eines Justizbeamten verklagt. Die Familie hatte vier Jahre nach Boulins Tod den Staatsanwalt von Versailles, Robert Barbat, beschuldigt, seine „Amtspflicht verletzt und eine große Rolle dabei gespielt zu haben, den Mord zu vertuschen und die Mörder dem Zugriff der Justiz zu entziehen“.

Nach Ansicht der Familie soll Boulin von politischen Gegnern aus dem Wege geräumt worden sein, weil er zu viel über die Affäre der „Ölschnüffelflugzeuge“ gewußt habe. Unmittelbar nach dem Tod des Ministers war aber durch Autopsie eindeutig Selbstmord festgestellt worden. Als Begründung gilt, daß der Minister unschuldig in die für den Staat sehr kostspielige Affäre verwickelt worden war, was er innerlich nicht verkräften konnte.

Konfrontation mit Bastian vermeiden

dpa, Münster

Das Bundesverdienstkreuzministerium hat abends die Teilnahme von Bundeswehrangehörigen an einer Podiumsdiskussion zu Fragen der deutschen Sicherheitspolitik abgelehnt. Die Absage des Ministeriums an die katholische Studentenverbindung „Saxonia“ in Münster wurde mit der Einladung des früheren Generals Gert Bastian begründet, der zu den Gründern gehört. Nach Angaben der Saxonia erklärte die Bundeswehr, daß keinem Soldaten, eine direkte Konfrontation mit MdB-Bastian zuzumuten ist. Vor einigen Wochen bereits war Offizieren der Bundeswehr die Teilnahme an einer Diskussion in der evangelischen Akademie Loccum untersagt worden, weil der „Friedensforscher“ Alfred Mechttersheimer dort auftrat.

Steinkühler will mehr Kampfkraft

AP, Garmersbach

Die Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft in allen Regionen ist nach Ansicht des Zweiten Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall, Franz Steinkühler, vordringliches Ziel beim Kampf um die 35-Stunden-Woche. Vor Funktionären seiner Organisation sagte Steinkühler in Garmersbach, seiner Auffassung nach hätten die Arbeitgeber ein politisches Interesse an der Schwächung der Gewerkschaften durch anhaltende Massenarbeitslosigkeit. „Deswegen müssen wir auf die Schlagkraft der gewerkschaftlichen Aktionen setzen“.

Ein Sprecher des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall bezeichnete die „Unterstellung“ Steinkühlers als „doppelte Infamie“. Das Arbeitgeberangebot einer Vorrückungsregelung, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Teilzeitarbeit und einer angemessenen Lohnsteigerung beweise das Gegenteil.

Heath startet einen Feldzug gegen die Wirtschaftspolitik Thatchers

Heftiger Widerstand der Konservativen gegen Begrenzung der Gemeindesteuer

FRITZ WIRTH, London

Über dem Uterhaus lag für sieben Stunden Pulvergeruch. Was die Szene so brisant machte: es war Pulvergeruch von Geschossen, die aus den eigenen Reihen der Regierung kamen. Frau Thatcher erlebte einige der schwierigsten und peinlichsten parlamentarischen Stunden im Unterhaus, seit sie vor einem halben Jahr so glanzvoll die Wahlen gewann.

Es war der bisher größte versammelte Aufstand ihrer parteiinternen Kritiker gegen ihre Politik. Zur Debatte stand ein Gesetz, das die Macht der Kommune einschränkt, in theoretisch unbegrenzter Höhe Gemeindesteuern zu erheben.

Margaret Thatcher selbst ist seit über zehn Jahren eine entschiedene Gegnerin dieses Steuersystems und führt bereits seit Jahren eine Kampagne für eine grundlegende Reform. Sie sorgte auch dafür, daß diese Reform zum wesentlichen Bestandteil der beiden letzten Wahlprogramme ihrer Partei in den Jahren 1979 und 1983 wurde. Was also gestern im Parlament zur Debatte stand, konnte weder für die Opposition noch für ihre Kritiker in den eigenen Reihen überraschend sein.

Dennoch hat die Schärfe und Entschlossenheit des Widerstands von den eigenen konservativen Hinterbänken überrascht. Angeführt wurde diese Revolte vom ehemaligen Premierminister Edward Heath, der sich zum ersten Mal in seiner politischen Karriere über die von der Fraktionsführung erbetene Abstimmungsdisziplin hinwegsetzte und gegen die eigene Regierung stimmte. Er wurde dabei unterstützt von zwölf weiteren konservativen Abgeordneten, unter ihnen mit Sir Ian Gilmour, Maurice

Macmillan, Reg Prentice und Geoffrey Rippon vier ehemalige Kabinettsmitglieder der Tories.

Weitere 20 konservative Abgeordnete enthielten sich der Stimme, unter ihnen der vor einem halben Jahr von Frau Thatcher entlassene frühere Außenminister Francis Pym. Besonders für Männer wie Pym und Heath, die als ehemalige „Chief Whips“ für strikte Abstimmungsdisziplin der konservativen Fraktion verantwortlich waren, ist dieser öffentliche und demonstrative Dissens zum offiziellen Regierungskurs ein bemerkenswertes Ereignis.

Edward Heath begründete seine Opposition vor allem mit verfassungsrechtlichen Bedenken. Die Reduzierung der Steuerhoheit der Kommunen, so warnte er, sei ein schwerer Schlag gegen das demokratische System in Großbritannien. Es gebe der Regierung in London Machtbefugnisse, wie sie sie nicht einmal während der letzten beiden Weltkriege für sich beansprucht habe und fördere weiterhin die zentralistische Struktur der britischen Politik, was jahrzehntelangen Prinzipien der konservativen Partei zuwiderlaufe.

Frau Thatcher dagegen sieht dieses neue Gesetz als einen wesentlichen Bestandteil ihrer rigorosen Anti-Inflationspolitik. Während die Regierung in London in den letzten Jahren mit zuweilen höchst unpopulären Maßnahmen die öffentlichen Ausgaben reduzierte, haben besonders einige von der Labour Party geführte Kommunen ihre Ausgaben und damit die Steuerbelastung der Gemeindesteuer-Zähler erheblich erhöht.

Nach Berechnungen der Regierung sind die Gemeindesteuern in Großbritannien seit 1979 durchschnittlich

um 91 Prozent angehoben worden, während im gleichen Zeitraum die Inflationsrate in Großbritannien nur um 55 Prozent stieg. Allein in diesem Jahr werden die Gemeinden ihre ursprünglich geplanten Ausgaben um rund 2,5 Milliarden Pfund (etwa 10 Milliarden D-Mark) überschreiten.

Trotz der von Heath angeführten Rebellion war das Gesetz in zweiter Lesung am Dienstag niemals ernsthaft in Gefahr. Es wurde vom Unterhaus mit einer Mehrheit von 99 Stimmen gebilligt. Probleme und Konfrontationen könnten jedoch noch im Ausschuß-Stadium des Gesetzes entstehen und bei der Passage des Gesetzes durch das Oberhaus. Der für Gemeindefrage zuständige Umweltminister Patrick Jenkin hat für den Fall, daß dieses Gesetz vom Parlament zurückgewiesen werden sollte, seinen Rücktritt angeboten, eine Drohung freilich, die niemals in dieser Debatte ernsthaft in Gefahr geriet, verwirklicht werden zu müssen.

Nur eine Stunde nach seinem unstrittigen Unterhaus-Auftritt startete Edward Heath in einer Rede in der Londoner Guildhall eine weitere Attacke gegen die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung. Großbritannien, so behauptete er, habe in den letzten Jahren die tiefste Rezession in Westeuropa erlebt, und er lastete es dem angeblich „naiven und simplistischen“ monetaristischen Kurs der Regierung Thatcher an.

Die Attacke zeigt, daß seine Unterhausrede offenbar kein Einzelereignis war, sondern geplante Methode ist. Nach fast einjährigem Schweigen zur Politik Frau Thatchers hat ihr alter Rivale und offenbar unversöhnlicher Kritiker wieder das Signal zum offenen Schlagabtausch gegeben.

Balkan uneinig über atomfreie Zone

Für Ankara kommt Abbau von US-Nuklearwaffen kaum in Frage / Erfolgreiche Konferenz

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

Zwei Tage früher als ursprünglich von den griechischen Organisatoren geplant und ohne konkrete Ergebnisse ist die Konferenz von fünf Balkan-Ländern gestern in Athen zu Ende gegangen. Über den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan, wurde nur am Rande gesprochen. Vereinzelt wurde lediglich, daß die nächste Tagung der fünf Teilnehmer (Griechenland, Türkei, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien), ebenfalls auf Botschafterebene, in der ersten Februarhälfte in Athen stattfinden soll. Albanien hatte von Anfang an seine Teilnahme an der Konferenz abgelehnt.

Daß über eine atomwaffenfreie Zone nur als eines von vielen Gesprächsthemen gesprochen wurde, ist weitgehend auf die Haltung Ankara zurückzuführen. Nur drei Tage vor Beginn der Beratungen hatte das türkische Außenministerium eine Verschiebung des Termins für den 30. Januar mit der Begründung beantragt, man habe sich nicht genügend vorbereitet. Athen konnte diesem Wunsch nicht nachkommen. Papandreu zeigte sich jedoch flexibel: Er signalisierte den Türken, mit denen er seit Monaten jeden direkten Dialog ablehnt, seine Bereitschaft, auch über regionale Zusammenarbeit sprechen zu wollen. Ankara entsandte einen Beobachter. Neben Griechenland ist die Türkei das einzige Land auf dem Balkan, auf dessen Boden Atomwaffen stationiert sind.

Hinter der Haltung Ankara vermuten westliche Diplomaten in Athen, daß die Türkei keineswegs bereit ist, einer Entfaltung der auf ihrem Boden stationierten US-Atomwaffen zuzustimmen. Doch nicht nur Ankara Einstellung läßt es fraglich erscheinen, ob Papandreu Wunsch von einer atomwaffenfreien Zone realisierbar ist.

Auch die Jugoslawen zeigten sich zurückhaltend. Es paßte ihnen nicht, daß der ursprüngliche Vorschlag aus Sofia kam; dahinter vermuten sie ein sowjetisches Komplott. Belgrad unterbreitete einen Gegenvorschlag, wonach auch die jenseits der rumänischen Grenze auf sowjetischem Boden stationierten Raketen entfernt werden sollten. Auch Bulgariens Staatschef Schiw-

hoff scheint inzwischen seinen einstigen Plan nur halbherzig vorantreiben zu wollen. Diplomaten in Sofia wollen wissen, daß es vor allem angesichts der Stationierung der amerikanischen Raketen in Westeuropa zwischen Bulgarien und der Sowjetunion zu Spannungen gekommen ist.

Die Rumänen legten ihre Auffassungen auf der Konferenz ohne Umschweife dar: Es gehe hier nicht nur um die Entfernung der amerikanischen Pershing-Raketen und der Cruise-Missiles, sondern auch um die Beseitigung der sowjetischen SS 20. Ursprünglich wollte Papandreu „möglichst bald“ ein Gipfentreffen aller führenden Balkan-Politiker abhalten. Dies scheint jetzt unwahrscheinlich. Die Idee einer engen Kooperation aller Balkan-Länder geht schon auf die fünfziger Jahre zurück. Aber die Zugehörigkeit der einzelnen Teilnehmer zu unterschiedlichen Blöcken macht es unmöglich, eine gemeinsame Strategie auszuarbeiten. Im Westen hat man zudem erkannt, daß eine nukleare atomwaffenfreie Zone auf dem Balkan nur zu Lasten der NATO und der westlichen Sicherheit möglich wäre. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Standortfrage noch offen

Hausmann. Die Entscheidung über Dragahn REB nicht vor 1985. WELT vom 28. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren, im Bericht über die geplante Wiederaufbauanlage - Standort alternativen Wackersdorf und Dragahn - heißt es zum Stand der Probebohrungen, daß in Wackersdorf „geotechnische Verhältnisse“ die Arbeiten zeitlich in Verzug geraten ließen. Davon kann keine Rede sein. Vielmehr sind an beiden Standorten die für die Beurteilung des Baugrundes notwendigen Bohrprogramme vollständig durchgeführt und mit positivem Ergebnis abgeschlossen worden.

Letztlich die hydrogeologischen Bohrungen sind in Wackersdorf noch nicht beendet, für Dragahn noch nicht ausgewertet. Grund für den späteren Beginn der hydrogeologischen Bohrarbeiten in Bayern war, daß die DWK eine Arbeitsgemeinschaft zur Durchführung des Bohrprogramms gebildet hat. Erst nachdem die langwierigen Vertragsverhandlungen dazu beendet waren, konnten die notwendigen Anträge für die wasserrechtlichen Verfahren gestellt werden.

Außerdem ist das Bohrprogramm für Wackersdorf wegen der großen Bedeutung, die die Behörden dem Grundwasserverhältnissen am Standort Wackersdorf beimessen, umfangreicher als in Dragahn. Für die Standortentscheidung und die Erteilung einer Teilerlaubnisgenehmigung ist das hydrogeologische Bohrprogramm nicht terminrelevant, da es rechtzeitig (Mai 1984) vor dem

von der DWK für die Standortentscheidung in Aussicht genommenen Termin abgeschlossen sein wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Günter Grass, Presse-
referent des bayerischen
Staatsministeriums
für Landesentwicklung
und Umweltfragen

Fall Kießling

Bei SHAPE gab es seit langem einen Fall General Kießling. WELT vom 11. Januar

Dem überraschten Leser wurde mitgeteilt, der gefeuerte Offizier sei ein unfähiger General gewesen, der seine übermäßige Freizeit mit Grünholzen und ähnlichen Albernheiten ausfüllte, anstatt seinen Dienst zu tun. In das hohe Amt wurde er durch die Sozialdemokraten, nicht durch seine Leistung hochkatapultiert. Nun wissen wir's.

Tatsächlich stand Kießling bei CDU nahe, was sein damaliger SPD-Minister auch wußte. Das aber hinderte Hans Apel nicht daran, die Leistung dieses Mannes zu honorieren. Weder einer seiner Vorgänger noch Minister Apel hatten zum Chef Rogers ein ausgeglichenes Verhältnis. Es gelang auch Dr. Kießling nicht, Gleichwohl hat er es vermieden, Rogers oder seinem Minister bis heute irgendwelche Vorwürfe zu machen. Und geredet hat er erst, nachdem undichte Stellen des Ministeriums Verdächtigungen in die Öffentlichkeit lanciert hatten.

General a.D. Dr. Kießling, ACP-Kuratoriumsmitglied, war ein hervorragender Offizier, er ist eine bedeutende Persönlichkeit; er bleibt ein

bekennender Christ von ganz und gar ungewöhnlichen Qualitäten. Auf einen, der am Boden liegt, tritt man nicht, Graf Brockdorff.

Heinz Matthias,
Arbeitskreis christlicher
Publizisten e. V. (ACP)

Schaden abwenden. WELT vom 11. Januar

Sehr geehrter Herr Chefredakteur, die Verpflichtung zur Loyalität hat der Vorgesetzte in gleicher Weise wie der Untergebene.

Wenn diese Loyalität des Ministers gegenüber seinem General verletzt wurde, dann ist das, sehr verehrt Herr Hertz-Eichenrode, keine „Stillfrage“. Der Herr Bundesverteidigungsminister könnte sich außerdem ansehen haben, einfache Grundregeln der Menschenführung anzuwenden. Wenn unser Minister derart unter Zwang handeln zu müssen glaubt, hat die Freiheit bereits eine Schlicht verloren. Videant consules!

Mit vorzüglicher Hochachtung
L. von Buch,
Essen 18

Wort des Tages

„Ohne Gott müßte ich ein Phantast oder ein Bösewicht sein. Ich müßte meine eigene Natur und ihre ewigen moralischen Grundsätze verleugnen; ich müßte aufrufen, ein vernünftiger Mensch zu sein.“

Immanuel Kant, dt. Philooph (1724 - 1804)

Kohle für Europa

EG-Staatler: schlechte Ansichten für die Kohle. WELT vom 8. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, die Prognosen der EG-Kommission über die Entwicklung des Kohleverbrauchs können nur mit Vorsicht betrachtet werden. Zu oft schon mußten zu viele Prognosen gerade im Bereich der Brennstoffe geändert werden.

Die Gefahr besteht darin, daß anhand solcher Prognosen in der Tagespolitik falsche Entschlüsse gefaßt werden: Es wäre verhängnisvoll, aufgrund solcher Prognosen etwa Zeichen zu schließen, zumal eine einmal geschlossene Grube bei gesteigerter Nachfrage nicht wieder in Betrieb genommen werden kann.

Wenn auch die Zahlenangaben schwanken, so ist doch sicher, daß die Weltreserven in den nächsten Jahrzehnten gefährlich gering werden. Kohle dagegen kann noch auf Dauer eine sichere und dazu noch einheimische Energiequelle bilden.

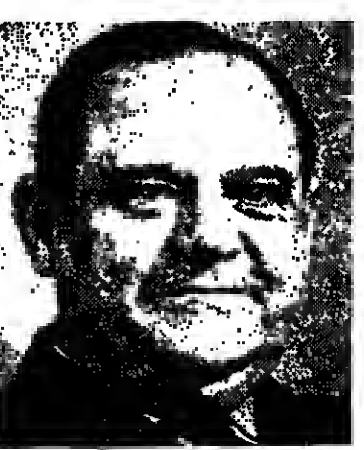
Was ist zu tun?
Erstens: Mit Mitteln der EG könnte die Gemeinschaftskohle gegenüber den Weltmarktpreisen konkurrenzfähiger gemacht werden.

Zweitens: Sollte für einen begrenzten Zeitraum die Kohleproduktion gedrosselt werden, so darf dieser Schritt nicht zu Lasten der EG-Kohle und zugunsten der Drittlandskohle ausfallen.

Drittens: Ein prognostizierter Mehrbedarf an Kohle in Dänemark und Italien sollte vorrangig mit Kohle aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft gedeckt werden. Die EG könnte auch dabei Hilfestellung leisten.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dieter Rogalla,
Mitglied des Europäischen Parlaments, SPD

Personalien



Raymond Barre

EHRUNGEN

Der frühere französische Premierminister Raymond Barre erhält in diesem Jahr den Ludwig-Erhard-Preis. Die 11köpfige Jury mit Bodo Altman an der Spitze entschied sich für den französischen Politiker und Wirtschaftsfachmann, weil er so die Stiftung, in der Vergangenheit als Anhänger einer sozialen Marktwirtschaft immer wieder mit großem Instinkt versucht hat, neue Bewegungen in eine oft verkrustete französische Wirtschaftslandschaft zu bringen. Weiterer Preisträger wird Dr. Thomas Löffelholz, Chefredakteur der „Stuttgarter Zeitung“ und früherer Korrespondent in Bonn. Die Verleihung der Preise, die mit je 10 000 DM dotiert sind, findet am 10. Februar in der Bad Godesberger Redoute statt.

GEBURTSTAGE

Mitglieder des Deutschen Bundestages ehren heute Prof. Dr. Hermann Görgen, den langjährigen Präsidenten der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft in Bonn, der am 23. Dezember seinen 75. Geburtstag feiert. Dr. Ehren von Görgen bittet Dr. Manfred Abelein, CDU-MdB und Vorsitzender der Deutsch-Lateinamerikanischen Parlamentarier-Gruppe zu einem Empfang in der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn. Professor Görgen erwarb sich in der Vergangenheit besonders große Verdienste um die deutsch-brasilianischen Beziehungen. Der Katholik Görgen hatte im aktiven Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime gestanden. Seine Gedanken zum Widerstand legte er schon 1934 in Saarbrücken in der damaligen „Neuen Saarpost“ nieder. Seine Schriften von damals gelten heute als wichtiges Quellenmaterial zum Thema „Kirche und Nationalsozialismus“. Über die Schweiz emigrierte er 1941 mit 45 hauptsäch-

Professor Joachim Zahn, früherer Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, wird am 24. Januar 70 Jahre alt. Professor Zahn war 1958 als Finanzchef in den Vorstand des Automobilwerks gegangen. 1965 wurde er Vorstandssprecher, 1971 Vorstandsvorsitzender. Bis Ende 1979 bestimmte er die Geschäftspolitik des Weltkonzerns. Auch heute gehört er dem Aufsichtsrat an. Ihm ist es zu verdanken, daß Daimler-Benz zum führenden Automobilunternehmen in Europa wurde. Neben der Bewahrung der Tradition des Mercedes-Programmes liegt es besonders fern auf den Ausbau der Auslandsmärkte.

VERANSTALTUNG

Bundespräsident Karl Carstens hat in dieser Woche den Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zu einem Essen in die Villa Hammerschmidt in Bonn eingeladen. Unter den Gästen waren Ausschußvorsitzender Franz Möller und Bonns Oberbürgermeister Hans Daniels sowie der Architekt und Abgeordnete der Grünen Walter Sauermilch. Der Bundespräsident hatte seit Beginn seiner Amtszeit immer wieder die verschiedenen Bundestagsausschüsse zu sich gebeten, um sich über deren laufende Arbeit zu informieren.

GESTORBEN

Österreichs Alt-Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner, einer der populärsten Politiker der Nachkriegszeit im Nachbarland, starb am Mittwoch kurz vor seinem 91. Geburtstag. Landeshauptmann war Gleißner von 1934 bis 1938 und von 1945 bis 1971. Die Nationalsozialisten hatten ihn in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte er zu den Mitbegründern der konservativen Österreichischen Volkspartei, ÖVP.



Hermann Görgen

Leitzins-Spekulation

ed. - Seit zehn Tagen schwirrt ein Gerücht durch den Raum: Die Bundesbank könnte - oder müsste sogar, wie einige Bankleute meinen - die Leitzinsen erhöhen, um dem Höhenflug des Dollars und der dadurch hervorgerufenen Abschwächung der D-Mark an den internationalen Devisenmärkten Einhalt zu gebieten.

Ganz heiß brodelt es in der Gerüchteküche am Montag voriger Woche, als der Dollarkurs mit Riesenschritten auf die Marke von 2,85 D-Mark zu marschieren drohte. Der Rentenmarkt erlitt vor lauter Angst einen Schwächeanfall. Mit dem Rückgang des Dollarkurses auf 2,78 an diesem Dienstag zerfiel der Kurs der Nebelschwaden der Gerüchte, aber sie verschwanden nicht ganz. Und mit dem gestrigen Wiederanstieg auf zeitweilig über 2,82 erhielten die Befürchtungen neuerlichen Auftrieb, auch wenn man nicht glaubte, der Zentralbankrat werde schon morgen den Lombardsatz und vielleicht auch den Diskontsatz erhöhen.

Diese Gerüchte scheinen im Kaffeisatz zu wurzeln, in der Erinnerung daran, daß die Bundesbank vor drei Jahren, als wegen des deutschen Leistungsbilanzdefizits eine D-Mark-Krise drohte, scharfes Zinsgeschütz aufhob. Heute ist die Situation ganz anders. Auch mit höheren deutschen Zinsen ließe sich der Dollar auf seinem weltweiten Höhenflug

nicht „abschießen“. Zudem sind, wie die Bundesbank gerade gestern im Monatsbericht hervorhob, auch gar keine zinsbedingten Kapitalabflüsse zu registrieren, die auf den D-Mark-Kurs drücken.

Aber eine Leitzinserhöhung, die auch Kredite verteuert, könnte die Investitionslust und damit das Aufschwungstempo bremsen. Fazit: Die Leitzinspekulation gehört in den Müllhaufen der Gerüchteküche.

Lernprozeß

Ha. (Brüssel) - Nahezu geräuschlos haben die Griechen die Zustimmung der EG-Kommission für eine Verlängerung bestimmter Importbeschränkungen erhalten. Die Vermutung, dies habe mit der kürzlich beendeten Ratspräsidentschaft zu tun, ist nicht abwegig. Als die Regierung Papandreu Anfang 1983 einseitig Schutzmaßnahmen für ihre Industrie verkündete, mußte sie noch mühsam an ihre Pflichten aus dem Beitrittsvertrag erinnern werden. Inzwischen scheint sich die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft in allen Äthener Amtsstuben herumgesprochen zu haben. Wichtig für diesen Lernprozeß war ohne Zweifel die besondere Verantwortung, die Minister, Diplomaten und Beamte während der Zeit ihres EG-Vorsitzens übernehmen mußten. Erfolgreich ist, daß die Griechen darüber hinaus Sinn für das rechte Maß bewiesen: Statt für bisher 17 beantragte sie nur noch für drei Warengruppen eine Verlängerung der Ausnahmeregelung, und dies statt für zwölf nur noch für zehn Monate.

Brüsseler Weinpanscher

Von JOACHIM NEANDER

Auf den allerersten Blick mögen die Pläne der EG-Kommission, ab 1990 allen Winzern - also auch den deutschen - das Zuckern ihrer Weine völlig zu verbieten, Freude oder gar Schadenfreude wecken. Doch schon bei näherem Hinsehen stellt sich heraus, daß die Herren in Brüssel keineswegs als Apostel der reinen Natur auftreten. Sie wollen nämlich nur, daß künftig zur Alkoholanreicherung nicht mehr Saccharose aus (deutschen) Zuckerfabriken, sondern nur noch konzentrierter Traubenmost (aus Italien) verwendet wird. Da versteht man das blanke Entsetzen, das jetzt in der Branche umgeht.

Die Anreicherung (nicht zu verwechseln mit Süßung), in allen weinbaureichen Ländern üblich, im einzelnen aber nach unterschiedlichen nationalen Gesetzen geregelt, war schon immer ein Streitobjekt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Cum grane salis läßt sich sagen: In den südlichen Weinbauregionen der EG nimmt man Traubenkonzentrat, im Norden Rübenzucker. Beides wird dem Weinmost vor der Gärung zugesetzt und vergärt vollständig zu Alkohol.

Daß die Gemeinschaft jetzt auf Einheitlichkeit drängt, hat mehrere Gründe. Konzentrierter Traubenmost - oder, wie es offiziell heißt, rektifiziertes Traubenmostkonzentrat (RTK) - ist schätzungsweise dreimal so teuer wie normaler Zucker. Das wummte die südlichen Winzer immer schon, obwohl sie verglichen mit ihren nördlichen Kollegen dank der langen Sonnenstunden einen viel geringeren Anreicherungsbedarf haben. Also zahlt ihnen die EG eine Beihilfe.

Diese Beihilfe (im letzten Jahr erreichte sie die Höhe von 37 Millionen Rechnungseinheiten, das sind 33,25 Millionen Mark) soll nun gespart werden, denn immerhin kostet der europäische Weinmarkt die Brüsseler Kasse 1983 mehr als eine Milliarde Mark.

Der zweite erhoffte Effekt ist, daß der eingeleitete Bedarf des Traubenmost-Konzentrats in den nördlichen Zonen den italienischen Tafelweinmarkt um reichlich fünf Millionen Hektoliter im Jahr entlasten würde. Drittens verlangen, wie Direktor Alfred Reichardt von der Brüsseler Kommission jetzt auf einer Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Saarbrücken mitteilte, neuerdings auch die Spanier, daß bei ihrem Eintritt das Zuckern in der Gemeinschaft einheitlich verboten wird.

Die Kommission ist offenbar fest

entschlossen, ihren unfreudlichen Plan voranzutreiben. Wie weit sie dabei schon ist, zeigt ein Brief, den Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler Anfang Januar an den Präsidenten des Deutschen Weinbauverbandes, Reinhard Muth, richtete. Darin heißt es unter anderem: „Ihre Abneigung, das RTK-Verbot aufzuheben oder gar durch ein Saccharose-Verbot zu ersetzen, teile ich. Dies wird uns jedoch nicht weiterhelfen, wenn wir nicht handfeste Gründe finden, die uns in Brüssel oder notfalls in Luxemburg (vor dem Europäischen Gerichtshof, d. Red.) bestehen lassen.“

Ein Grund, der bisher immer vorgebracht wurde, scheint ins Wanken geraten zu sein: Eine internationale Kommission, so wird aus Brüssel gemeldet, habe das jetzt nach neuesten Methoden produzierte Mostkonzentrat als „absolut geschmacks- und geruchsneutral“ bezeichnet.

Diese Geschmacksneutralität wird von Kennern aber stark bezweifelt. Mit den Mitteln der Gaschromatographie hat Professor Alfred Rapp in der Forschungsanstalt in Siebelingen beim Mostkonzentrat etwa hundert verschiedene Aromastoffe festgestellt, von denen viele überhaupt erst beim Vorgang des Konzentrierens entstanden sein müssen.

Von der Verteuerung war schon die Rede. Ärger noch ist die Tatsache, daß das Mostkonzentrat nachträglich im Wein überhaupt nicht mehr nachgewiesen werden kann - ein wunderbarer neuer Anreiz zu Panscheren aller Art bis hinauf in den Bereich der Prädikatweine. Die unter großen Mühen gerade erst entwickelte Methode, im Wein Saccharose nachzuweisen, würde dann nur noch dazu dienen, die jetzt verbotene Zuckerrücklage aufzudecken.

Das Schlimmste aber ist die drohende Zerstörung des Rechtsbewußtseins. Zur Zeit ist in der Bundesrepublik die Anwendung von Mostkonzentrat streng verboten, die Zusetzung von Zucker dagegen in Grenzen erlaubt. Verstöße werden bestraft. Ab 1990 soll nun alles um 180 Grad verkehrt gelten. Praktisch müßte das deutsche Weingesetz, um dessen Verbesserung sich alle Beteiligten zur Zeit bemühen, noch einmal völlig umgekrempelt werden. Dies, so sagt Bundespräsident Muth, stelle die Geschäftsgrundlage in Frage, auf der die ganze Weinmarktordnung in der Europäischen Gemeinschaft aufgebaut ist. Man kann ihm nicht widersprechen.

FINANZPOLITIK / Apel: SPD wird sich an den Realitäten orientieren

Die Opposition will alles mittragen, „was den Bürgern weiterhilft“

Perspektiven für die Zukunft der Finanzpolitik verlangte Hans Apel, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und von 1974 bis 1978 auch Bundesfinanzminister auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung von der Bundesregierung. Sie sei jetzt so lange im Amt, daß durchwursteln nicht mehr ausreiche. Die Opposition wolle keine Konfrontation um jeden Preis und werde alles mittragen, was „unserem Lande und seinen Bürgern weiterhilft“.

Apel, der über die Frage sprach, ob sich die „Finanzpolitik in der Sackgasse“ befinde, nutzte die Gelegenheit, die Erblasten der CDU/CSU zurückzuweisen. „Das Gerede vom drohenden Zusammenbruch der Staatsfinanzen“ nannte er „dummes Zeug“. Die zur Zeit der sozialliberalen Koalition bestehenden Probleme bestimmten auch heute noch die finanzpolitische Debatte. „Der Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits wurde nachhaltig von den sozialdemokratischen Finanzministern angegangen“, behauptete Apel. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat trage die jetzige Koalition Mitverantwortung für die Finanzpolitik der Vergangenheit.

Apel, der für die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung plädierte, forderte aber ihre Anpassung an die konjunkturelle Entwicklung. Er halte das jetzige Tempo für zu hoch, weil es den notwendigen selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung gefährde. Insbesondere habe der Zusammenbruch der kommunalen Investitionen spürbare negative Konsequenzen.

KAREN SÖHLER, Bonn

Die SPD habe sich einer Reihe von finanzpolitischen Entscheidungen der Koalition widersetzt, erklärte Apel, weil sie entweder dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit widersprächen oder in die falsche Richtung wiesen. Nimmere wolle die Opposition schrittweise ihr finanzpolitisches Profil entwickeln, das an den Realitäten orientiert bleibe.

Im einzelnen erklärte der frühere Finanzminister, sei es an der Zeit, daß endlich Umfang, Art und Zeitpunkt der Tarifreform bei der Lohn- und Einkommenssteuer geklärt werde. Offengelegt werden müsse von der Bundesregierung vor allem deren Finanzierung. Denn eine dauerhafte Erhöhung der Nettokreditaufnahme scheide aus. Daher unterstütze Apel die Vorstellung der Regierung, den Einnahmerückgang durch den Abbau von Subventionen auszugleichen. Er warnte jedoch davor, Steuererleichterungen zu streichen, die den Arbeitnehmern zugute kämen, denn dann bezahlten die Arbeitnehmer die Lohnsteuerreform im Endeffekt selber.

Mit Nachdruck wandte sich Apel gegen Überlegungen, die steuerli-

chen Belastungen der Unternehmen weiter herabzusetzen, um so die Investitionsbereitschaft anzuregen. Die Senkung der typischen Unternehmenssteuern - Körperschafts-, Gewerbesteuer, Steuer für Vermögensbesitz - sei bereits jetzt zu weit gegangen. Apel stütze seine Auffassung auf eine Untersuchung der OECD, die sich mit der Entwicklung der Unternehmensbesteuerung in den Jahren 1965 bis 1981 befaßt. In diesem Zeitraum seien die Besteuerungen in Japan um rund zehn Prozent geschrumpft, in der Bundesrepublik um 35,5 Prozent und in den USA um 45 Prozent. Die Beschlüsse der Koalition hätten diesen Abbau 1983 und 1984 „massiv verstärkt“. Apels Schluß: Die Gemeindefinanzreform muß eine typische Gemeindesteuer schaffen, die das Band zwischen Unternehmen und Kommunen festigt und den Kommunen ein eigenes Hebesatzrecht gewährt.

Für fragwürdig hält Apel den Gedanken, den nicht entnommenen Gewinn steuerlich zu begünstigen. Auch diese Mittel speisten Kapitalanlagen außerhalb des eigenen Betriebes ohne wirtschaftliches Risiko. Über Abschreibungsvereinfachungen sollten daher nur diejenigen Gewinne steuerlich bevorzugt werden, die wieder in eine Investition fließen. In diesem Zusammenhang bemerkte Apel, daß Vorschläge zur Innovationsförderung in jedem Fall positiv, wenn auch kritisch geprüft würden.

AUF EIN WORT



Die Arzneimittelindustrie nutzt ohne Rücksicht auf ihre sozialpolitische Verpflichtung die Chancen ihres Marktes, der - wie wir alle wissen - alles andere als ein regulärer, gleichgewichtiger Markt ist.

Karl Kaula, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen e. V., Siegburg
FOTO: DACHINGER

Gesamttextil: Kritik an den USA

dpa/VWD, Frankfurt

Die Ende 1983 von US-Präsident Ronald Reagan veranlaßten Einschränkungen der US-Textilimporte entbehren nach Auffassung des Deutschen Spitzenverbandes Gesamttextil, Frankfurt, jeder internationalen Rechtsgrundlage. Der Verband forderte deshalb die Regierung in Washington auf, sich an das Welttextilabkommen (WTA) zu halten. Wenn die beschlossenen Restriktionen angewendet würden, könne dies zu einer verhängnisvollen Eskalation von illegalen Beschränkungen zum Schaden der Entwicklungsländer führen. Eine deutliche Kürzung der US-Einfuhren aus Niedrigpreisländern werde andererseits zu einem zusätzlichen Lieferdruck auf den europäischen Märkten führen. Gesamttextil mahnte die EG-Kommission in Brüssel und die Bundesregierung, in dieser Frage eine feste Haltung anzunehmen. Der Textilausschuß der Mitgliedsländer des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) werde sich in Kürze ebenfalls mit den amerikanischen Maßnahmen befassen, hieß es dazu.

BAUINDUSTRIE

Produktion wird in diesem Jahr nochmals zurückgehen

HEINZ STÜWE, München

„Wir werden erst in diesem Jahr die Talsohle erreichen.“ Günther Herion, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, ist bemüht, allzu hohe Erwartungen in die Baukonjunktur zu dämpfen. Zwar gehen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe nach oben, wenn sich der Zuwachs nach 13,4 Prozent in den ersten sechs Monaten in der zweiten Jahreshälfte 1983 auch auf 4 Prozent verlangsamt, die Produktion der Bauindustrie werde 1984 jedoch nochmals zurückgehen. Nach einem Minus von sechs Prozent 1983 erwartet Herion, daß die Bauleistung ebenfalls knapp unter dem Vorjahresniveau liegen wird.

Die steigenden Auftragseingänge wirkten sich erst mit einem Nachlauf von über einem Jahr in der Produktion aus, erläuterte Herion. Zudem werde auch 1984 die Baukonjunktur gespalten bleiben. Von der Belebung im Wohnungsbau mit einem erwarteten Zuwachs des Bauvolumens zwi-

schen sechs und acht Prozent profitiert die Bauindustrie nach seinen Worten kaum. Schließlich mache diese Sparte nur 10 Prozent ihres Geschäfts aus. Den Löwenanteil (60 Prozent) bringe der öffentliche Bau. Hier wird ein nochmaliger Rückgang des Bauvolumens um real ein bis zwei Prozent erwartet, der auch durch die positive Entwicklung im Wirtschaftsbauprogramm (Prognose: plus zwei bis drei Prozent) nicht ausgeglichen werde.

Auch mittelfristig sieht Herion keinen deutlichen Aufschwung. Die Belebung im Wohnungs- und im Wirtschaftsbauprogramm führt vornehmlich auf die verschiedenen staatlichen Förderungsmaßnahmen zurück. Diese hätten im Wohnungsbau zu einer Halbierung von Aufträgen geführt.

Einstweilen bereitet das Auslaufen der Mehrwertsteuererhöhung im Baubereichmodell und der Investitionszulage der Bauindustrie Kapazitätsprobleme. Herion wiederholte daher seine Forderung nach einer Terminverschiebung bis Mitte oder Ende 1985.

BANKENAUFICHT

Nölling: Banken sollten nicht nach Schlupflöchern suchen

HANS-J. MAHNKE, Hamburg

Trotz des weltweit in Gang kommenden Wirtschaftswachstums werden nach Ansicht des Präsidenten der Hamburger Landeszentralbank, Wilhelm Nölling, „Umschuldungen noch einige Zeit zum harten Brot der internationalen Finanzwelt gehören“. Das Volumen der Umschuldung veranschlagt Nölling wie in den beiden Vorjahren für 1984 auf rund 50 Milliarden Dollar.

Die Gläubigerbanken sollten das, was verloren und als solches erkannt worden sei, bilanziell bereinigen. Wie in anderen Ländern, so sollte auch in der Bundesrepublik intensiver „über Abschreibungsverbote von Amts wegen“ nachgedacht werden.

Obwohl Hamburg aus unterschiedlichen Gründen allein im vergangenen Jahr drei Privatbanken verloren habe, will Nölling nicht von einer generellen Krise im Verhältnis Banken und Bankenaufsicht sprechen. Auch nach den Erfahrungen der letzten Wochen meint Nölling: „Es hängt

von den Banken ab, wie lange ein liberal verfaßtes Kreditgewerbe und eine noch als liberal anzusehende Bankenaufsicht einander bedingen, tragen und stützen können.“ Es werde in Zukunft zwar weitere einengende Vorschriften geben, aber die Aufsicht über die Banken werde auch weiterhin bestenfalls begleitend, nicht im eigentlichen Sinne geschäftsbestimmend sein können. Die Bankenaufsicht könne ohne Vertrauen in die Solidität und Gesetzestreue des Bankmanagements nicht funktionieren. Nölling forderte die Banken auf, in ihrer Geschäftspolitik nicht ständig nach neuen Schlupflöchern und Umgehungsmöglichkeiten des Kreditwesengesetzes zu suchen.

Sehr kritisch äußerte sich Nölling zu den ins Spiel gebrachten Devisenkontrollen: „Ich habe noch von keinem einleuchtenden, die großen Nachteile aufwiegenden, auch durchführbaren Vorschlag gehört und kann nur davor warnen, das Thema, ohne solche Kriterien zu beachten, weiter in der Diskussion zu halten.“

TOURISMUS

Entwicklungsländer haben nur geringe Attraktivität

dpa/VWD, Berlin

Im weltweiten grenzüberschreitenden Reiseverkehr wurden 1982 insgesamt 280 Millionen US-Dollar (678 Millionen DM) umgesetzt. Damit stehe der Tourismus an dritter Stelle hinter dem weltweiten Energie- und Automobilhandel. Der Anteil der Entwicklungsländer am Weltreiseverkehr ist aber äußerst gering, stellt Karl Menck vom HWWA Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg in einer Untersuchung über die außenwirtschaftlichen Aspekte der Tourismusförderung in Entwicklungsländern fest. Die Untersuchung war von der AMK Berlin Ausstellungs-Messe-Kongress-GmbH anlässlich der Internationalen Tourismus-Börse ITB Berlin 1984 von 3. bis 9. März in Auftrag gegeben worden.

Ursache für die geringe Zahl der Touristen sei nicht nur der geringe Bekanntheitsgrad der Entwicklungsländer, sondern die allgemein niedrige Anziehungskraft. Dies gelte vor allem für Ferienreisende, die immerhin 60 Prozent aller Gäste ausmachen und die Gebiete mit hohem Freizeitwert, wirtschaftlichem Wohlstand, politischer Stabilität und tadellosem Service bevorzugen. Entwicklungsländer mit hohen Zahlungsbilanzdefiziten sähen sich aber häufig außerstande, die für die Fremden unabhängigen materiellen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Menck stellt in seiner Untersuchung aber auch eine skeptische Einschätzung der Förderung des Touris-

mus im Rahmen der Instrumente der Entwicklungspolitik fest. Die in frühen Jahren weitverbreitete Euphorie über die Segnungen des Tourismus sei in den Entwicklungsländern verflogen. Dies gelte insbesondere auch für Vorstellungen, auf diese Weise rasch die Leistungsbilanz auszugleichen. Die Erwartung, mit relativ geringem Aufwand erhebliche Deviseneinnahmen zu erzielen, habe sich nicht als dauerhaft erwiesen. Die Nettoeinnahmen aus dem Tourismus fielen geringer aus als erwartet, weil die laufenden Einfuhren für die Versorgung der Fernreisenden die Erlöse minderten.

Außerdem habe der Tourismus zunehmende Kritik erfahren, weil er in den Gastländern soziale und kulturelle Konflikte auslöse mit zum Teil weitreichenden ökonomischen Folgekosten. Zum Beginn der 80er Jahre habe sich deshalb bei allen Beteiligten eine nüchterne Betrachtungsweise durchgesetzt. Der Reiseverkehr stelle für die Entwicklungsländer eine wichtige, aber nicht prioritäre Divisensource dar. Sie könne durchaus ergiebig sein, wenn es gelinge, mehr Reisende zu gewinnen. Dabei müsse allerdings beachtet werden, daß der Aufwand für importierte Vorleistungen, die der Gast als selbstverständliche empfände, hoch ist. Unrealistisch wäre es zudem, für den internationalen Tourismus die raschen Wachstumsraten der früheren Jahre fortzuschreiben.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

HWWA: Ost-West-Handel verliert an Bedeutung

Hamburg (dpa/VWD) - Der Ost-West-Handel hat nach Ansicht des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, in den letzten Jahren an Bedeutung verloren. Der Anteil am gesamten Welthandel lag 1983 nach Angaben des Instituts von gestern deutlich unter fünf Prozent, nachdem er in der 2. Hälfte der 70er Jahre noch bei 5,5 Prozent gelegen habe. Dabei habe sich das Gewicht der UdSSR wegen ihrer Preisvorteile im Energiesektor deutlich erhöht und das der kleineren sozialistischen Länder Osteuropas verringert. Zwar sei es neben der Sowjetunion auch den kleineren RGW-Ländern gelungen, ihre Zahlungsbilanzen gegenüber den westlichen Industrieländern zu verbessern, jedoch nur um den Preis der Beeinträchtigung ihrer volkswirtschaftlichen Gesamtsituation.

Nicht wettbewerbswidrig

Karlsruhe (dpa/VWD) - Der vereinzelte Absatz eines bekannten Markenartikels unter dem Einkaufspreis bei Sonderaktionen des Handels ist in der Regel wettbewerbsrechtlich nicht zu beanstanden. Nach einem vom Bundesgerichtshof (BGH) veröffentlichten Urteil ist ein Kaufmann im Rahmen der bestehenden marktwirtschaftlichen Ordnung in seiner Preisgestaltung grundsätzlich frei. Der Grundsatz der freien Preisbildung gelte - so das Gericht - auch im Verhältnis zwischen Hersteller und Handel. Die bloße Verfolgung eines eigenen - von den Überlegungen des Herstellers abweichenden - Vertriebskonzepts könne für sich nicht als wettbewerbswidrig angesehen werden (I ZR 39/83).

Konkurszahl sehr gestiegen

Tokio (dpa/VWD) - Die Zahl der Firmenzusammenbrüche in Japan hat jeweils über zehn Millionen Yen Forderungen (1,09 Millionen Mark) stieg 1983 um 11,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr und erreichte mit 19 155 einen nie gekannten Höchststand. Dies meldete die japanische Nachrichtenagentur Jiji-Press.

Gegen Pauschalurteile

Bonn (mkl) - Vor Zweckerpessimisten, die der europäischen Industrie den baldigen Untergang voraussagen, hat der Schweizer Botschafter und künftige Staatssekretär für Außenwirtschaft im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, Gornelio Sommaruga, gewarnt. Pauschalurteile sei-



Während in Europa die Konjunktur langsam am Fahrt gewinnt, ist der Aufschwung in den USA bereits in vollem Gang. Nach dem jüngsten OECD-Bericht betrug das Wirtschaftswachstum im letzten Jahr 3,2 Prozent. Damit ließen die Vereinigten Staaten neben allen europäischen Ländern auch die erfolgreichsten Japaner hinter sich. QUELLE: GLOBUS

Bierich neuer Bosch-Chef

Stuttgart (VWD) - Marcus Bierich, zur Zeit noch Vorstandsmitglied der Allianz Versicherungs-AG, München, wird mit Wirkung vom 12. Juli 1984 den Vorsitz der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH (Stuttgart) übernehmen. Dies hat der Bosch-Aufsichtsrat am Mittwoch beschlossen. Bierich wird den bisherigen Vorsitzenden Hans L. Merkle ablösen, der von den Gesellschaftern der Robert Bosch GmbH in den Aufsichtsrat berufen wird. Wie Bosch weiter mitteilte, werden die Gesellschafter dem Bosch-Aufsichtsrat vorschlagen, Merkle zum Aufsichtsratsvorsitzenden zu wählen. Merkle wird dort Hugo Rupf ablösen.

Wochenansweis

31.12.23.12.30.11.

Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	67,5	66,6	68,3
Kredite an Banken	85,5	82,2	75,3
Wertpapiere	7,8	7,9	7,9
Bargeldumlauf	104,7	106,1	106,4
Eink. v. Banken	52,7	39,3	49,6
Eink. v. öffentl. Haushalten	2,2	9,9	1,3

SCHNELL VERTRAUT MIT FREMDEN SPRACHEN

So lernen Sie am intensivsten! CIP 120® - Crash Intensity-Programme: das anspruchsvolle Einzeltraining für Manager, Freiberufler und alle, die innerhalb kürzester Zeit ein bestimmtes Lernziel erreichen müssen. Sie trainieren täglich - mindestens vier Unterrichtsstunden! Ihre Vorkenntnisse und das von Ihnen festgelegte Lernziel bestimmen den Aufbau des Programms. Mit der hervorragenden Inlingua Lehrmethode lernen Sie Sprachen spielend beherrschen. Von Anfang an denken, lernen und reden Sie in Ihrer neuen Sprache - der Muttersprache Ihres Inlingua Lehrers.

inlingua® Sprachschulen



CIP 120

inlingua - weltweit - allein mehr als 60 Sprachschulen in Deutschland.

Bitte, fordern Sie ausführliches Infomaterial an:

inlingua Informationszentrum, Abt. W
• Spitalerstraße 1 · 2000 Hamburg 1
Tel. 040/330834

• Westenhellweg 66-68 · 4600 Dortmund 1
Tel. 0231/149966

• Kaiserstraße 37 · 6000 Frankfurt 1
Tel. 0611/231021

• Tübinger Str. 21 · 7000 Stuttgart 1
Tel. 0711/602340

DIW

Besserung am Arbeitsmarkt

Wz, Berlin
Die Arbeitslosigkeit hat nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) saisonbereinigt schon im August vorigen Jahres ihren Höhepunkt überschritten. Seither sei sie gesunken, schreibt das Institut in seinem Wochenbericht.

Wie aus den Angaben des Instituts hervorgeht, lag die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt im Dezember mit 2,22 Millionen um rund 100 000 niedriger als im August. Nicht bestätigt hätten sich Vorhersagen, daß bis zum Jahresende mit 2,5 Millionen Arbeitslosen zu rechnen sei. Vielmehr betrug die registrierte Zahl zum Jahresende nicht saisonbereinigt 2,35 Millionen. Für 1984 sagen die Berliner Konjunkturforscher voraus: Die positiven Tendenzen werden bei der Beschäftigung und den Einkommen noch deutlicher werden. Sie rechnen

EG / Strukturwandel in der Landwirtschaft vollzieht sich langsamer als erwartet - Zahlreiche Unzulänglichkeiten

Kommission legt Bilanz für zehn Jahre vor

WILHELM HADLER, Brüssel
Langsamer als erwartet vollzieht sich der Strukturwandel in der europäischen Landwirtschaft. Schuld daran sind nach Meinung der EG-Kommission nicht nur die erschwerten Anpassungsbedingungen seit Beginn der Wirtschaftskrise, sondern auch zahlreiche Unzulänglichkeiten der nationalen und gemeinschaftlichen Agrarpolitik.

In einer Zehnjahresbilanz stellt die EG-Behörde fest, daß der Mangel an Beschäftigungsalternativen die Abwanderung überschüssiger Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft erheblich gebremst und zugleich die Bodenmobilität eingeschränkt hat. Unter diesen Umständen sei die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe, mehr oder weniger gleichbedeutend mit einer Intensivierung der Agrarproduktion im Rahmen der bestehenden Betriebsstrukturen, geworden.

Hinter dieser Formulierung verbirgt sich das Eingeständnis, daß die 1972 verabschiedete und inzwischen auslaufende Modernisierungsrichtlinie Kriterien für die gemeinschaftliche Agrarstrukturpolitik geschaffen hat, die die Überproduktion noch verschärft.

Als „Musterschüler“ erwies sich wieder einmal die Bundesrepublik, wenngleich auch hier die Förderung eher in die falsche Richtung zielte. So wurde die Richtlinie zur Modernisierung der Betriebe von Bonn mit 26 Prozent aller genehmigten Entwicklungspläne weitaus am stärksten in Anspruch genommen. Am anderen Ende der Skala befand sich mit einem Prozent Italien, das über eine besonders große Zahl lebensunfähiger Kleinbetriebe verfügt.

Bei 54 Prozent aller geförderten Betriebe lag die wichtigste Produktionsausrichtung bei der Rinderhaltung. „In diesen Fällen“, so heißt es in dem

Bericht bedauernd, „bedeutete eine Intensivierung der Erzeugung eines größeren Ausstoß an Milchprodukten mit entsprechenden nachteiligen Auswirkungen auf die Milchüberschüsse“.

Während die EG bis Ende 1981 rund 173 000 Entwicklungspläne beschufte, erhielten 715 000 Landwirte in Berggebieten und anderen benachteiligten Regionen eine direkte Einkommensbeihilfe. Eine dritte Richtlinie, die die Einstellung der landwirtschaftlichen Tätigkeit begünstigen soll, wurde fast ausschließlich in der Bundesrepublik und in Frankreich angewandt.

Grund des Mißerfolgs ist nach Meinung der Kommission unter anderem, daß die Gewährung einer Altersrente in den meisten Mitgliedstaaten nicht an die Verpflichtung zur Einstellung der landwirtschaftlichen Tätigkeit gebunden ist und daß diese Rente oft höher ist als die in der EG-

Richtlinie vorgesehenen Zahlungen. Die Zehnjahresbilanz zeigt, daß die Anpassung über einen längeren Zeitraum gesehen trotz der genannten Hemmnisse Fortschritte gemacht hat. So gehen die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche in der EG unter dem Druck der Verstärkung jährlich um 0,5 Prozent und die Gesamtzahl der Betriebe im Jahresdurchschnitt um etwa 3 Prozent zurück. Die Durchschnittsgröße der Bauernhöfe nahm zwischen 1975 und 1980 von 17 auf 17,5 Hektar zu. Eine Ausnahme von dieser Kleinbetriebsstruktur bildete nur Großbritannien.

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung betrug zwischen 1970 und 1980 in der Neumer-EG jährlich 2,8 Prozent. 1980/81 verlagerte sich in der Bundesrepublik auf 1 Prozent (früher 3,2 Prozent), in Dänemark auf 3 Prozent (4,8) und in der gesamten EG auf durchschnittlich 1,7 Prozent.

GROSSBRITANNIEN / Ford schließt Gießerei

Streikaktionen zu erwarten

WILHELM FURLER, London
Die Entscheidung von Ford Großbritannien, die Gießerei in Dagenham bei London im April kommenden Jahres zu schließen, wird auf heftigen Widerstand der beteiligten Gewerkschaften stoßen. Von der Aufgabe der Gießerei, in der Motorblöcke, Zylinderköpfe, Kurbelwellen, Nockenwellen und Kolben produziert werden, sind rund 2000 Ford-Mitarbeiter direkt betroffen. Nach Angaben der Geschäftsführung arbeitet die Gießerei seit 1978 mit Verlusten.

So koste es Ford Großbritannien rund 60 Prozent mehr, die Motorteile in Dagenham zu gießen, als sie von außen zu beziehen. Wahrscheinlich wird künftig der größte Teil der für die Motorenfertigung benötigten Gießerei-Produkte aus Deutschland eingeführt. Dies wollen die Gewerkschaften mit allen Mitteln verhindern. Ron Todd, einer der führenden

Funktionäre der Transportarbeiter-Gewerkschaft und Haupt-Unterhändler der bei Ford beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder, erklärte jetzt: „Wir werden an alle 24 Ford-Werke in Großbritannien die Aufforderung richten, nicht ein einziges importiertes Gußteil anzunehmen.“

Der Gewerkschaftsführung zufolge geht es nicht allein um das Überleben der Gießerei in Dagenham, sondern um die ganze Auto-Kapazität von Ford in Großbritannien.

Die Gewerkschaften sehen die jüngste Entscheidung von Ford als symptomatisch für die Unternehmensstrategie, die Aktivitäten in Großbritannien auf die bloße Montage von auf dem Kontinent gefertigten Teilen zu reduzieren.

Dies wird von der Geschäftsführung energigebig bestritten. Es bestehe keinerlei Absicht, weitere Investitionen in Großbritannien zu stoppen.

Anzeige

Abonnieren Sie Mut zur Meinung

Die WELT spricht Klartext. In ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren kommen Autoren zu Wort, die etwas zu sagen haben. Das macht die WELT so wertvoll für kritische, aktive, getriggerte Leserinnen und Leser. - Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie für alle Diskussionen des Tages.

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende) zurückzugeben. (Dann genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellzettel

Bitte liefern Sie mit zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,40 (Ausland 35,00, Lieferversand auf Anfrage, anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen).

Name: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Beruf: _____

Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Datumsangabe) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: _____

bei den Durchschnittseinkommen, die 1983 nur wenig gestiegen sind, mit einer Zunahme um vier Prozent.

Im Vergleich mit dem Vorjahr sind allerdings die Beschäftigtenzahlen 1983 noch um zwei Prozent niedriger. Nur wenige Wirtschaftszweige haben vorerst mehr Beschäftigte eingestellt. Die Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich zwar im Jahresverlauf 1983 deutlich, sie war aber immer noch etwas größer als im Vorjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Werner Krause, Inh. d. Werner Krause, Miederwaren; Fleischgroßhandel Stefan Beilke; Bielefeld: Nachl. d. Manfred Neumann; Hamburg: Hartom Shipping GmbH; Hofgeismar: Wilhelm Vöcking, Maurermeister, Immenhausen; Marburg: H. Büchner Fliesenfachgeschäft GmbH; Weiler: Ernst Mack, Inh. Peter Cernak; Mönchengladbach: Kreuer Kunststoff GmbH; München: Götz Spezialreinigung GmbH; Nachl. d. Margarete Sophia Theresia Haerdt; Neud. d. Martha Karolina Hofmann, Neuried; Nürnberg: Hermann Weiß, Bezirks-schornsteinfegermeister, Schwabach; Georg Kirschbaum.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bocholt: Gebr. Essing GmbH & Co. KG, Rhede; Gelsenkirchen: Ida Rosing GmbH.

ITALIEN / Ausländische Ölfirmen ziehen sich zurück

Zu knappe Gewinnspannen

dpa/VWD, Mailand
Der Verkauf des italienischen Produktions- und Vertriebsnetzes der Gulf Oil Corporation an die Kuwait Petroleum Corporation (KPC) markiert den Rückzug eines weiteren internationalen Mineralölkonzerns aus Italien. Dem US-Konzern waren bereits die britische BP (1973) und die britisch-niederländische Shell (1974) vorangegangen, deren italienische Tochter beides vom staatlichen italienischen Energiekonzern ENI übernommen wurden. Zurückgezogen haben sich auch Conoco, Cities Service, Getty Oil, Marathon Oil und zuletzt Amoco Italia, die von der Firma Tamoil des franco-libanesischen Finanziers Tamraz erworben wurde.

Das Ausscheiden aus dem italienischen Markt ist vor allem auf die knappen Gewinnspannen zurückzuführen, mit denen die Mineralölgesellschaften arbeiten müssen. Die Preise der meisten Mineralölprodukte, insbesondere Benzin, Diesel und Heizöl, werden von der interministeriellen Preiskommission festgesetzt, nach einem Index, der mit dem durchschnittlichen EG-Preisniveau verbunden ist. Das vor zwei Jahren eingeführte System hat gegenüber dem früheren den Vorteil, daß die Anpassung automatisch erfolgt. Früher mußten die Mineralölgesellschaften oft ein halbes Jahr und länger warten, bis die Kommission die Inlandspreise den Kosten- und Preis-

böhrungen im Ausland anglich. Trotz dieser Verbesserung und der Tatsache, daß durch den staatlichen Festpreis keine auf die Erträge drückende Preiskonkurrenz möglich ist, bleibt der italienische Markt für viele Anbieter schwierig.

Das bezieht sich vor allem auf die Gesellschaften mit nur geringen Marktquoten, zu denen Gulf Oil (drei Prozent) gehörte. Nur knappe Gewinnmargen haben auch die größten Firmen, darunter als zweitgrößter Anbieter Enso. Die Mineralöltochter des staatlichen Energiekonzerns ENI, Agip, steckt mit ihrem Marktanteil von 40 Prozent sogar tief in den roten Zahlen. Die italienische Regierung hat in den letzten Jahren versucht, den Mineralölmarkt durch die Schließung von Tankstellen und die Stilllegung von Raffineriekapazitäten etwas zu bereinigen. Trotzdem besteht auch heute noch ein Tankstellen-Überangebot.

Ungeachtet der schwierigen Marktsituation wird sich nach Expertenfassung das arabische Interesse an italienischen Vertriebs- und Produktionskapazitäten in den nächsten Jahren sicher noch erhöhen. Die Experten weisen darauf hin, daß Italien nicht nur durch seine geographische Lage, sondern auch wegen seines hohen Nachfragepotentials für die Verarbeiter in den Förderländern im Mittelmeerraum einen natürlichen Absatzmarkt darstellt.

SAUDI-ARABIEN / Handbuch der Deutschen Bank

Chancen für Mittelständler

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Im Handel mit Saudi-Arabien, mit rund sieben Milliarden Mark Importen aus der Bundesrepublik (von Januar bis November '83), nach den USA zweitwichtigster Überseemarkt der deutschen Industrie, sieht die Deutsche Bank auch für die Zukunft gute Entwicklungsmöglichkeiten. Günstige Chancen hätten jetzt vor allem mittelständische Unternehmen, nachdem die Absorptionen der Länder für großindustrielle Projekte und Infrastrukturvorhaben weitgehend erschöpft sei, betonte Werner Blessing, stellvertretendes Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, bei der Vorlage eines Handbuchs für Geschäfte mit Saudi-Arabien.

Nach Informationen der Bank dürften im nächsten Vierjahresplan die Weiterentwicklung und der Aufbau einer Konsumgüterindustrie, Leichtindustrie und Ersatzteilindustrie sowie alles, was im weitesten Sinne mit Instandhaltung zu tun hat, die Entwicklungsschwerpunkte sein. Eine völlig neue Entwicklung, die auch zu einer Verbreiterung der deutsch-saudischen Zusammenarbeit führen könnte, kann sich nach Blessings Urteil bei der Suche, Ausbeutung und beim Export von Mineralien abzeichnen.

Prinzipiell sieht Blessing zwar gute Chancen für ausländische Firmen, dabei mitzuwirken, eine private Indu-

strie um den staatlichen Sektor herum aufzubauen, der einen Anteil von mehr als 50 Prozent an der Wirtschaft hat. Man müsse allerdings mit Schwierigkeiten rechnen, weil die Saudis von der Mentalität her an schnellem Ertrag interessierte Händler seien und nicht Industrielle, die bereit sind, Jahre auf das Reifen der Früchte zu warten. Die Deutsche Bank empfiehlt deutschen Unternehmen bei der Durchdringung des saudischen Marktes die Einschaltung lokaler Partner oder Agenten mit guten Kontakten zu Regierungsstellen, wobei kleinere Häuser erfolgreicher sein könnten als große etablierte Firmen.

Blessing rechnet mit einer Ausweitung der staatlichen Ausgaben im nächsten Vierjahresplan, obwohl der Staatshaushalt wegen gesunkener Ölpreise erstmals ein Defizit (10 Milliarden Dollar) aufweist. Aus den 160 bis 170 Milliarden Dollar Auslandsanlagen nehme Saudi-Arabien jedoch jährlich rund 15 Milliarden Dollar ein, so daß das Defizit - auch mit Blick auf die Industrieinvestitionspolitik - völlig unbedenklich sei. Die angelegten Entwicklungsprojekte und Importprogramme könnten auch weitergeführt werden, wenn die Opec-Platz und der Ölpreis sinken sollte, weil das Land über genügend Finanzreserven verfüge. Schätzungen über 20 bis 22 Milliarden Dollar Opec-Einlagenabzüge hält Blessing für überhöht.

OBSTBRANNTWEIN / Sorgen der Brennernein mit dem Entwurf einer EG-Regelung zum Alkoholgehalt

„Kirschwasser darf nicht verwässert werden“

WERNER NEITZEL, Stuttgart
Eine Verwässerung von Kirschwasser oder Himbeergeist, der Edelbrände aus dem Schwarzwald, befürchten die in jener Region ansässigen Obstverschlussbrennernein. Ihre Sorge richtet sich auf die im Entwurf vorliegenden EG-Regelungen, die eine Gleichschaltung der Begriffsbestimmungen zum Ziel haben. Dies liefe darauf hinaus, daß die beabsichtigte Herabsetzung des Mindestalkoholgehalts (von 40 auf 38 Prozent) bei gleichzeitiger Herabsetzung der Höchstdestillationsgrenze die bislang hohe Qualität der vom Obst abstammenden „scharfen Sachen“ gefährden würde.

Das Interesse der Brennernein an einer Beibehaltung des Mindestalkoholgehalts ist deshalb groß, weil Alkohol als Aromaträger in seiner höheren Konzentration eben auch den beim Obstbranntwein wichtigen besseren Geschmack gewährleistet.

Eine nicht erwünschte geschmackliche Gleichmachung würde überdies eintreten, wenn - wie beabsichtigt - die Höchstdestillationsgrenze (im Fachjargon „Höchstabtrieb“) von jetzt 86 auf 92 Prozent angehoben würde, da man sich bei einer derartigen Verlängerung des Destillationsprozesses immer näher an die Geschmacksneutralität reinen Alkohols herabbewege.

„Das mag für Kartoffel- oder Kornbrände sowie für die in einem Brenngang arbeitenden Kolonnenbrenner vorteilhaft sein, das Ansehen unseres Kirschwassers und der anderen Schwarzwald-Spezialitäten aus der Brennblase gehen aber verloren“, befürchtet Walter Ullmann, Vorsitzender des Bundesverbandes der Obstverschlussbrenner und Geschäftsführer des Branchengrößten, der Schwarzwälder Hausbrennerei GmbH Alfred Schladerer, Staufen/Breisgau. Die Obstverschlussbrenner - der Begriff

leitet sich von dem für den Brennvorgang vorgeschriebenen Zolverschluß ab - sind nicht zuletzt auch deshalb in jener Frage noch sensibler, als ihnen die letzten beiden Brandweinsteuererhöhungen stark zusetzen und sie ihre gute Position im Wettbewerb bedroht sehen.

Dennoch blickt die Branche nicht pessimistisch in die Zukunft - im Gegenteil: Der Trend zu höherer Etikettur wie auch der Tourismus bringen es mit sich, daß immer mehr Bundesbürger auch aus den nördlichen Regionen, in denen unter den Schnapsen der Korn eindeutig dominiert, zu Obstweissern oder -geistern greifen. Alles in allem hatte die Spirituosenbranche in der Bundesrepublik in den zurückliegenden Jahren vor allem bedingt durch die Erhöhungen der Brandweinsteuer einen beträchtlichen Absatzrückgang zu verzeichnen. In 1981 lag das Minus bei 8,3 Prozent und in 1982 bei 14,5 Prozent. Im ver-

gangenen Jahr dürfte der Rückgang nach überschüssiger Rechnung bei 4 bis 5 Prozent gelegen haben. Die Marktversorgung an Spirituosen in der Bundesrepublik für das vergangene Jahr wird auf 550 bis 560 Mill. Flaschen (0,7 Liter) geschätzt.

Bei den Obstbranntweinen verlief der Absatzschwund in den zurückliegenden Jahren indes wesentlich moderater. Infolgedessen nähert sich der Marktanteil am gesamten Spirituosenabsatz auch immer mehr der 2-Prozent-Marke. Ullmann schätzt den Obstbranntweinabsatz des vergangenen Jahres auf 9,5 Mill. Flaschen. In der Bundesrepublik gibt es rund 50 Obstverschlussbrenner (38 davon sind im Verband organisiert). Die Transparenz des Marktes wird dadurch erschwert, daß mit einer beträchtlichen Dunkelziffer auch Obstler von den rund 35 000 bäuerlichen Abfindungsbrennernein in den Markt eingeschleust werden.

NAMEN

Hans Reifenhäuser, geschäftsführender Gesellschafter der Reifenhäuser GmbH & Co., Troisdorf, vollendet am 20. Januar das 70. Lebensjahr.

Wolfgang Werscheck, Geschäftsführer der Kautsch-Filiale Offenbach, wird am 20. Januar 60 Jahre.

Kurt Schoep, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Düsseldorf-Gesellschaft mbH-Nowea, wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft als Sonderbeauftragter für die deutsche Leistungsschau Japan 1984 benannt.

Dr. Friedrich-Leopold Freiherr von Stechow ist als Generalbevoll-

mächtigter in das Bankhaus Trinkaus + Burkhart, Düsseldorf, eingetreten. Helmut Paffendorf, bisher Direktor der Bank, ist zum weiteren Generalbevollmächtigten ernannt worden.

Hans-Herbert Becker, stellvertretendes Vorstandsmitglied der AEG-Telefunken Hausgeräte AG, Nürnberg, hat „im Einvernehmen mit der Gesellschaft und der Konzernmutter“ seinen Hut genommen. Das Ressort Vertrieb wird von Hausgeräte-Chef Günter W. Tumm in Personalunion übernommen. Carthaus Damm wurde Generalbevollmächtigter für Vertrieb und Marketing.

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

- Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

- Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.
- Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch: Den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2
Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift:

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____

ZAW

Zentralausschuß der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

GEMEINNÜTZIGE SIEDLUNGSGESELLSCHAFT

Kein Bauträgergeschäft mehr

WERNER NETZEL, Stuttgart. Die in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten geratene Bauträgerschaft GSG Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft mbH des Evangelischen Siedlungswerks und der Leonberger Bausparkasse, Stuttgart, teilt zur Abwicklung des Konkurses mit ihren über 40 Gläubigern einen außergerichtlichen Vergleich an. Mit Abwicklung des derzeitigen aktiven Bauprogramms von rund 1200 Wohneinheiten im ganzen Bundesgebiet, für die ein Zeitraum von fünf Jahren veranschlagt wird, will sich das Unternehmen aus diesem Betätigungsfeld zurückziehen und auf die Verwaltung ihres Miethausbestandes konzentrieren.

Allein in den Jahren 1981 und 1982 sind bei der GSG Verluste in Höhe von zusammen 30 Mill. DM aufgelaufen, die aus den Reserven abgedeckt wurden. Für das soeben abgelaufene Jahr 1983 sind trotz erheblicher Reduzierung des Betriebsapparats (70 Beschäftigte) bei gleichzeitigem Rückgang des Neubauprogramms von den durchschnittlich 1000 Einheiten im Jahresdurchschnitt auf etwa 600 Einheiten in Anbetracht der hohen Zinsbelastungen (60 Mill. DM in 1982) wird ein erneuter „zweistelliger“ Millionenverlust erwartet. Das

für Ende 1983 noch ausgewiesene Eigenkapital von 19 Mill. DM (in das Stammkapital von 14 Mill. DM teilen sich das Siedlungswerk und die Bausparkasse paritätisch) dürfte damit verloren sein.

Als Ursachen für den Niedergang des Unternehmens sieht Günter Hünemeyer, seit Dezember letzter Jahres in Personalunion Vorstandsmitglied der Leonberger Bausparkasse und deren Großaktionär Allgemeine Rentenanstalt ist und als neuer Aufsichtsratsvorsitzender der GSG fungiert, neben der allgemeinen Schwäche des Immobilienmarktes und der daraus resultierenden schleppenden Verkaufserfolge, die Unterkapitalisierung der GSG wie auch gewisse Fehler im Zuschnitt des Bauprogramms und in der dezentralen Struktur des Unternehmens.

Alles in allem geht es bei der GSG um ein Bankkreditvolumen von rund 650 Mill. DM, das abzuschnellen ist. Für den Fall, daß ein Konkurs nicht abgewendet werden könne – die Entscheidung der Banken muß noch in diesem Monat fallen – wollen die Gesellschafter sich zur Vermeidung von Härten mit weiteren Mitteln (bisher wurde von ihnen die GSG bereits mit insgesamt 40 Mill. DM Darlehen gestützt) bereitstellen. „Ein unbegrenztes Einsteigen gibt es aber nicht“, konstatiert Hünemeyer.

MESSE ESSEN / Vorsichtiger Flächenausbau

Gegen kleinliche Konkurrenz

WILM HERLYN, Essen. Günther Claassen, Direktor der Messe Essen GmbH, hat sich gegen ruinösen Wettbewerb der Messen untereinander ausgesprochen. Er sagte bei der Vorstellung der Bilanz 1983: „Wir sollten andere Sorgen haben als kleinliche Konkurrenz unter den Messen.“ Wenn auch nicht so ausgesprochen, zielt seine Kritik offensichtlich auf den zum Teil immensen Ausbau der Ausstellungsfläche vieler Messengesellschaften.

So wird zum Beispiel Frankfurt in den kommenden Jahren fast 1 Mrd. DM in Ausbau und Infrastruktur seines Messegeländes investieren. Dagegen nehmen sich die 50 Mill. DM geradezu bescheiden aus, die die Messe Essen bis zum 75-jährigen Jubiläum 1988 in die Erhöhung der Präsentationsfläche von 60 000 auf 70 000 Quadratmeter stecken will sowie in

umfangreiche infrastrukturelle Verbesserungen im Service-Bereich. Die Messe Essen GmbH erreichte 1983 einen Gesamtumsatz von wieder mehr als 30 Mill. DM und erzielte damit erneut eine ausgeglichene Jahresbilanz. Nach Worten von Claassen erwirtschaftete die Messe 2,6 Mill. DM Gewinn, der in Übereinstimmung mit dem Eigenen, der Stadt Essen, in den jetzt abgeschlossenen Bau einer neuen Halle investiert wurde. Das Ausstellungs- und Messe-Programm verteilte sich auf 136 Tage – somit war, statistisch gesehen, jeder dritte Tag ein Messe-Tag. Das 60 000 qm große Messegelände wurde zehnmal komplett umgesetzt. Insgesamt 1,6 Mill. Besucher und 6000 Aussteller besuchten die Gesellschaft 1983. Zu den internationalen Messen zählen vor allem die „Schweissen und Schmelzen“, die „Blech“ sowie die „Camping“- und „Caravan“-Ausstellung.

REYNOLDS TOBACCO / Zweistelliges Wachstum beim Absatz und Umsatz

Erfolg mit kühler Markteinschätzung

HAROLD POSNY, Köln. Im Preiskrieg auf dem deutschen Zigarettenmarkt gehörte die Kölner Reynolds Tobacco GmbH 1983 eindeutig zu den Gewinnern. Trotz aller Handels- und Börsenmarken, die der Branche zeitweilig schwer zu schaffen machten, gelangen dem Unternehmen nicht nur zweistellige Zuwächse in Absatz und Umsatz, sondern auch eine weitere Steigerung des Marktanteils.

Und fast noch wichtiger: Bei einem nur um 2 Prozent auf etwa 113,6 Mrd. Stück gewachsenen Gesamtmarkt hat Reynolds im traditionellen Segment der Camel, Reyno und JPS, das auch die Gewinne bringt, das Wachstum sogar auf 9,4 (7,9) Prozent beschleunigen können. Wenn die Camel Filter dennoch ihre Position unter den „Top Ten“ mit einem Marktanteil von 7,3 (7,6) Prozent nicht halten konnte, so hat sie ihren 3. Rang gegenüber den Wettbewerbsmarken am besten behauptet.

„Wir haben im Krisenjahr 1983 konsequent unsere seit Jahren bewährte Strategie weiterverfolgt, etwas nicht oder anders zu tun. Wir haben uns nicht zu panischen Schritten oder Überreaktionen verleiten lassen, die uns mit Sicherheit in die roten Zahlen

gebracht hätten“, meint der Vorsitzende der Geschäftsführung Peter W. Fischer. Freilich mußte Reynolds hier Federn lassen: Der Gewinn nach Steuern fiel auf 1,7 auf 0,5 Mill. DM zurück.

Die Reynolds-Strategie lag in der gezielten Einführung der dem Namen nach von früher her bekannten Overstolz, mit der, so Fischer, nicht nur ein Segment abgedeckt wurde, das bisher nicht belegt war, es wurde auch der „Kannibalisierungseffekt auf das bestehende Sortiment“ ausgeschlossen.

Auch die Camel-Preissenkung wurde „mit Augenmaß“ vorgenommen, und schließlich habe man sich aus dem Selbstdehmerzmarkt herausgehalten, auf dem sich eine ähnliche Situation wie bei den Industriezigaretten anbahnte.

Unter der Voraussetzung „anhaltender Ruhe an der Preisfront“ erwartet Fischer für den Gesamtmarkt eine Steigerung um 2 bis 3 Prozent auf 116 bis 117 Mrd. Stück. Das Industrie-Niederpreissegment werde sich bei 14, die Handelsmarken auf 5 Prozent einpendeln. Der Teilmarkt Feinschnitt (14 Prozent) werde eher leicht abnehmen. Ein Einstieg in diesem Markt hält Fischer jedoch für „kaufmännisch unattraktiv und nicht sinnvoll“.

Reynolds	1983	± %
Absatz (Mill. DM)	21 126	+13,3
davon Ausland	12 981	+10,0
Umsatz (Mill. DM)	8 165	+19,0
Inlands-Marktanteil (%)	2 111	+18,1
Mitarbeiter	1 960	+2,4
Mitarbeiter	133	+12,1
Investitionen	32	+3,0
Abschreibungen	17	-37,0
Eigenmittel in % der Bilanz-Summe	188	-2,8
	26,8	(35,4)

*) ohne MwSt. einschl. Tabaksteuer (ohne MwSt. und ohne Tabaksteuer: 818 nach 567 Mill. DM).

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Plus bei Otto-Versand

Hamburg (JB). Der Otto-Versand, Hamburg, hat im Kalenderjahr 1983 seinen Umsatz um 5,1 Prozent auf 4,3 Mrd. DM erhöht. Mit diesem Wachstum haben sich die Hamburger Versandunternehmen deutlich vom Durchschnitt der Branche ab. Wie es in einem ersten Überblick bei Otto heißt, hat die Versandbranche im vergangenen Jahr einen Umsatzrückgang von nominal 2,5 Prozent hinnehmen müssen. Aufgrund der positiven Resonanz, die in diesen Tagen an die Kunden verschickten Frühjahr/Sommer-Kataloge gefunden haben, erwartet Otto für das eigene Haus auch im Jahr 1984 eine zufriedenstellende Entwicklung.

An Zettelmeyer interessiert. Mainz/Trier (dpa/WVD). Mit fünf Unternehmen des In- und Auslands laufen gegenwärtig Verhandlungen über einen Kauf der in Konkurrenz stehenden IBI-Tochtergesellschaft

Zettelmeyer (König bei Trier). Die Interessenten seien der Straßenbaumaschinen-Hersteller Joseph Vögele AG (Mannheim), Liebherr, Dresser Industries (USA) sowie der zweitgrößte Baumaschinenkonzern der Welt, die japanische Komatsu, teile ein Sprecher von Zettelmeyer auf Anfrage mit. Ein fünfter Interessent wolle nicht genannt werden. Wie zu erfahren war, soll es sich um eine Hamburger Firma handeln, die Ersatzteile vertreibt.

„1899“ strebt aufwärts. Frankfurt (cd.). Die zur Oetker-Gruppe gehörende Bankgesellschaft von 1899, Frankfurt, berichtet über eine Zunahme des Geschäftsvolumens um 14 Prozent auf 947 Mill. DM. Das nicht bilanzwirksame Geschäft der Privatbank, deren Aktivitäten sich auf industrielle und mittelständische Kunden im Rhein-Main-Gebiet und zunehmend auch überregional konzentrieren, habe deutlich an Gewicht gewonnen. Die um 44 Prozent auf 233

Mill. DM gestiegenen Kundeneinlagen werden von der Bank als Zeichen ihrer aufstrebenden Position im Markt bezeichnet.

Bär gedeiht. Frankfurt (cd.). Die Bank Julius Bär & Co AG, Zürich, berichtet über eine 17prozentige Steigerung der Bilanzsumme auf 1,6 Mrd. sfr und eine 18prozentige Steigerung des Reingewinns auf 194 Mill. sfr. Nach Ausschüttung von 15 (13) Prozent Dividende und 9 (8) Mill. sfr Rücklagen dotierung erreichen die ausgewiesenen Eigenmittel knapp 133 Mill. sfr.

Pakistan-Auftrag. Frankfurt (Wb.). AEG-Kanis soll gemeinsam mit Mannesmann-Demag sechs Gasturbinen-Verdichtereinheiten im Gesamtwert von 65 Mill. DM nach Pakistan liefern. Mithras-Verdichtereinheiten sollen die Pakistani den Druckabfall in ihrem größten Erdgasfeld ausgleichen. AEG-Anteil: 45 Mill. DM.

ARA SERVICES / Olympia-Verpfleger

Chancen für Catering

INGE ADHAM, Frankfurt. Der im vergangenen Jahr in vielen Unternehmen kräftig angesetzte Rotstift hat dem Catering, der Bewirtung von Kantinen durch eine ausstehende Firma mit eigenem Personal, zu vielen neuen Kunden verholfen. Zwar werden zur Zeit erst rund 300 der insgesamt 18 000 Kantinen für Betriebsverpflegung von sieben professionellen Catering-Unternehmen, die damit schätzungsweise 300 bis 350 Mill. DM umsetzen, betreut. Aber die Tendenz, so sehen es die Geschäftsführer der ARA Services GmbH, Offenbach, ist eindeutig steigend.

Mit gut 1000 Mitarbeitern betreute ARA Services im Geschäftsjahr 1982/83 (30.6.) gut 300 Kunden und setzte damit 88 Mill. DM um, 13,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Als Basis für das Plus sieht Geschäftsführer Heinrich Dietrich vor allem, daß man den Kunden „alle Systeme der Betriebsverpflegung aus einer Hand“ anbiete. Dazu gehört auch ein umfangreiches Automatengeschäft, das im vergangenen Jahr einen „großen Schritt nach vorn“ getan habe, da man in diesem Bereich vom Trend zur Zwei-

schonverpflegung profitiere. Mit gut 3000 bei Kunden installierten Automaten sieht sich ARA als der führende „Automaten-Operator“ der Bundesrepublik. Diese Stellung soll mit rund 2 bis 3 Mill. DM Investitionen jährlich in neue Automaten ausgebaut werden.

Noch in den Kinderschuhen steckt mit 0,8 Mill. DM Umsatz die neue Sparte Café-Service, die den Wettbewerb etablierter Kaffee-Unternehmen spürt, aber sukzessive weiter ausgebaut werden soll. Für das neue Geschäftsjahr peilt ARA auf 100 Mill. DM Umsatz an und will damit seinen Marktanteil am deutschen Catering-Geschäft von derzeit rund 25 Prozent weiter ausbauen.

Weltweit erzielt die ARA Service Inc., Philadelphia, die auch für die Verpflegung der Olympia-Teilnehmer in Los Angeles sorgen wird, mit knapp 120 000 Mitarbeitern 3 Mrd. Dollar Umsatz, davon gut die Hälfte im Bereich Catering und Automaten-geschäft. In Europa werden in sechs Ländern Tochterunternehmen betrieben, die insgesamt 4 Prozent (oder 320 Mill. DM) zum Konzernumsatz beitragen.

Media-Mail: Zehn Titel im Programm

Die Verlagsgesellschaft Media-Mail GmbH, Hannover, die im August 1983 sechs Fachzeitschriften des Coburger Verlags übernommen hatte, hat das Programm um einen weiteren Titel ausgedehnt. Mit dem „Hannoverschen Journal“, das erstmals im Dezember erschien, erhöhte sich die Zahl der verlegten Titel auf zehn mit einer monatlichen Auflage von 191 000 Exemplaren. Geschäftsführer Wolf Grütters rechnet für 1984 mit einem Verkaufsumsatz von 5 Mill. DM gegenüber 3 Mill. DM im vergangenen Jahr. Spätestens 1985 soll die Phase der Aufbauverluste abgeschlossen sein. Von den Investitionen 1983 (rund 2 Mill. DM) sei über 1 Mill. DM für den Erwerb der Zeitschriften aufgewandt worden.

Gut ausgelastet, so Grütters, ist die rechtlich selbständige Druckerei Josef Grütters GmbH & Co KG, Ronnenberg. Durch die eigenen Verlagsprojekte habe sich diese Situation noch verbessert. Am Umsatz der Druckerei der 1983 unverändert bei 18 Mill. DM lag, sind die Media-Mail-Erzeugnisse mit rund 15 Prozent beteiligt.

Lloyds übernimmt Teile der SMH-Bank

cd. Frankfurt. Die Übernahme des bonitätsmäßig einwandfreien Bankgeschäfts einschließlich des Wertpapiergeschäfts des Bankhauses Schröder, Münchener Hengst & Co (SMH-Bank) durch die Lloyds Bank, London, ist jetzt perfekt. Die Übertragung wird in etwa drei Wochen mit der Eintragung im Handelsregister, der auch der Ausschluss von Aktien der SMH-Bank für die Lloyds Bank verbunden ist, stattfinden, und zwar auf eine neue, von der Lloyds Bank mit 100 Mill. DM Eigenkapital gegründete Gesellschaft, die bereits von der Bankenaufsicht die Betriebs-erlaubnis hat.

Nach der Übertragung soll die Firma in Schröder, Münchener Hengst umbenannt werden. Die Bank wird eine Bilanzsumme von etwa 900 Mill. DM haben und alle Mitarbeiter der bisherigen SMH-Bank übernehmen. Der Kaufpreis wird auf etwas unter 100 Mill. DM geschätzt. Die faulen Teile der alten SMH-Bank verbleiben bei der Hengst-Beteiligungsgesellschaft des Bankverbandes.

Nach einem erfüllten Leben verstarb am 12. Januar 1984 unsere liebe

Trux Jörgensen
geb. Lindener

Im Namen der Familie und Freunde
Gerhard Koltach

2000 Hamburg 52
Kaulbachstraße 1

Wir nehmen Abschied am Dienstag, dem 24. Januar 1984, um 11 Uhr in der Kapelle des Mostdener Friedhofes, Rupertstraße.

Ein tapferes Leben ist friedlich zu Ende gegangen.

Hans-Otto Lübcke
Oberbürgermeister i. R.

* 3. September 1912 † 11. Januar 1984

Wir trauern um unseren lieben Bruder, Schwager, Onkel und Großonkel.

Erika Paulsen geb. Lübcke
Max Paulsen
Waltraut Stengel geb. Lübcke
Ingeborg Westzold geb. Lübcke
Stephan Westzold
mit allen Angehörigen

Frahmstraße 8
2000 Hamburg 55

Trauerfeier am Dienstag, dem 24. Januar 1984, um 12.30 Uhr im Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle A.

Nach einem erfüllten Leben ist mein geliebter Mann, unser gültiger Vater und Opa

Kurt Leube

am 15. Januar 1984 in seinem 88. Lebensjahr sanft entschlafen.

Anne-Marie Leube geb. Haupt
Bernt und Kerstin Leube
mit John und Henrik

Elbchausee 243
2 Hamburg 52

Trauerfeier am Donnerstag, dem 26. Januar 1984, um 14 Uhr in der Kirche zu Hamburg-Nienstedten, Elbchausee.

Statt zugedachter Blumen bitten wir die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger zu bedenken. Konto-Nr. 1/07 557 Vereins- und Westbank Hamburg.

Aufruf zur „Woche der Weithungerhilfe“



Deutsche Weithungerhilfe
Bonn, Adenauerallee 134

„Jedes vierte Kind in den Entwicklungsländern ist unterernährt. Täglich sterben 40.000 Jungen und Mädchen an Nahrungsmangel. Eine halbe Milliarde Menschen haben ständig zu wenig zu essen. Diese Not darf uns nicht gleichgültig lassen. Wir müssen ihr begegnen.“

Bundespräsident Karl Carstens
Schirmherr der Deutschen Weithungerhilfe

111 Spendenkonto
Postcheckamt Köln · Sparkasse Bonn
Volksbank Bonn · Commerzbank Bonn
Einzahlungen sind überall möglich.

Geschäftsverbindung
Übernahme Vertrieb o. Vertretung (Büro u. Lageraum vorhanden) im Raum Baden u. Rheinland-Pfalz.
Zuschr. u. S. 9489 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

U.S.A. EINWANDERUNGSVISA
Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern. Informationen: VIC GmbH, Widenmayerstr. 18/1 - 8000 München 22. Tel. (089) 229131 - Telex 5216334 (ndd) d.

ACHTUNG, wer benötigt im nördlichen Münsterland ein Anwesenungsgelände, Lagerfläche mit Rampe und Auslieferungszug sowie Büro mit Schreibmaterialien, Normalepsektoren usw. vorhanden. Anfragen unter 15 609 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufen (fast) alles, wenn der Preis stimmt.
Rundwaren Vertrieb Schuchardt GmbH, Dinslakenstraße 7, 3180 Löhne. Tel. 0519 20 49 25 - 25 49 40.

WOHN - - - HEIME
Anmietung, Spezial-Immobilien, Wohn- und Gewerbeimmobilien, Kaufverträge, Mietverträge, Pachtverträge, etc. Partner für kleine und mittelgroße Unternehmen. 1012 Pöhlchen, Postf. 1108, Tel. 0711/26 36 00 - 26 36 55, Telex 524 197. Katalog anfordern.

Suche auf „Bund 84“ noch Job als mehrsprachige (Frz., Engl., Span.) Stand-Off-Informationelle. Tel. 021 02 / 8 83 38.

IMPORT-EXPORT-VERBUNDEN
Begleitung, Mitarbeit, bietet: Zeilke, Rheinfelder 25a, Bonn 2, an.

Wir kaufen u. verkaufen
fast jeden Warenposten aus dem Food- und Non-Food-Bereich. Tel. 06 81 / 5 78 11, FS 4 421 283.

weltweit sicher orientiert
DIE WELT
Tageszeitung für Deutschland

Informations- und Studienpreise für Interessenten aus Industrie, Handel u. Wissenschaft (auch priv. Personen).

ALBANEN / 1 Woche
Im Februar 1984. Programmwünsche können berücksichtigt werden.
DR. PETER PALMER REISEN, Postfach, CH-9445 Widnau.

Freie Handelsvertreter
zum Besuch von niedergelassenen Laboratorien, Krankenhausbibliotheken u. Fachbibliotheken für den Verkauf von Diagnostika mit den Schwerpunkten Mikrobiologie, Serologie/Immunologie für die PZ-Gebiete 1, 2 und 5 gesucht.
Sehr gut eingetragene Damen und Herren bitten wir um Kontaktaufnahme.
Julius Greenbaum GmbH, D-23 Hamburg 11, Tel. 043 / 25 36 76, T. 211 481 gross.

GRIECHISCH
Übersetzungen durch staatl. gepr. Dolmetscher.
T. 0 46 / 271 53 53 ab 17 Uhr.

Artikel (Neuheit)
1. Direktvertrieb gesucht. Zuschr. u. PP 47491 an WELT-Verlag, Postf. 2000 Hamburg 55.

Wie komme ich in die Zeitung?
Diese Frage stellen sich viele Unternehmer. Die Antwort gibt der press-brief. Erzählen Sie uns interessante Veröffentlichungen in Ihrer Zeitung. Sendung durch press-brief, Postfach 12 94, D-5010 Bergheim.

Inter-Kurier-Service
Wir bieten weltweiten, schnellen, zuverlässigen Service.
H. Brömmann, Burgstraße 28, 4515 Bad Essen 1, Tel. 0 54 72 / 38 86.

Wirtschaftliche Probleme?
Qualifizierte Time-Manager
übernehmen kurzfristig noch Aufgaben zur Lösung von Problemen im finanzwirtschaftlichen Bereich und Marketing/Vertrieb.
Zuschriften erb. unter T 3488 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SCHWEIZ: MARKETING-MANN MIT KAPITAL
Ein Schweizer Unternehmer mit zwei patentierten Produkten, die ein bedeutendes Potential darstellen und jetzt weltweit lizenziert werden, sucht einen erfahrenen Marketing-Mann. Er soll für die Abwicklung seiner internationalen Geschäfte verantwortlich sein.
Bei den Produkten handelt es sich um neue Systeme für den Fertigungsbau sowie um ein revolutionäres Zusammenbau-Modellsystem (Abbau-Modell). Wir bieten dem erfolgreichen Bewerber eine attraktive Position als gleichgestellter Geschäftspartner. Anschlagsmaterial vorhanden. Weitere Einzelheiten durch:
Inventor, c/o Globe Plan SA, Av. Mon-Repos 24, CH-1006 Lausanne. Tel. 08 41 21 / 22 35 12. Telex: 26 195 melis ch.

Sicheres Einkommen für Arbeitswillige
Brillantes, seriöses Unternehmen mit eingeführten, krisenfesten und dauerhaften Vertriebswegen zu übergeben. Ihren Steuerberater und langjährige Jahresgewinne von über 100 000,- Schweizerfr. Diese Angaben können Sie auch in der täglichen Praxis überprüfen. Wir suchen einen fähigen Partner, der sich für eine gute Sache einsetzen will und kann. Gerne sprechen wir mit Ihnen über die Möglichkeiten der Objektübernahme. z. B. Kant. Lizenz oder Umsatzsteuervergütung. Je nach Art Ihres Engagements sollte Ihnen jedoch ein Kapitalanleihe von ca. DM 50 000,- möglich sein. Näheres unter 8 923 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gesa Consulting GmbH
Wir vermitteln sofort: 3 Taster zur Bewirtschaftung neuer Kopiergeräte in S.A. Kapitalnachweis 1 Mio. DM.
Wir suchen sofort: 1 Charterflugzeug, 200 Passagiere, 2 wöchentlich für 1 Jahr. Wir bieten laufend Kontrakte.
Ihre Kontaktadresse: Nr. 1 für Saudi Arabien: Tel. 8 26 37 / 48 84, Telex 8 67 846, Nettopark 4, 5452 Weßenthurm.

Venezuela
langjährige Erfahrung, Import-Export, Kontakte zu allen lateinamerikanischen Ländern, repräsentative Büro in Caracas, deutsches Management.
Zuschr. erb. u. T. 3488 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Wir vergeben noch für einige Gebiete
VERTRETUNGEN
für unser Video-Film-Programm auf freiberuflicher Basis.
Wir suchen: Handelsvertreter, die nachweislich Erfahrung in der Rundfunk-, Fernseh-, Video-Branche haben.
Wir bieten: ein gut strukturiertes Programm, Werbeunterstützung und hohe Provisionen.
Interessiert? ... dann rufen Sie uns an, unter: Tel. 0 89 / 48 11 98
UW-Productions GmbH, Zepfengasse 69, 8006 München 90.

General-Vertrieb
für Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz u. Saarland zu vergeben. Hersteller sucht Geschäftspartner zum Aufbau und zur Betreuung eines Vertriebsnetzes für konkurrenzloses Produkt für Energieversorgung u. Umweltschutz. Eigenkapital und Unternehmensgeist sind Voraussetzung. Senden Sie Ihre Kurzbewerbung bitte an die:
Firma G. R. Rötter GmbH, Energiepar-Produkte, Germanenstr. 4, 7410 Kettling 24 (Kommersbach) oder rufen Sie uns wegen einer Terminvereinbarung unter Tel. 071 21 / 63141 an.

Mit unserer Hilfe finanziell unabhängig!
Wir beraten u. betreuen Menschen, die sich an uns wenden (keine Versicherung, keine Ehe- oder Anlagenberatung, kein Warenverkauf).
Ihre Chance:
Wenn Sie über Büro u. Telefon verfügen u. von uns über alle Details informiert worden sind, könnten Sie eine Gebietsrepräsentanz mit Jahreseinkommen von ca. DM 200 000 in den FLZ-Gebiet 1 - a übernehmen. Beginn nebenberuflich möglich. Startkapital erforderlich.
Info unter W 3471 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vor-Ort-Präsentation in Los Angeles mit Immobilienseminar vom 6.2.-11.2.1984
ACHTUNG ANLAGEBERATER
ACHTUNG VERTRIEBSGRUPPEN

Los Angeles - Olympiade 1984
Wo Sportler 1984 nach Höchstleistungen streben, sollten Sie auch bei USA-Immobilien Höchstleistungen verlangen.
Wenn persönlicher Erfolg Ihre Zielvorstellung ist, sollten Sie jetzt starten.
Wir sind eine erfahrene, auf dem Immobilien-Entwicklungssektor tätige US-Gesellschaft. Unser Anlage-Konzept ist ausgereift, sicher und medienverträglich.
Wir suchen qualifizierte Anlageberater oder Vertriebsgesellschaften, die unsere Produkte, welche ständig zu vertrieben sind, auf Provisionsbasis vertreiben. Wenn Sie eine entsprechende Erfahrung nachweisen können, wenden Sie sich bitte unter dem Kennwort -US-REAL ESTATE- an Falkenstr. 25, 7000 Stuttgart 70. Damit Sie 1984 mit Sicherheit zu den Siegern gehören.

General-Vertrieb
für Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz u. Saarland zu vergeben. Hersteller sucht Geschäftspartner zum Aufbau und zur Betreuung eines Vertriebsnetzes für konkurrenzloses Produkt für Energieversorgung u. Umweltschutz. Eigenkapital und Unternehmensgeist sind Voraussetzung. Senden Sie Ihre Kurzbewerbung bitte an die:
Firma G. R. Rötter GmbH, Energiepar-Produkte, Germanenstr. 4, 7410 Kettling 24 (Kommersbach) oder rufen Sie uns wegen einer Terminvereinbarung unter Tel. 071 21 / 63141 an.

Mit unserer Hilfe finanziell unabhängig!
Wir beraten u. betreuen Menschen, die sich an uns wenden (keine Versicherung, keine Ehe- oder Anlagenberatung, kein Warenverkauf).
Ihre Chance:
Wenn Sie über Büro u. Telefon verfügen u. von uns über alle Details informiert worden sind, könnten Sie eine Gebietsrepräsentanz mit Jahreseinkommen von ca. DM 200 000 in den FLZ-Gebiet 1 - a übernehmen. Beginn nebenberuflich möglich. Startkapital erforderlich.
Info unter W 3471 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vor-Ort-Präsentation in Los Angeles mit Immobilienseminar vom 6.2.-11.2.1984
ACHTUNG ANLAGEBERATER
ACHTUNG VERTRIEBSGRUPPEN

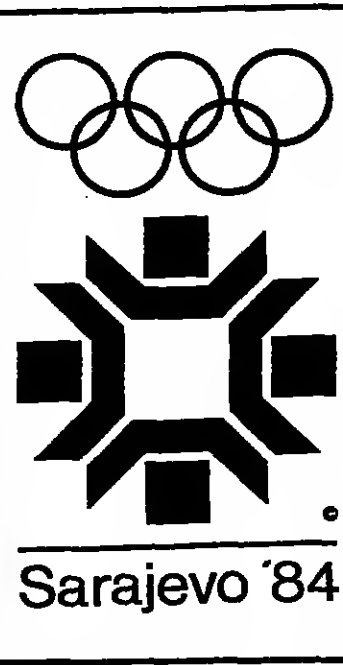
Los Angeles - Olympiade 1984
Wo Sportler 1984 nach Höchstleistungen streben, sollten Sie auch bei USA-Immobilien Höchstleistungen verlangen.
Wenn persönlicher Erfolg Ihre Zielvorstellung ist, sollten Sie jetzt starten.
Wir sind eine erfahrene, auf dem Immobilien-Entwicklungssektor tätige US-Gesellschaft. Unser Anlage-Konzept ist ausgereift, sicher und medienverträglich.
Wir suchen qualifizierte Anlageberater oder Vertriebsgesellschaften, die unsere Produkte, welche ständig zu vertrieben sind, auf Provisionsbasis vertreiben. Wenn Sie eine entsprechende Erfahrung nachweisen können, wenden Sie sich bitte unter dem Kennwort -US-REAL ESTATE- an Falkenstr. 25, 7000 Stuttgart 70. Damit Sie 1984 mit Sicherheit zu den Siegern gehören.

GESUCHT:
Leistungsfähige
VERKAUFSORGANISATION
im Bereich
DROGERIEN - APOTHEKEN - PARFÜMERIEN
WARENHÄUSER
für einen sehr interessanten, problemlosen Massen-Verbrauchsartikel (non food) in der Publikumspreisliste zwischen DM 12,- und DM 15,-.
Wir sind eine seit 25 Jahren aktive Schweizer Firma mit besten Referenzen, haben aber in diesem Bereich noch keine geeigneten Geschäftsverbindungen. Wir suchen deshalb Kontakte für den europäischen Raum, Mittel-Ost, Fern-Ost und Übersee.
Wir erwarten gerne Ihre Anfrage. Bitte wenden Sie sich an unseren Marketing-Direktor, Herrn Bigler.
ETS WEICK - 22, avenue Luserne - CH-1203 Genève - Telex 2 3 828 ch

[illegible]

WELT-SERIE / Die Stars der Winterspiele - Heute: Franz Klammer

In 20 Tagen, am 8. Februar um 14.30 Uhr, werden die XIV. Olympischen Winterspiele eröffnet, im Sportpark im Stadtzentrum von Sarajevo, der 450 000 Einwohner zählenden Hauptstadt der jugoslawischen Republik Bosnien und Herzegowina. 163 Millionen Dollar wurden allein in Olympiabauten und Organisation investiert, seitdem die Stadt am 18. Mai 1978 in Athen mit 39:26 den Zuschlag gegen Sapporo, der japanischen Olympiastadt von 1972, erhielt. Seitdem ist Sarajevo in aller Munde. Es will mit den Spielen den brachliegenden Tourismus ankurbeln: Winterspiele im Zeichen von Mascheen - das soll der besondere Reiz werden, der ausländische Besucher über die Zeit der Wettbewerbe hinaus in die Stadt locken soll. Sechs Gebirgsnassive umgeben Sarajevo. Am Berg Bjelica, in einer Höhe von 2076 Metern, wird am 9. Februar die erste große Entscheidung der Spiele fallen - im Abfahrtslauf der Herren. Wieder dabei: Franz Klammer, Olympiasieger von 1976.



Die WELT beginnt heute, 20 Tage vor den Olympischen Winterspielen von Sarajevo, mit einer Serie in loser Folge. Mittelpunkt aller Folgen sind Geschichten über die großen Stars des Wintersports von Lake Placid bis heute. Am Anfang steht der dienstälteste alpine Skiläufer Franz Klammer, 31 Jahre alt. Am letzten Sonntag, beim Weltcup-Rennen in Wengen, bestritt er seinen 100. Abfahrtslauf. Er belegte bei seinem Jubiläum zwar nur Platz 13 (noch hinter dem Deutschen Sepp Wildgruber), doch er muß auch in Sarajevo als Medallienkandidat gelten. Die Serie der WELT umfasst vor allem die gefeierten Olympiasieger von 1980 in Lake Placid und das, was aus ihnen geworden ist. Was macht Eric Heiden, der fünf Goldmedaillen gewann, heute? Wie kommen die Zwillinge Steve und Phil Mahre dazu, plötzlich ihre Startnummern zu verwechseln? Sind die amerikanischen Eishockeyspieler, die die Russen besiegten, nach dem Gewinn der Goldmedaille als Profis reich geworden?

Wenn Franz Klammer am 9. Februar kurz nach 12.00 Uhr die Lichtschranke der elektronischen Zeitmessung am Start durchbricht, ist selbstverständlich das Fernsehen dabei (bei uns in diesem Fall das Erste Programm). Auch die Winterspiele von Sarajevo sind Fernsehspiele. Nur zwei Wettbewerbe werden nicht von den Kameras verfolgt: die Pflicht bei Damen und Herren im Eiskunstlauf. Knapp über 20 Stunden Bild und Ton werden den insgesamt 57 Sendeanstalten aus 24 Nationen, die original aus Sarajevo berichten, angeboten. Die Jugoslawen holten sich dabei Hilfe beim amerikanischen TV-Giganten ABC, der zum Beispiel den Abfahrtslauf der Herren mit 19 Kameras verfolgt. Mit 91,5 Millionen Dollar zahlte die Amerikaner an den Löwenanteil der Fernsehrechte. Dafür verkaufen sie in der Heimat eine Werbeminute auch für 400 000 Dollar. Die beiden deutschen Sendeanstalten, ARD und ZDF, wechseln sich in ihrer Berichterstattung ab und senden pro Tag fast 12 Stunden lang.

„Immer nur oben zu sein, ist einfach. Wenn du tief unten bist, lernst du das Leben kennen“

Von MARTIN HÄGELE

Olympia waren seine furchterlichsten Erlebnisse. 1976 hat er in seinem Zimmer im olympischen Dorf die Telefonschnecke an der Wand gerufen. „Der Druck, die öffentliche Erwartung, das war die Hölle“, sagt Franz Klammer heute. Letztendlich hat er den Druck von sieben Millionen Menschen ausgehalten und der skiverrücktesten aller Schneenationen die geforderte Goldmedaille abgeholt. Von einem Tag zum anderen ist aus dem Druck Dank geworden. Bisher Dank.

1980, während am Whiteface Mountain bei Lake Placid der Österreicher Leo Stock dem Gold entgegensteht, litt der ausgereifte Titelverteidiger vom Fernsehen, „Die Ferien in der Karibik waren auch nicht schlecht“, hat Klammer jenen geantwortet, die nach seinem Innenleben forschen. Eine Ausrede, eine Lüge. Die tropische Sonne hatte ihm die Wirklichkeit eingebrannt: Der Ski-Kaiser befand sich im Exil.

Heute hält er wieder zu Hause Hof. Franz Klammer (30), 100 Weltcup-Abfahrten überstanden, 24 davon gewonnen. Er hat alles erreicht, wovon der Bergbauernbub aus Mooswald einst geträumt hatte.

„Ein Volk, das den Schmutz, die verletzende Art des Sports, erfunden hat, verherrlicht den Abfahrer Klammer als Denkmal aus Fleisch und Blut. Zum ewigen Dank von Innsbruck gesellte sich die Legende, wie

einer noch einmal aus dem Hades zurückgekehrt ist.

Nach 23 Siegen war der Dauersieger abgestürzt, in der Zweitklassigkeit verschwunden; einmal kam er als 43. ins Ziel. Die österreichischen Zuschauer haben trotzdem ihre Götter gehalten. Austrias Sportschreiber haben lieber geschwiegen, als daß sie an Klammer gekratzt hätten - um nach fast vier Jahren, exakt waren es 1366 Tage, lauter denn je Klammer Comeback hinauszuposen in die Welt der Berge. Das denkwürdige Datum: 6. Dezember 1981 in Val d'Isère.

Schon viele Menschen, Trainer, Skifahrer, Journalisten haben versucht, den Ski-Piloten Klammer in irgendeine Schublade einzusortieren, seine Karriere und Popularität über zwölf Jahre hinweg zu analysieren. Sie standen und stehen vor einem Rätsel.

Was es der Skiunfall seines Bruders Klaus, der querschnittsgelähmt im Rollstuhl sitzt, was die Barriere im Hirn des Rennfahrers aufgebaut hatte? Oder stimmte nach dem Ski-Marktwechsel einfach das Verhältnis Mensch/Material nicht mehr? Brennte das (von Klammer nie geäußerte) Mißtrauen in die Bretter?

Ein österreichischer Nationaltrainer, der seinen Namen in diesem Zusammenhang nicht genannt haben möchte, hat Klammer Weg in und aus der Krise einmal auf recht einfache Art erklärt: „Früher hat dem

Franz Schweinsbraten mit Knödel und ein Bier dazu geschmeckt. Auf einmal mußte es Champagner und Kaviar sein. Heute ist er wieder ganz seinen Schweinsbraten.“

Wahrscheinlich hängt einiges von Klammer innerer Stärke mit seiner Natürlichkeit und Offenheit zusammen. Er hat fast immer gesagt, was er denkt, und das auch volkstümlich, deftig formuliert. Vor zwei Jahren hat ihm einmal sein Teamgefährte Uli Spieß den Weltcup-Sieg in Laax um zwei Hundertstelskunden weggeschnappt. Da mußte Klammer seiner Enttäuschung über den zweiten Platz ebenso Luft verschaffen: „Der Spieß! Plötzlich kommt ein Nasenbohrer daher.“ Woanders hätten sie ihm diesen Egoismus unter die Nase gerieben. Unfair, unkollegial, unsportlich. Aber am Tag darauf, beim nächsten Rennen, stand Klammer eben wieder ganz oben auf dem Podest.

Da wollte er immer hin. Auch wenn er die wichtigste Lektion seines Lebens folgendermaßen beschreibt: „Immer nur oben zu sein, ist das höchste Ziel, ist doch einfach. In den Niederlagen aber, wenn du unten bist, lernst du das Leben kennen. Und die, die sich deine Freunde nennen, sind plötzlich faule Zwetschen.“ Doch auch als er ihm schlecht ging, mußte er den Neid nur in kleineren Portionen spüren: auf der Prachtvilla, auf die hunderttausend Mark im Jahr, auf die Gattin Eva, geborene Hämmerle, Tochter

aus Österreichs allerfeinstem Tuch-Haus, der gleichnamigen Vorarlberger Loden-Dynastie.

Seine Frau sei der große Rückhalt für ihn gewesen, sagte Klammer. Und für viele tut sich hier das nächste Rätsel auf. Die ehemalige Medizinstudentin, die intellektuelle Frau, und er, der Bauernsohn und Draufgänger, das sind nach außen schon Gegensätze. Bei viel Heurigkeit ist darüber schon diskutiert worden.

Der Franz gehört halt allen. Aber die Österreicher zählen schon die letzten Renn-Tage ihres Lieblingssohnes. Nach zwölf Jahren beten und bibbern, jubeln und siegen mit dem Franz spüren sie, daß dieser lediglich noch den entsprechenden Abgang sucht.

„Ich hab' schon eine Goldmedaille, ich muß nicht unbedingt noch einmal Gold holen“, meint Klammer zu diesem Thema.

Aber wahrscheinlich ist der Druck, dem sich Franz Klammer selbst am 9. Februar 1984 in Sarajevo aussetzen wird, auch nicht viel zu gering, als vor acht Jahren. Damals schrieb Edi Finger am Innsbrucker Patscherkofel ins Mikrofon: „Goodie, Goodie, Goodie für Franz.“

In der nächsten Folge der USA Hockey-Olympiade von Lake Placid, Sieger über die Sowjetunion: Da sprach selbst Präsident Jimmy Carter von Heiden. Doch die Spieler von damals läten oder leiden noch immer unter dem Fluch ihres Gottes.

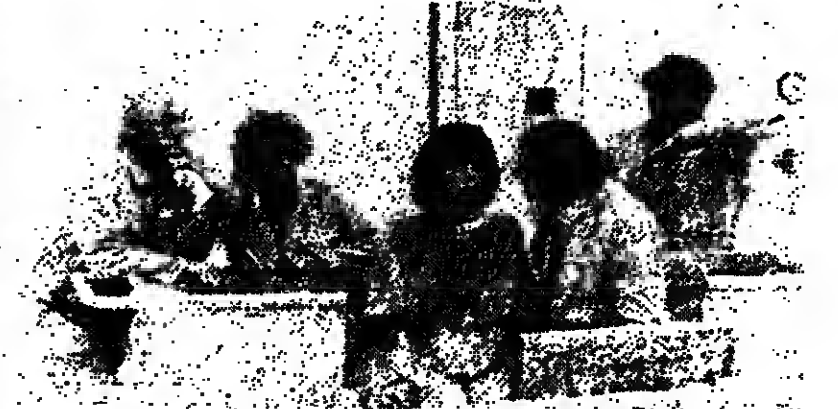
Satire oder reine Wahrheit und Wirklichkeit? - Das TV-Spiel „Kälteschock“

Der „scarabaeus popularis Wolfsburg“

In Zeiten, in denen es schwer ist, eine Satire zu schreiben, ist es erstaunlicherweise genauso schwer, keine Satire zu schreiben. Denn alles drängt zum Aufspießen, aber, kaum hast du's aufgespießt, merkst du, es ist keine Satire, sondern die reine Wahrheit und Wirklichkeit.

Also bleibt nichts anderes übrig, als in eine ferne Zukunft auszuweichen und von dort aus lustvoll-kritisch zurückblicken auf unsere Zeit. So erging es offenbar auch Martin Morlok, der seine Satire „Kälteschock“ ins dritte Jahrtausend verlegte; um indes den Faden dann spinnen zu können, ließ er in jener fernen Zukunft die in den 80er Jahren durch Kälteschock konservierten Bürger unserer Tage wieder auferstehen. Der Schock auf beiden Seiten war denn auch nicht minder groß als der von der jähren Eindrucksverunsicherung.

Die beiden Exemplare des „homo habilis overkill“, so der naturwissen-



Sarkasmus fügt sich zu bösen Dialogen: Günter Meisner, Lore Lorentz, Gert Baltus, Evelyn Hamann und Hans-Helmut Dickow (v. l.) FOTO: TELEPRESS

Die Obwohl purzeln nur so übereinander, wer aus dem Labor will, muß eine Maske tragen (denn die Leute der 80er Jahre, deren Muster als wertvolles Frostgut zu beschichten sind, haben die Luft nachhaltig verpestet).

Man hat ein Pärchen (übrigens: Gert Baltus und Evelyn Hamann als Overkill-Konserven) hinübergerettet, obwohl man sie zur Vernehmung nicht braucht, hat man sich doch auf den bequemen Klonen geeinigt, aus dem sogar die Gastarbeiter-Generation um Generation als Straßengeröll hervorgeht, einschließlich Orange- und Stummelsprache.

Was da an Sarkasmen zu einem bösen Dialog zusammengefügt wird,

ist genuines Kabarett, das heißt, es darf trotzdem gelacht werden. Allein schon Evelyn Hamann und „Ein bißchen Frieden“ - das ist den Abend wert. Günter Meisner und Lore Lorentz sind das wissenschaftliche Paar von dann, und Hans-Helmut Dickow als Gast ist sehr glücklich ins dritte Jahrtausend hinübergeklont worden, als Archivexemplar sozusagen.

Um einer unausbleiblichen Leserfrage zuvorzukommen: Im dritten Jahrtausend gibt es keine geschlechtliche Liebe mehr, nur noch Biochemie, Gen-Manipulation und computergesteuerte Reproduktion. Kein Sex also - wenn das kein Kälteschock ist!

VALENTIN POLCUCH

Kälteschock - ZDF, 23.05 Uhr

schaffliche Name der Gattung, wachen also im Tauwasser ihrer Tiefkühltruhe auf, wissen nichts mit dem Begriff des „scarabaeus popularis Wolfsburg“ anzufangen, obwohl ihnen der besagte Käfer noch im Sinne sein müßte, heimisch fühlen sie sich erst, als der in die Signalfarben des Straßenverkehrs gekleidete „Gast“ auftaucht, den man endlich im vertrauten Gastarbeiterdeutsch ansprechen kann, obwohl...

KRITIK

Zu retten war da nichts

Wenn ein Versicherungsdetektiv, der zudem zu den besten Köchen Europas zählt, auf den Namen Johann Sebastian Bach hört und sich zuweilen auch Händel nennt, dann hat das zwar mit geistigem Aufwand nicht viel zu tun, aber es ist - so erwiebs es das Fernsehen - „Die Violente Mitter“, die Autor Olav Herfeldt eine „Gauerkomödie“ nennt - ungeheuer für die Gipfel des deutschen Fernseh-Unterhaltungswitzes. Wer so vorgeht, bietet zugleich ein milderes Umkleidekabine der Beurteilung seines Opus.

Nun läßt sich zwar nicht bestreiten, daß zwei Millionen Mark ein Haufen Geld sind. Und der Zuschauer kann mühelos nachvollziehen, daß es gleich drei Gruppen gibt, die sich dafür interessieren. Und immerhin war der Autor so freundlich, fünf

Minuten vor Schluß darüber aufzuklären, wie er denn auf den Titel seines „Werkes“ verfallen ist.

Auch wenn man an Hamburger Schauspielern versammelt, was neben Rang und Namen auch Profil hat - Eva Maria Bauer, Wolf-Dietrich Berg und Karl-Heinz Gerdesmann - und auch mit Simone Bethel nicht nur eine darstellerische, sondern auch eine optische Attraktion auf dem Bildschirm bringt: Regisseur Axel von Ambesser, als Altmeister immer gut für eine flotte Komödieninszenierung, stand vor diesem Text ziemlich auf verlorenem Posten. Gewiß, er hatte, beginnend mit dem Schlemmer nur dem Geldschein, immer noch einen Einfall, mit dem er die anspruchsvolle Sache aufzuheben konnte. Zu retten, indes, war sie nicht.

KATHRIN BERGMANN

STUDIO

Unter dem Titel „Die verführte Sieben“ wird Rudi Carrell am 7. April dieses Jahres eine neue Samstagabendshow im ARD-Fernsehen starten. Wie der Westdeutsche Rundfunk mitteilt, werden daran jeweils drei Ehepaare teilnehmen. Das Ehepaar bekommt die Chance, aus sieben symbolischen Gegenständen in mehreren Spielrunden die attraktivsten Preise herauszufinden. Die Sieger gehen dabei aber auch kein Risiko ein, mit leeren Händen nach Hause zu gehen. Die Sendung, die auf einer spanischen Show basiert, hat Carrell bereits einmal unter dem Titel „1, 2, 3“ im holländischen Fernsehen präsentiert. Sie gehört dort, nach Angaben des WDR, zu den erfolgreichsten Programmen überhaupt.

SPORT-NACHRICHTEN

Doping-Proben negativ

München (sid) - Alle Doping-Proben, die während der Vier-Schanzen-Tournee der Skispringer gemacht wurden, waren negativ. Das gab Franco Kaspar, der Generalsekretär des internationalen Verbandes, bekannt. Besonders Sieger Jens Weißpflug aus der „DDR“ war in den Verdacht geraten, Anabolika eingenommen zu haben.

Ali eröffnet Schule

Virginia Beach (sid) - Muhammad Ali, ehemaliger Boxweltmeister im Schwergewicht, wird in Virginia Beach eine Box-Schule eröffnen. Er will sich vor allem um hoffungsvolle Talente kümmern und zwölf Amateure und 18 bis 20 Profis betreuen.

Noch eine Bob-Kopie

Innsbruck (sid) - Die beiden deutschen Olympia-Starter Anton Fischer und Andreas Weikensdorfer werden eine Kopie des sowjetischen Zweier-Bobs erhalten und ihn beim Training zur Europameisterschaft in Innsbruck testen. Der Schlitten wurde von dem Italiener Oscar Podar hergestellt, der auch schon für Schweizer Fahrer Kopien angefertigt hat.

Saarbrücken weiter

Saarbrücken (sid) - Der ATSV Saarbrücken hat das Viertelfinale im Tischtennis-Messpokal erreicht. Er besiegte Frankreichs Vertreter Levallois Paris 5:2.

Gilson in Röttgen

Köln (sid) - Der Ire Patrick V. Gilson (24) wird neuer Stallochey beim Kölner Gestüt Röttgen. Gilson, für den es sein erstes Engagement außerhalb Irlands ist, wurde zunächst für ein Jahr

unter Vertrag genommen. Er ist Nachfolger von Ex-Champion Peter Remmert.

Köln ausgeschieden

Southampton (dps) - Saturn Köln ist im Viertelfinale des Basketball-Europapokals der Pokalsieger ausgeschieden. Nach einer 78:82-Niederlage bei Solent Southampton haben die Kölner keine Chance mehr, in ihrer Gruppe das Halbfinale zu erreichen.

Türken lenken ein

Berlin (sid) - Der Türkische Sportbund in Berlin, „Türksport Birliği“, wird sich auflösen. Darauf haben sich Vertreter des Verbandes in Gesprächen mit dem Landesportbund Berlin und dem Senat geeinigt. Wie der Landesportbund mitteilt, wird die ehemals eigenständige Sportorganisation, die sieben rein türkischen Vereine betreute, in einen Sportförderverein türkischer Bürger Berlins umgewandelt.

ZAHLEN

HANDBALL
Weltcup-Turnier in Schweden, Gruppe A: Bundesrepublik Deutschland - Schweden 19:20, UdSSR - Polen 20:25, Gruppe B: DDR - Jugoslawien 22:22, Dänemark - Spanien - 22:19.

TENNIS
Kingscup in Essen, Vorrunde, Gelbe Gruppe: CSSR - Irland 2:1 (Pisnek - Doyle 6:3, 6:3, Navratil - Sörensen 6:3, 4:6, 6:4, Pisnek/Navratil - Doyle/Sörensen 6:7, 7:6, 8:7).

FUSSBALL
Englischer Ligacup, Viertelfinale: Norwich - Aston Villa 0:2, Sheffield - FC Liverpool 2:2, Englische Meisterschaft: Queens Park - Stoke 6:0.

HANDBALL / Worldcup-Turnier in Schweden

Michael Paul verletzt, Schobels Sorgen wachsen

Rund 6000 Kilometer flog er in vier Tagen quer durch Europa, nur um letztlich die Bestätigung zu erhalten, daß er verletzt ist - übrigens seit vier Wochen schon. Michael Pauls Reise zum World-Cup-Turnier nach Schweden über Frankfurt, Belgrad, Stockholm fällt unter das Motto „Außer Spesen nichts gewesen“. Nach genau 40 Minuten im Auftaktspiel des Turniers gegen Schweden (19:20) konnte der 23 Jahre alte Handball-Nationalspieler vom TV Großwallstadt die Koffer für den Heimflug packen. Ohne Einwirkung eines Gegners brach nach einem Sprungwurf seine alte Knieverletzung wieder auf.

Vor dem Bundesliga-Gipfelfreiwurf beim VfL Gummersbach am 17. Dezember 1983 begann sein Leidensweg, der ihn fortan von einer Arztpraxis in die andere führte. Die Diagnose war immer unterschiedlich, nur in einem waren sich die Mediziner einig: eine Lappalie, aber die zwingt ihn jetzt höchstwahrscheinlich zu einer Operation. Heinz-Oskar Rehberg (Essen), Arzt der deutschen Nationalmannschaft, „Das Corpus delicti ist ein Fremdkörper im Kniegelenk. Bei einem kleinen Eingriff wäre Michael Paul spätestens in drei Wochen wieder einsatzfähig.“

Michael Paul ist fest entschlossen, klare Fronten zu schaffen. „Ich bin es leid, ewig mit diesem Handicap herumzulaufen. Für alle wäre es das Beste, wenn ich mich operieren ließe.“ Für Dieter Ehrlich, im Bundesauschuss Leistungssport (BaL) für Handball zuständig, war die ganze Aufregung schon von vornherein umsonst: „Man hätte ihn erst gar nicht einfliegen brauchen, er ist fit, er tut

mir leid.“ Paul reiste wieder ab und mit ihm die Hoffnung von Bundestrainer Simon Schobel, die Probleme im linken Rückraum seiner neuformierten Mannschaft zu lösen.

Die alleinige Verantwortung ruht nun beim Worldcup auf den Schultern eines Mannes, der eigentlich ganz langsam an internationale Aufgaben herangeführt werden sollte: Rüdiger Neitzel wurde gleich bei seinem Länderspiel-Debüt, das ausgerechnet gegen Weltmeister UdSSR (Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor), ins kalte Wasser geworfen. Eine Situation, die für den Zwei-Meter-Mann schon zum Alltag gehört. Denn beim VfL Gummersbach trat der 19 Jahre alte Medizinstudent die Nachfolge von Erhard Wunderlich an.

Neitzel, der bei Schobel auf der halblinken Position ursprünglich nur den vierten Rang hinter Michael Paul, Erhard Wunderlich und Dirk Sommerfeld einnahm, kennt keine Angst vor der plötzlich veränderten Sachlage. Er stand beim VfL Gummersbach unter ähnlichem Druck: „Ich wurde ja auch in die Rolle von Wunderlich gedrängt.“

Beim VfL Gummersbach hat er sich schon die ersten Sporen verdient. International steht er mit seinem Verein im Halbfinale und ist auch Junioren-Weltmeister. Jetzt will sich der ehemalige Leverkusener im Kreis der Elite etablieren. „Das kann ich nur, wenn ich spiele“, kommt ihm die unerwartete Berufung mit dem schweren Ballast der Verantwortung gerade recht. Verantwortung scheut Rüdiger Neitzel nicht.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.05 G-galisch
11.00 Umkleekabine

12.10 Kennzeichen D
12.35 Preussische
13.00 heute

14.00 Tagesschau
14.15 heute
14.25 heute

14.30 heute
14.35 heute

14.40 heute
14.45 heute

14.50 heute
14.55 heute

15.00 heute
15.05 heute

15.10 heute
15.15 heute

15.20 heute
15.25 heute

15.30 heute
15.35 heute

15.40 heute
15.45 heute

15.50 heute
15.55 heute

16.00 heute
16.05 heute

16.10 heute
16.15 heute

16.20 heute
16.25 heute

16.30 heute
16.35 heute

16.40 heute
16.45 heute

16.50 heute
16.55 heute

17.00 heute
17.05 heute

17.10 heute
17.15 heute

17.20 heute
17.25 heute

17.30 heute
17.35 heute

17.40 heute
17.45 heute

17.50 heute
17.55 heute

18.00 heute
18.05 heute

18.10 heute
18.15 heute

18.20 heute
18.25 heute

18.30 heute
18.35 heute

18.40 heute
18.45 heute

18.50 heute
18.55 heute

19.00 heute
19.05 heute

19.10 heute
19.15 heute

19.20 heute
19.25 heute

19.30 heute
19.35 heute

19.40 heute
19.45 heute

19.50 heute
19.55 heute

20.00 heute
20.05 heute

20.10 heute
20.15 heute

20.20 heute
20.25 heute

14.00 Tagesschau
14.15 heute
14.25 heute

14.30 heute
14.35 heute

14.40 heute
14.45 heute

14.50 heute
14.55 heute

15.00 heute
15.05 heute

15.10 heute
15.15 heute

15.20 heute
15.25 heute

15.30 heute
15.35 heute

15.40 heute
15.45 heute

15.50 heute
15.55 heute

16.00 heute
16.05 heute

16.10 heute
16.15 heute

16.20 heute
16.25 heute

16.30 heute
16.35 heute

16.40 heute
16.45 heute

16.50 heute
16.55 heute

17.00 heute
17.05 heute

17.10 heute
17.15 heute

17.20 heute
17.25 heute

17.30 heute
17.35 heute

17.40 heute
17.45 heute

17.50 heute
17.55 heute

18.00 heute
18.05 heute

18.10 heute
18.15 heute

18.20 heute
18.25 heute

18.30 heute
18.35 heute

18.40 heute
18.45 heute

18.50 heute
18.55 heute

19.00 heute
19.05 heute

19.10 heute
19.15 heute

19.20 heute
19.25 heute

19.30 heute
19.35 heute

19.40 heute
19.45 heute

19.50 heute
19.55 heute

20.00 heute
20.05 heute

20.10 heute
20.15 heute

20.20 heute
20.25 heute

20.30 heute
20.35 heute

20.40 heute
20.45 heute

20.50 heute
20.55 heute

STANDPUNKT / Das Profitennis hat sein Gesicht verloren

Schuldspruch bestätigt, die verhängte Strafe jedoch aufgehoben. Es ist schon ein bemerkenswerter Spruch, den die Berufungs-Jury des Internationalen Tennis-Verbandes im Fall Guillermo Vilas gefällt hat.

Die früheren Weltklassenspieler Vic Seixas und Bill Talbert (USA) sowie Rechtsanwalt Forest Hainle sahen es zwar nach zahllosen Einvernahmen, Kreuzverhören und Plädoyers zweier führender Rechtsanwälte New York als erwiesen an, daß für das Antreten

des argentinischen Weltklassenspielers beim vorjährigen Turnier in Rotterdam 60 000 Dollar untertaucht bezahlt worden sind, baten dennoch die dafür über Vilas verhängte einjährige Sperre für alle offiziellen Veranstaltungen auf. „Vilas muß lediglich 20 000 Dollar Strafe zahlen.“

Das Plädoyer des Vertreters des Tennisverbandes hatte sich auf den gesunden Menschenverstand bezogen. Nach dem wäre es ganz begrifflich gewesen, daß die Rotterdammer

Ab vierzig geht's bergab

reich. - Vierzig, für die Griechen die Höhe des Lebens, ist das eigentlich kritische Alter, schon wegen des Generationswechsels: die Eltern und Lehrer sterben dahin, die Kinder und Schüler betreten die eigenen Wege, man sieht sich, beinahe von heute auf morgen, vereinsamt. „Es wird immer dünner“, wie ein gelehrter Freund das beim Wein einmal genannt hat. Und gleichzeitig sind es auch die Jahre, in denen man erstmals selbstständig handeln muß auf gehobenen Füssen, nicht mehr Geführter, nun selber ein Führer: Primarius, wie im Spital, auch im Hörsaal, in der Kaserne, als Maurerpolier, als Fabrikdirektor, am eigenen Hof, in der eigenen Firma, als Botschafter oder als Redakteur, als Werkmeister oder als Generalvertreter; und auch als Politiker oder als Künstler ist man mit vierzig entweder ein gemachter Mann oder wird es nie.

Gleichzeitig mit diesem nicht bloß quantitativen Zuwachs an Kompetenz und Verantwortlichkeit treten Krankheiten auf, die man nicht mehr kuriert und vergift wie Grippe, wie Blinddarmentzündung, sondern als Leiden mit sich zernst und als bald schon schleppt.

Der Tod kratzt beinernen Fingern an dem soeben erst festgefügt Gehäuse des Lebens. Ab vierzig, endlich, lernt man nichts wesentlich Neues mehr zu, ab vierzig beginnt das Gedächtnis zu schwinden, ab vierzig kommt die gestaute Zeit in Fluß, sie verrinnt uns förmlich zwischen den Fingern: ab vierzig erfährt man sich als ein historisches Phänomen, das heißt dem Vierzigjährigen stellt sich die bisher bloß akademische Frage: Wovon? und wohin? und wozu? mit existentieller Dringlichkeit.

Also ist vierzig das Alter, in dem man verblüdet, wenn man nicht weise wird, oder genauer: wenn man sich jetzt nicht dazu ermannt, die kürzere, aber schwerere Hälfte des Lebens daran zu wenden, weise zu werden, gleichviel, was sonst darüber verloren zu geben scheint. Und so ist denn das spöttisch zitierte Schwabenalter der fürchterlichsten heiligen Ernst: die Klimax des Homo erectus zum Homo sapiens, später Geburt des Menschseins im Sterben des Menschlichen, einziger Sieg der Freiheit über die Notwendigkeit. Es ist eine tiefer greifende Krise als Pubertät und als Wechseljahre; es ist die vorweggenommene Krise der Todesstunde.

Allein, im Träumen von endloser Freiheit verschlafen die Menschen die Stunde der ewigen Freiheit; und sterben schon, ehe sie ganz geboren.

„Hundertmal das gleiche Thema malen“: Tübingen zeigt die erste deutsche Degas-Retrospektive

Der Reiter, nackt, doch dann im Frack

Er wurde von den Zeitgenossen geschätzt, wenngleich nur wenige seine Werke kannten. Erst 1892, mit 58 Jahren, hatte er eine Einzelausstellung, und es sollte auch die einzige zu seinen Lebzeiten bleiben. In Deutschland dauerte es sogar bis 1984, das Jahr, in dem sein 150. Geburtstag zu feiern sein wird, ehe Edgar Degas nun in Tübingen eine Ausstellung mit Pastellen, Ölskizzen und Zeichnungen eingerichtet wurde. Insgesamt sind es 227 Werke aus allen Schaffensperioden, angefangen bei den frühen Skizzen nach Vorbildern von Michelangelo, Raphael, Gentile Bellini, Mantegna und anderen, und endend bei den großformatigen Pastellen der Tänzerinnen und Akte, die nach der Jahrhundertwende entstanden.

Malen könne man lernen, zum Zeichnen müsse man geboren sein, hat Degas einmal gesagt. Und so hat er sein Leben lang gezeichnet, während ihm das Malen, das Formen von Skulpturen (die nicht eigenständige Plastiken, sondern Modelle für die Zeichnungen waren) oder die Monotypen immer nur eine gewisse Zeit fesselten. Seine Themen scheinen trivial. Sie beschränken sich auf die Tänzerinnen, die Jockeys mit ihren Pferden, die Modistinnen und die Akte, die baden, sich waschen, sich abtrocknen, sich kämmen oder gekämmt werden. Dazu kommen Porträts seiner Verwandten und Freunde.

Es scheint eine Welt der Unbeschwertheit und des Vergnügens zu sein, in der er sich bewegte. Doch dieser Eindruck täuscht. Degas war ein Einzelgänger, der nur wenige Freunde hatte. Die meiste Zeit verbrachte er in seinem Atelier. Was so leicht wirkt, ist das Ergebnis intensiver Arbeit. Das macht die Tübingen Ausstellung immer wieder deutlich. Da sieht man Studien von Reitern in verschiedenen Haltungen auf einem Blatt, oder Tänzerinnen, die in einzelnen Posen festgehalten sind. Und mehrfach hängen Zeichnungen nebeneinander, die einen Jockey oder eine Tänzerin zuerst nackt zeigen, um genau die anatomisch richtige Körperhaltung zu finden, und dann in derselben Situation bekleidet, wie sie auch auf den Bildern erscheinen. Das Diktum, daß ein Maler den Ausdruck einer Figur nur dann treffe, wenn er genau wisse, wie der nackte Körper unter der Kleidung aussieht, wird so beispielhaft vorgeführt. Eine Fülle solcher Studien ging bei Degas jedem



Sein Leben lang auf der Suche nach anatomisch richtigen Körperhaltungen: Edgar Degas' Pastell „Jockeys vor dem Start“ von 1894, Leihgabe der Sammlung Thyssen-Bornemisze an die Tübinger Kunsthalle

FOTO: KUNSTHALLE TÜBINGEN

Bild voran, denn „man muß zehnmal, hundertmal das gleiche Thema malen. Nichts in der Kunst darf dem Zufall gleichen, nicht einmal die Bewegung.“

Aber natürlich will die Ausstellung nicht die Künstler lehren, wie sie ihr Handwerk ausüben haben (obwohl eine solche Lehre manchem nützt). Sie will einen Eindruck von der Vielfalt geben, die selbst aus einem geringen Themenkreis zu gewinnen ist. Allein der Einfallsreichtum, mit dem Degas immer wieder Frauen im Bad gezeichnet hat, ist überraschend, weil er stets neue Körperbewegungen und damit neue Ausdrucksformen entdeckt. Dabei fällt auf, daß ihn in späteren Jahren die Gesichter seiner Modelle nicht mehr interessieren. Die frühen Zeichnungen, von Ingres beeinflusst, zeigen meist Köpfe oder Personen, die den Betrachter anblicken. Doch später bevorzugt er Kopfgegend, die den Betrachter anblicken. Doch später bevorzugt er Kopfgegend, die den Betrachter anblicken. Doch später bevorzugt er Kopfgegend, die den Betrachter anblicken.

figurigen Kompositionen nicht den Gleichklang, sondern die Gegensätzlichkeit bevorzugt.

Ein wichtiges Wirkungsmoment gewinnt Degas aus dem Bildauschnitt. Er ist für seine Zeit ungewöhnlich, beeinflusst vom japanischen Farbholzschnitt mit seinen für das 19. Jahrhundert noch unüblichen Perspektiven und von der Photographie, in der sich Degas vor allem zwischen 1890 und 1895 selbst intensiv versuchte. Trotzdem wäre es falsch, seine Sehweise der leichten Aufsicht, das Anschneiden der Figuren oder das Plazieren am Bildrand nur auf diese Einflüsse zurückzuführen. Degas versteht zu sehen. „Man hat noch nie Häuser oder Momente von unten oder aus der Nähe gezeigt, wie man sie sieht, wenn man an ihnen vorbeigeht“, notierte er in seinem Tagebuch. An Häusern und Landschaften hat er das allerdings nicht ausprobiert, aber immer wieder in seinen Ballettszenen, mit dem Blick aus der Bühnenloge oder aus den Kulissen.

Für Degas waren das keine Kunststücke, die auf die Bewunderung des Betrachters zielen. Ihm war das Echo ziemlich gleichgültig. Er mußte nicht verkaufen, um gut zu leben. Obwohl seine Pastelle sehr begehrt waren, trennte er sich nur ungern von ihnen. Was ihm wichtig schien, behielt er. Das waren allemal die Skizzen und Fingerübungen. Sie kamen erst nach seinem Tode 1917 ans Licht. Was nur als Übungsstück, als Etappe auf dem Weg zu einem Gemälde gedacht war, erweist sich nun unabhängig davon als ausdrucksstarkes Werk. Das mag mit dem aktuellen Trend zusammenhängen, der von einer Vorliebe für die Zeichnungen der alten Meister und der klassischen Moderne geprägt ist. Aber bei Degas kommt mehr hinzu: die Fähigkeit, mit dem Zeichenstift einen Mikrokosmos zu entwerfen, der sich für den Betrachter als eigene Welt öffnet. (Bis 25. März; Berlin: 5. April bis 20. Mai; Katalog: 39 Mark, im Buchhandel gebunden: 78 Mark).

PETER DITTMAR

Deutsch-britische Musiktage auf Schloß Elmau

Breams blaue Gitarre

Wissenschaftler ergründeten, was Laien nur ahnten: Das Hochtal Elmau umweht Garmisch, nebenan die ersten alpinen Zweisitzer, liegt gegen jede Wetterkaprice ein verlässliches abgesichert. Ganz das gleiche - auf Psyche und Geist der Menschen bezogen - intendiert die Familiendynastie, die auf dem schloßähnlich bebauten, momentan dick eingeschneiten Hotelgrundstück residiert.

Als Hauptgarant der Beständigkeit in der Lebensphilosophie des Unternehmens bewährte sich die Kammermusik. Sie wird als „festlich“ angekündigt und gut bis herausragend angeboten. Es geschieht in Zyklen, unter denen die „Britisch-Deutsche Woche“, in jedem Januar seit 1959, den Jahreshochpunkt ausmacht.

Prominente Stimmorgane kommen oft und scheiden ungern. Einerseits auf Schloß Elmau war Benjamin Britten, ehe er starb. Sein Weggefährte, Peter Pears, nun schloßweis und am Stock gehend, ahnet nun dem Hünen Otto Klemperer. Wenn er aber, statt zu singen, Shakespeare-Sonette und -Dramenmonologe rezitiert, so ist und bleibt sein Tonfall dennoch Dur- oder Moll-Musik. Ein aus seiner Schule hervorgegangener Junior-Tenorist, Neil Mackie, entwickelte ein vollummdiges Peter-Pears-Timbre zumindest dann, wenn etwas Echtes von Britten („Hölderlin-Fragmente“, Op. 61) vorlag.

Londons Amadeus-Quartett (36 Jahre beisammen ohne Umbesetzung) spielte Beethoven (Op. 132), Mozart (KV 575) wie zu seinen besten Zeiten und, zum Streichsextett verstärkt, Brahms' Mitterwälder Gegenbäuscher kamen, um zuzuhören. Auch das gehört zur Elmau-Tradition.

In dem Gitarre-Soloprogramm Ju-

lian Breams wirkte eine feingliedrige Novität von Michael Tippett, „The blue guitar“ (1983), relativ am apertesten. Nicht, daß die Senioren auf dem Podium Museumsstimmung verbreiteten. Das wohl schon von demjenigen, der wohl am meisten droben weilte, widerlegt: George Malcolm am Cembalo. Es fällt schwer, ihn sich anderswo als auf der Weltbestenliste vorzustellen. Während seine Finger Tonleitern und Verzerrungen in rasender Tempi hineinjetzten, steuerte sein Gelehrtenkopf eine Art Langzeitdramaturgie in Farben an.

Meisterkinderin Edvard Brunner von Radio München brachte die Hauptstimme im Mozart-Quintett KV 581 auf schier unglaubliche Atemlängen. Was alles er da an Melos und Artikulation, an üppiger oder entzückender Stimmung in einem Zuge unterbekam, das sicherte ihm und den Amadeus-Streichern die stärksten Ovationen der acht Tage. Wenn es leid tat, daß „nichts Neues“ dabei der sei gebeten, nach dem frisch gepressten kleinen LP-Stapel Brunners (sein Top-Hit: Das Klarinetten-Konzert von Isaac Yun) zu fahnden.

Was es sonst noch gab? Dylan Thomas' „Unter dem Milchwald“, gelesen von Kurt Buecheler; bis zu 70 Sprachmelodien hat er unterschiedbar in der Kehle. So viele wollte der walisische „Kleinstadt“-Dramatiker in seinen Rollen verdeutlicht wissen. Und wer sorgte dafür, daß sich die Alterspyramide der Elmau nicht zu sehr nach oben verbreiterte? Unter anderem die „Musica Rinnata“ aus München. Sie besteht aus 20 jüngeren Orchestersolisten, die von Stück zu Stück die Besetzungen tauschen. Selbst altbarocke Musik von 1599 bis 1650 klingt bei ihnen „rinnata“. Das ist neu geboren.

HEINRICH v. LÜTTWITZ

Diener Wagners: Der Bariton Hans Hotter wird 75

Wenn Götter sich neigen

Er war der Wotan der noch hellen Wagner-Welt. Um ihn war Würde, Größe, Tragik. Vor ihm beugten sich Götter wie Publikum. Hans Hotter war der Heldenbariton, der keinen Widerspruch fand: ein Sänger, der sich grenzenloser Zustimmung noch immer gewiß sein kann. So wie Hotter Wagner sang, stellten sich Generationen Wagner-Gesang vor: mächtig, voll, belastbar, verständlich in der musikalischen Deklamation.

Hotter singen besitzt Gesicht und Gewicht. Es ist markant und intelligent immer zugleich. Es verabscheut Tricks. Hotter stapelt nie hoch mit der Stimme. Seinen Auftritten floß Bedeutung zu aus Werkverständnis und Singtechnik. Eben das gibt er heute als Lehrer weiter.

Beides schulte er ständig im Liedersingen. Hotter stand auch auf dem Konzertpodium seinem Mann. Mehr noch - er belegt, wie sehr Liedersingen Männersache sein kann: eine Kunst unerschütterlicher sängerischer Virilität. Er sang nicht Richard Schuberth und Franz Wagner in fürchterlich großem Eifer. Er hält die Komponisten stillvoll feim auseinander. Doch er leiht jedem die gleiche Intensität; die gleiche Kraft, die gleiche Kunst des Vortrags.

Hotter hat sich noch emporgesungen in der Diaspora, die man abschätzig oft Provinz nannte. Er hat in Tropen 1930 debütiert, er war Ensemblemitglied in Breslau und Prag. Von dort ging es nach Hamburg. München schloß sich an. Dann kam Wien. In den Jahren des nazistischen Wagner-Kults wurde Hotter durch seine Kunst zu einem dominierenden Interpreten des „fliegenden Holländers“, des Hans Sachs in den „Meistersingern“ und natürlich des Jochanaan. Das Ausland hat ihn in diesen Paraderollen seines reichen Repertoires später erst, doch dann ausgiebig beglücklicht kennengelernt. In London wie New York, in Buenos Aires wie in Paris oder Mailand setzte er die Maßstäbe eines Dayreuth, das pflichtige Wagner-Singen noch nicht abgepflegt hatte.

Hotter war konservativ, was die Singqualität betrifft, aber konservativ auch als Regisseur im Dienst Wagners. Er war nicht der Mann neuer Ideen, eher des alten Standards. Doch der war hoch, treuhänderisch, ohne Wichtigerei. Hotter, der heute 75 Jahre alt wird, war und blieb immer Diener Wagners. Doch er sang Herrnsprache.

KLAUS GETTEL

Liederabend Shirley Verretts in der Kölner Oper

In priesterlicher Hoheit

Rund ein Jahrzehnt hat sie als Könnigin unter den Mezzosopranen regiert. Verdis Ebboli und Amneris, die Adalgisa in Bellinis „Norma“, die Dido in Berlioz' „Trojanern“ waren die Partien, derentwegen die Opernhäuser von New York, London und Paris Shirley Verrett zu Füßen lagen. In Deutschland hat sie sich in den Jahren ihres großen Ruhms fast nie vernemen lassen.

Dabei hatte die Karriere einst - 25 Jahre ist das her - in Köln begonnen, und so spielte sicher auch ein bißchen Sentimentalität mit, als sie nun in der Kölner Oper einen Liederabend gab, der das Publikum in einen wahren Begeisterungssturm versetzte.

Die Verrett hat es in ihrem angestammten Mezzo-Fach nicht gehalten. Wie so häufig bei farbigen Sängern spielt die Stimme zwischen den Lagen. Die Verrett wurde Norma und Aida, wobei eine gewisse Versteifung und Furbiosigkeit der Höhe nicht ausblieb. Das zeigte sich auch in einigen Liedern ihres in Köln gebotenen Repertoires, etwa der Strausschen „Zigeunerung“.

Ein Einwand kann das kaum sein angesichts der Intensität, der Textdeutlichkeit, der Gestaltungskraft, ja

der kunstpriesterlichen Hoheit, mit der die Verrett Schubert, Strauss und Brahms vortrug. Die Verrett ist auch beim Liedesang für das große Gefühl, das man oberhalb nennen kann, nicht gerade für kammermusikalische Intimität. Aber das gilt nur der Expression ihres Gesangs; musikalisch reagiert sie mit äußerster Feinnervigkeit.

Das große Gefühl: Es verdichtete Schuberts „Gretchen am Spinnrad“ und „In der Ferne“, Straussens „Ruhe meine Seele“ und „Befreit“ zu beklemmenden Monologen, zu jenen musikalischen Miniaturen, von denen alles Beiwert abgefallen ist. Das „Wiegenlied“ von Strauss verströmte eine so unendliche Süße und Glückseligkeit, wie sie in dieser schwebenden Melodie vielleicht nur eine Stimme produzieren kann, die sich im ähnlich introvertierten Spiritual-Gesang auskennt. Das danach auch Brahmsens dunkle Empfindsamkeit und in den „Zigeunerliedern“ die Nachbarschaft von Melancholie und jähem Überschwang ganz Sache der Verrett sein würden, das war beinahe absehbar. Eine große Liedgesterin: Um so lieber würde man sie dennoch auch Oper singen hören.

REINHARD BEUTH

Neuer Film: „Mr. Mom“

Hausmann, verfolgt vom Staubsauger

Ein typischer Tag im Leben des Hausmannes Jack (Michael Keaton): Das Essen brennt an, die Waschmaschine brodeln, der Staubsauger will nicht, der Gasman droht, die Tür einzuschlagen, und der Mann vom Fernsehreparaturdienst drängt auch noch in das Haus, in dem drei kleine Kinder ihren Beitrag zum allgemeinen Chaos leisten. Damit nicht genug: Jacks Frau macht, während ihr Mann an zunehmendem Verfolgungswahn durch Küchengeräte leidet, in einer Werbestadt Karriere. Ihr Boß, selbstverständlich, verliebt sich in sie. Diese Caroline, gespielt von Terri Garr, ist hübsch, erfolgreich, intelligent. Eben so, wie Karrierefrauen im Film zu sein haben.

Der arme Jack dagegen, ehemaliger Mitarbeiter in einer Automobilfabrik und Opfer der Wirtschaftskrise, benimmt sich auch so, wie sich jedermann vorstellt, daß ein Hausmann wider Willen sich auftritt: trottelig, ungeschickt und naiv. Natürlich stellt ihm eine Nachbarin nach, natürlich ist Jack eifersüchtig auf den beruflichen Erfolg seiner Frau, und natürlich zerbricht Jack fast an seiner Hausmannsrolle. Aber Stan Dragotis Film „Mr. Mom“ ist schließlich eine Komödie, und so überwinden Jack und seine Frau des Lebens Hindernisse, ehe es zu spät ist für eine gemeinsame Zukunft.

In der USA war dieser Film einer der großen Sommerhits. Das mag



Karrierefrau Terri Garr in dem Film „Mr. Mom“

daran liegen, daß die Handlung, die trotz explodierender Waschmaschinen und defekter Tagträume des geplagten Familienvaters keine großen Überraschungen in sich birgt, eine Menge von Themen berührt, die die Leute zur Zeit interessieren. Sie hat Dragoti, der sich einst in der Dracula-Parodie „Liebe auf den ersten Biß“ einen guten Namen als Komödientheatergänger gemacht, in seinen neuen Film hineingepreßt. Aber unterhält dieser Film wirklich?

Obwohl dauernd etwas auf der Leinwand geschieht, zieht sich der Film schier endlos hin. Wären da nicht die vorzüglichen Darsteller, angefangen bei Terri Garr als Mutter bis hin zu den drolligen Kindern, hätte man wohl Mühe, die Augen aufzuhalten.

M. v. SCHWARZKOPF

Mit dem Musical auf Konkurrenzkurs zum Broadway: Theaterbrief aus dem Londoner Westend

Königliche Shakespeare-Mimen auf fröhlicher Welle

Wenn die Zeiten schlecht sind, dann soll wenigstens der Himmel voller Geigen hängen. Dieser Psycho-Mechanismus hat dem Londoner Westend einen Boom beschert, wie es ihn im letzten Jahrzehnt nicht mehr erlebt hat. Noch Anfang vorigen Jahres waren 14 der 47 Theater des Londoner Westend geschlossen. Seit einigen Wochen bleibt kein einziges Haus abends dunkel. Und das trotz eines Durchschnittspreises von umgerechnet 28 Mark pro Karte.

Hinter diesem Bühnen-Boom steht keine neue Generation zorniger junger Männer, die mit den bestehenden Verhältnissen tabula rasa machen will. Ganz im Gegenteil: nicht Sozialkritik, sondern Heiterkeit und Sangeselbstgefühl sind Trumpf.

Am auffälligsten ist der neue Trend am Genre Musical erkennbar. Nicht weniger als 14 mit viel Aufwand in Szene gesetzte Musicals werden gegenwärtig an der Theater geboten. Und das Publikum scheint unersättlich. Man ist mächtig stolz darauf, mit dem New Yorker Broadway wieder konkurrieren zu können. Dabei ha-

ben die kommerziellen Theater das Musical keineswegs in Alleinpacht genommen. Die beiden größten subventionierten Theater schwimmen auf der fröhlichen Welle mit. So brachte die Royal Shakespeare Company mit Peter Nichols' „Poppy“ ihr erstes Originalmusical im Barbican heraus, das inzwischen prompt als Dauerbrenner ins kommerzielle Adelphi umzog. Sir Peter Hall versucht, am Nationaltheater einen internationalen Musical-Hit zu erzielen, wie ihm das Trevor Nunn mit „Cats“ vorgemacht hatte, das zwei Jahre nach der Premiere immer noch Abend für Abend ausverkauft ist. Nur Hall und Marvin Hamlish waren mit „Jean Seberg“ wenig glücklich (vergl. WELT v. 7. 12. 83).

Es war sicher symptomatisch, daß der kanadische Kaufhaus-König Ed Mirvish sein Old Vic mit einem Musical eröffnete, „Blondel“ von Tim Rice. Zwar ging dem Musical „Mirvish“ wegen der kurzatmigen Musik recht bald der Atem aus. Dafür ist der Atem von „Evita“ und ihrem Schöpfer, Londons Musical-König Andrew

Lloyd-Webber, um so länger. Lloyd-Webber ist mit dem Erwerb des Palace Theatre unter die Manager gegangen, wo ihm der Knüller „Song and Dance“ ein volles Haus bringt. Im März kommt sein mit Spannung erwartetes neues Opus „Starlight Express“ heraus. Die Queen hat sich schon für die Premiere angesagt.

Hatte Joan Littlewood ihr Performance-Theater „Show“ genannt, so ist die Show inzwischen aus der Tagesordnung. Freilich nicht als Einübung zu kritischem Zeitbewußtsein, wie bei den grandiosen Littlewood-Shows im Theatre Royal des Londoner East End, sondern als Mittel, um Distanz vom Zeitgeist zu gewinnen.

Eskapismus ist die Erfolgsmasche auch der kommerziellen Bühnen, die ohne Musik spielen. Das erklärt die ungebrochene Beliebtheit leicht angetaunter Erfolgsautoren einer vergangenen Zeit wie Noël Coward, Priestley und Rattigan. Da lockt Omar Sharif in Rattigans „Der schlafende Prinz“. Rex Harrison wurde für Shaws „Hans Herzstod“ angeheuert.

Zwar erlitten Theater-Profis wie Bernard Miles mit seinem Mermaid Schiffbruch. Aber das Mermaid hat ein neues Management und wird ebenso weiterleben wie die gleichfalls gescheiterten Theatre Roundhouse und Shaw. Neue Impresarios sind auf den Plan getreten wie die führenden Bühnenkomiker, die sich im „Theatre of comedy“ zusammenschlossen und jetzt im Shaftesbury und im Ambassadors das Sagen haben, wo sie aus dem Repertoire von Komödie und Farce neue Impulse mit bewährten Rezepten geben wollen. Es liegt in der Natur des Londoner Kulturbetriebs, daß die Stückeschreiber wie Hare und Hampton, Brenton und Edgar ihre zeitkritischen Stücke nur mit Hilfe des Steuerzahlers im subventionierten Sektor herausbringen konnten und daß sogar ein Arnold Wesker mit seiner „Annie Wobler“ mit dem Fringe-Theater New End vorliebnehmen mußte. Dennoch vermag auch das Westend Perlen zu bieten wie jüngst Stoppards „The Real Thing“.

SIEGFRIED HELM

JOURNAL

Retrospektiven der Filmfestspiele Berlin

AP, Berlin

Zu Ehren der Schauspielerin, Sängerin und derzeitigen Kulturministerin Griechenlands, Melina Mercouri, sowie des amerikanischen Regisseurs Jules Dassin wird es auf den 34. Internationalen Filmfestspielen im Februar in Berlin eine Hommage für das Ehepaar geben. Dassin wird ferner als Vizepräsident der Jury tätig sein. In fünf der Vorführung geplanten acht Filme Dassin spielen Frau Mercouri die Hauptrolle. Der Besuch Frau Mercouris auf den Filmfestspielen steht allerdings noch nicht fest. Ein zweiter Teil der Retrospektive wird den Werken von Ernst Lubitsch gewidmet sein. Als ein besonderes „Bonbon“ für Filmfreunde werden auch fünf alte Werke des Krimi-Altmeisters Alfred Hitchcock gezeigt, die seit 20 Jahren nicht in den Kinos zu sehen waren.

Daimler-Benz fördert Bundesjugendorchester

dpa, Bonn

Die Daimler-Benz AG wird künftig das vom Deutschen Musikrat getragene Bundesjugendorchester unterstützen und eine der drei Arbeitsphasen jährlich finanzieren. Dem 1969 gegründeten Bundesjugendorchester gehören mehr als 100 Musiker zwischen 14 und 21 Jahren an, darunter vorwiegend Bundespreisträger des Wettbewerbs „Jugend musiziert“. Die Grundfinanzierung des Orchesters tragen das Bundesjugendministerium und die Deutsche Stiftung Musikleben.

Ruhrgas-Stipendium für norwegische Studenten

dpa, Oslo

Um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Norwegen und der Bundesrepublik Deutschland zu ergänzen und zu bereichern, ist in Oslo ein deutsch-norwegisches Stipendienprogramm für Wirtschaftswissenschaftler (Ruhrgas-Stipendium) vereinbart worden. Vertragspartner sind der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Essen) und der Norwegische Allgemeinwissenschaftliche Forschungsrat (Oslo). Nach dem bis 1990 angelegten Programm sollen jährlich 30 bis 40 Stipendien für junge norwegische und deutsche Wirtschaftswissenschaftler im Austausch vergeben werden.

„Prix des Deux Magots“ an Jean Vautrin

AFP, Paris

Der Literaturpreis „Prix des Deux Magots“, der stets in dem Pariser Künstlercafé „Aux deux Magots“ im Stadtviertel Saint-Germain-des-Près von einer Kritikjury vergeben wird, ist dieses Jahr an den französischen Schriftsteller und Cineasten Jean Vautrin für dessen Roman „Patchwork“ (Editions Mazarine) verliehen worden. Es handelt sich um den achten Roman des ehemaligen Assistenten Roberto Rossellini, der auch als Drehbuchautor französischer Erfolgskrimis („Flic ou voyou“, „Garde à Vue“) einen Namen hat.

Mindelheim bekommt ein Textilmuseum

dpa, Mindelheim

Die Kreisstadt Mindelheim im Unterallgäu richtet bis zum Jahresende ein Textilmuseum ein, das von einer Stiftung der Augsburgs Professorin Hilda Sandner zurückgeht. Sie sammelte auf Reisen und während ihrer Lehrtätigkeit als Kunstlehrerin nahezu 4000 Textilstücke aus allen Teilen der Erde. Im Museum, das in einem leerstehenden Kloster entsteht, sollen Stickereien, Webarbeiten und Färbetechniken gezeigt werden.

Stadt Essen vergibt wieder „Deubau-Preis“

dpa, Essen

Der seit 1964 jeweils zur Deutschen Bauausstellung (Deubau) in Essen vergabene Deubau-Preis für junge Architekten wird auch 1985 verliehen. Wie die Stadt am Montag mitteilte, wird die Auszeichnung wiederum mit 20 000 Mark dotiert sein und für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet des Planens und Bauens vergeben. Die Preisbewerber dürfen am 9. Januar 1985 das 39. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Vorschlagsberechtigt sind die verschiedenen Architektenverbände sowie die Deutsche Akademie für Städteplanung und die Stadt Essen.

Gegendarstellung

In der Glosse „Was nicht sein darf...“ in der WELT vom 21. Dezember 1983 wird in bezug auf den seit Jahren vom Gesamtdeutschen Institut herausgegebenen Kalender behauptet: „Oft waren schreibende Funktionäre der SED als Autoren zugezogen worden, so daß man sich einen Begriff machen kann, was da für eine Objektivität waltete.“ Diese Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß die SED als Autoren für die Kalender des Gesamtdeutschen Instituts tätig gewesen sind.

Detlef Kühn
Präsident des Gesamtdeutschen Instituts
Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben

Mit feurigen Tests hat die US-Luftfahrtbehörde bewiesen, daß bei Feuer die größte Gefahr von jenen schmelzenden, qualmenden Kunststoffen der Innenausstattung ausgeht.

FOTO: FAA

Das tödliche Gift fliegt immer mit

A. BÄRWOLF, Washington

Die DC-9 der Air Canada des Fluges 797 von Dallas nach Toronto lag in 10 058 Meter Höhe wie ein Brett in der Luft. Captain Donald Cameron und Kopilot Claude Quimet hatten bei ihrer Arbeit im Cockpit etwas Luft. Da flogen drei Sicherungen heraus, die den Elektromotor der Toiletenspülung im Waschraum links hinten im Heck schützten. Vergeblich versuchte Captain Cameron, die drei Sicherungen wieder reinzudrücken.

Plötzlich roch es hinten in der Kabine wie angebrannt. Schwarzer Qualm wälzte sich durch den Passa-



gierraum. Kurzschluß im Elektromotor der Spülung. Die Besatzung funkte die Alarmmeldung Mayday. Alle elektrischen Systeme fielen aus. Nur ein künstlicher Horizont zeigte noch die Lage der Maschine an. In einem Winkel von 20 Grad sank der Jet auf den Flughafen von Cincinnati zu, der zufällig unter der DC-9 lag.

Die Passagiere atmeten durch nasse Lappen, die die Stewardessen verteilt hatten. Der schwarze Qualm kam jetzt aus allen Fugen. Captain Cameron atmete durch eine Sauerstoffmaske, sah die Runwaylichter durch eine Rauchschutzbrille, als er die DC-9 in

Cincinnati landete. Für 23 Menschen aber kam jede Hilfe zu spät.

Die Notlandung der DC-9 am 2. Juni 1983 hat die Luftfahrt bewegt. Warum gibt es keine Rauchdetektoren in den Bordtoiletten? Warum ist der Kunststoff unter den dekorativen Bezügen immer noch die Hauptquelle tödlicher Gase bei Feuer an Bord? Warum sind die schmuckvollen Deckenverkleidungen, die hellen Seitenwände, die die Panoramafenster umkleiden, immer noch aus dem gleichen Material?

Damals, im Sommer letzten Jahres, gaben die Vertreter der amerikani-

sehen Bundesluftfahrtbehörde FAA Auskunft. Sie gilt heute noch:

Die Passagiere in den modernen Jets sitzen auf fast flammfesten Sitzen. Der dekorative Sitzbezug ist sogar selbstlöschend. Aber die bunten Sitze und die schönen Kunststoffverkleidungen qualmen bei Feuer.

90 Prozent aller Opfer in der Zivil-Luftfahrt sterben den Erstickenstod, weil die Kabinen-Innenverkleidungen nicht rauchfest sind. Sondern ist der Kunststoff Polyurethan. Dieser hochmolekulare Werkstoff mit seinen langgestreckten Makromolekülen ist leicht und wird deswegen in der Luftfahrt bevorzugt. Dieser

durch Wasser aufgeschäumte ver-netzte Schaumstoff muß einen Panzer erhalten, damit bei einem Feuersturm an Bord Zeit gewonnen wird. Ein Feuerblocker soll künftig diese Hilfe bringen.

Diese Sicherheitsschicht aus nicht brennbarer Substanz soll künftig verhindern, daß die Flammen das Polyurethan aufweichen und die giftigen Gase freisetzen. Der Feuerblocker soll auf den Sitzen zwischen den dekorativen Bezügen und dem Polyurethan-Schaumstoff eingepreßt werden. Ebenso soll er den Rücken der Sitze schützen. Die Schwierigkeit liegt nicht in der Technik, sondern in

der Bürokratie. Der FAA ist es bis heute nicht gelungen, die Auflagen für die Airlines durchzusetzen. Das gleiche gilt für die Rauchmelder in den Bordtoiletten, die immer noch nicht zum Pflichteinbau zählen.

Die Technik ist so weit fortgeschritten, daß elektronische Anzeigen auf Computerbasis bereits Navigatoren und Bordingenieure ersetzen können. Die Installation von Rauchdetektoren in den Jets sollten kein größeres technisches Problem sein. Das Problem ist der langwierige Einführungsprozess der Feuerblocker als Schutzschild unter den Sitzbezügen.

Am Valentinstag schlägt „Luckys“ große Stunde

Chirurgenteam gab Seeschildkröte zwei künstliche Flossen

WERNER THOMAS, Islamabad Als Jürgen Toft seinen Bekannten den Grund seines Fluges nach Florida nannte, blickte er in fassungslose Gesichter. Er erklärte ihm gar für verrückt. Der orthopädische Chirurg aus Remschied brauchte diese Reise jedoch nicht zu bereuen. Sie wurde ein voller Erfolg.

Der gebürtige Berliner, leitender Arzt einer Klinik in Remschied, hatte die ungewöhnlichste Operation seines Lebens unternommen. Zusammen mit seinem amerikanischen Kollegen Patrick Barry verpaßte er der 350 Pfund schweren Seeschildkröte „Lucky“, die unter Hale geraten war, zwei Flossen-Prothesen. Drei Stunden lang wurde geschneitten, gesägt, gehämmert, gemeißelt, gebohrt, geschnitten und geheftet. Als der noch leicht benommene Patient dann in einem Wasserbecken die ersten zaghaften Schwimmversuche wagte, jubelte die Menge.

Das „Theater of the Sea“, eine 45 Jahre alte Anlage mit dressierten Delphinen und Seelöwen, zwei Autostunden von Miami entfernt auf der Inselkette Keys gelegen, hatte noch nie eine solche Vorstellung gegeben. Sie fand im Freien statt. „Lucky“ lag auf einem Holztisch. Jede Menge Publikum beargwöhnte das acht Mann starke Operationsteam. Neben Toft und Barry arbeiteten noch die Anästhesisten Robert Foley und Jesse Whitte sowie vier Assistenten an der Schildkröte.

Barry, der auch schon gebrochene Beine von Elefanten repariert hat, kommentierte die Prozedur für die Presse. Zunächst wurden die beiden Stimpfe aufgeschnitten. Dann bohrten die Ärzte in die freigelegten Knochen eine Öffnung, in der das Metallteil der Prothese festgeschraubt wurde.



„Lucky“ und ihre Ärzte: Schon kurz nach der Operation machte die Seeschildkröte erste Schwimmversuche.

FOTO: AP

de. Am Schluß nähten die Chirurgen das Fleisch wieder zusammen. Links gab es mehr Probleme als rechts. Der auf dieser Seite übriggeliebene Knochen war zu kurz und splittete immer wieder. Als dann aber auch diese Prothese saß, ging ein Aufstöhnen durch die Reihen.

Aufgetaucht hat besonders der Anästhesist White. Der im Seaquarium von Miami tätige Tierarzt hat zwar Erfahrungen mit Delphinen, Seelöwen und Seeschildkröten, aber die Dosis für Schildkröten kannte er nicht.

Die Operation „Lucky“ war eine koordinierte Gemeinschaftsarbeit. Die Reifentierin Goodyear konstruierte die Gummiflossen. Zwei Mitglieder der Forschungsabteilung errechneten mit Computern die angemessene Größe der Prothesen und bestimmten das Material. Die Prothese umfaßt nur 70 Prozent der Fläche der verlorenen Flossen. Die aus Naturgummi gefertigten Prothesen wurden mit einer braunen Farbe überzogen, die Salzwasser abtötet. Braun ist die Farbe des Tieres. Howmedica, ein Unternehmen im US-Bundesstaat New Jersey für orthopädische Implantationsvorrichtungen, entwarf das Metallteil der Prothese und wählte Kobaltchrom.

Auf den Innenseiten der Prothesen steht die Aufschrift: „Lucky, die Schildkröte - 17. Januar 1984 - Goodyear Tier Company - Howmedica, Inc. - Dr. Patrick Barry.“ Lucky muß aber auch anderen Personen dankbar sein. Monte Green beispielsweise. Der Grundstücksmakler hatte der Schildkröte im Mai vergangenen Jahres das Leben gerettet, als sie damals - zehn Kilometer vor der Keys-Küste - bei der Kopulation von einem Hai überfallen und verstümmelt wurde.

Marlin Simon, der Kurator des „Theater of the Sea“, pflegte „Lucky“ liebevoll. „Diese Gattung ist vom Aussterben bedroht.“ Das Alter des Halbschöpfers schätzte Simon auf 35 Jahre. Schildkröten dieser Art können bis zu 200 Jahre alt werden. Kenny McKenney, der Besitzer des Tierparks, war auf die Idee gekommen, der lädierten „Lucky“ mit Prothesen zu helfen. Die Operation hat rund 195 000 Mark gekostet. Honorar verlangten die Ärzte nicht. Mehr noch. Sie zahlten ihre Kosten aus eigener Tasche.

„Lucky“ soll nun zwei bis drei Wochen in dem Schwimmbecken bleiben und dann an Land getestet werden. Halten die Prothesen, soll die Schildkröte wieder ausgesetzt werden - am 14. Februar, dem Tag der Verliebten.

(SAD)

LEUTE HEUTE

Zoll-Problem

Minuten nach der Landung des Ex-Besties-Paars Paul und Linda McCartney wurde Linda auch in London wegen Raubschiffbesitzes festgenommen. Erst einen Tag zuvor waren sie und ihr Mann auf Barbados wegen Haschischbesitzes zu einer Geldstrafe von 200 Dollar verurteilt worden (siehe WELT von gestern). Linda wurde formell beschuldigt, dann jedoch gegen Kaution bis zum Gerichtstermin auf freien Fuß gesetzt.

Pizza-Produzent

Der italienische Filmproduzent Dino de Laurentis will in Amerika bleiben. Wie er jetzt in einem Interview bestätigte, wird er nur noch zu den Dreharbeiten von zwei Filmen in seine Heimat reisen. In Amerika soll es allerdings nicht nur beim Filmgeschäft bleiben. De Laurentis plant den Aufbau einer Kette von italienischen Pizzeria-Restaurants.

Elefanten-Jagd

Der Regierungschef des indischen Bundesstaates Arunachal Pradesh, Gegang Apan, mußte mit einem Hubschrauber der indischen Luftwaffe aus einer mitleidigen Lage befreit werden. Eine Herde rasender Elefanten hatte ausgerechnet das Dorf, in dem sich der Politiker befand, umzingelt. Der Minister kam mit dem Schreck davon. 40 Dorfbewohner dagegen wurden von den Dickhäutern verletzt.

Eine ziemlich teure Ohrfeige schallt durch Fleet Street

Mit ungewöhnlichen Anzeigen will das britische Kommerzfernsehen Zeitungen Anzeigen abjagen

FRITZ WIRTH, London Auf den ersten Blick sieht es wie ein sehr exklusiver Scherz aus: Ein offenbar wohlhabender Mensch kauft zu Preisen von 66 800 Mark bei der traditionellen rosafarbenen „Financial Times“ weißen Raum ein. Mit diesem

weißen Raum „füllte“ er eine ganze Seite dieses Blattes in Größe von 36 mal 54 Zentimetern. Im Zentrum dieses weißen Raumes brachte er jedoch - offenbar nur für Leute, deren Augenlicht durch die Dauerbesichtigung ihrer Fernsehschirme noch keinen Schaden genommen hat - in winziger kleiner Schrift eine Anzeige von einem Zentimeter Höhe und drei Zentimeter Breite mit einer höchst provokativen Botschaft unter: „Der Inserent hat beschlossen, diesen Raum freizulassen und nur noch im Fernsehen zu werben.“

Eine gezielte Provokation. Der Trick, mit weißer Fläche zu werben, ist nicht neu. Die Methode jedoch, eine Zeitung 66 800 Mark zu zahlen, um ihr dafür geschäftlich eine Ohrfeige zu verpassen und zu beschreiben, daß sie als Anzeigenmedium ineffektiv sei - das hat es bisher noch nicht gegeben.

Erachtet hat diese Anzeige Michael Gold von der britischen Werbeagentur „Gold, Greenlee & Trotter“. Er zögert überhaupt nicht, zuzugeben, daß diese Anzeige eine gezielte Provokation gegen die Presse sei, und er gesteht ebenso offen ein, daß nicht alle britischen Zeitungsverlage bereit waren, sich für so teures Geld ohrengeizig zu lassen.

John Waring, Anzeigenchef der „Financial Times“, sieht die Sache jedoch viel unbefangener als manche seiner Fleet-Street-Kollegen. „Es gibt“, sagt er, „eine deutliche logische Unebenheit in dieser Anzeige. Dieser Inserent hat offenbar erkannt, daß er, um eine Botschaft an die Industrie durchzubringen, die „Financial Times“ braucht. Hätte er volles Vertrauen in die Wirksamkeit jenes Mediums, für das er wirbt, wäre er mit seiner Botschaft gleich ins Fernsehen gegangen.“

So kleingedruckt und provozierend die Botschaft auch sein mag, sie ist ein Kind der Not. Der Auftraggeber dieser Anzeige ist die „Independent

Television Companies Association“, eine Vereinigung aller britischen kommerziellen Fernsehkanäle, und diese stehen mit dem Rücken zur Wand. Die Geschäfte laufen schlecht. Das Kabel-Fernsehen steht vor der Tür, und jüngst feierte das Satelliten-Fernsehen in Großbritannien Premiere. Der Anzeigenkuchen ist kleiner, die Zahl der Mitesser größer geworden. Aus diesen Gründen beschloß man den großen Schlag ins Kontor der Zeitungskonkurrenz.

Erklärung ist plausibel Für die unbequeme Frage, warum man denn weiterhin die Zeitungen braucht, um deren angebliche Werbewirksamkeit zu geißeln, gibt es eine sehr naheliegende Erklärung: Das Fernsehen ist für solche Anzeigen zu teuer. Der Inserent hätte, um diese Botschaft nur im Raum London auf den Bildschirmen auszustrahlen, 100 000 Mark pro Minute hinblättern müssen. So gesehen, ist der von ihnen so geschmähte weiße Zeitungsraum spott- oder, um im Werbeslogan zu bleiben, spot-billig.

nee quer durch Deutschland, Österreich und die Niederlande. Die Münchner lieben „ihren“ Zirkus. In einer Wintersaison allein sehen 400 000 Zuschauer das jeweilige Programm. Für zweieinhalb Stunden will man den Alltag vergessen, will sich verzaubern lassen.

Die Großen waren samt und sonders hier: vom Clown Schön bis zum russischen Clown Popow, die Valla-Bertini-Truppe mit der Hochradnummer und die Ben-Mohamed-Gruppe aus Marokko, die aus Körpern, Pyramiden baut, Dromedare und Illusionisten, Männer mit eisernen Kiefern und Frauen mit „Schlangeneibern“. Die so oft totesagte Zirkuswelt ist zumindest in der bayerischen Landeshauptstadt putzmunter, von Platte keine Spur. Manegen-Atmosphäre ist gefragt. Und der jetzt verstorbene Carl Sembach hätte eine ganz einfache Erklärung: „Zirkus im Fernsehen ist wie eine Rose hinter Glas - der Geruch der Tiere und Sägespäne fehlt eben.“ - Seine Tochter Christel will das Imperium weiterführen.

Beamte mit Pensionsberechtigung wurden. Begonnen hatte alles damit, daß er als Schüler ständig im Frankfurter Zoo zu finden war, wo er schließlich ein Lama mit der Flasche großzog. Später, als Volontär beim Zoo, wurden Löwen und Tiger seine Favoriten.

Seit 1919 besitzt „sein“ Zirkus ein festes Haus inmitten der bayerischen Landeshauptstadt, wo alljährlich am zweiten Weihnachtstag das neue Programm vorgestellt wird. Für München gehört dieser Zirkus längst zur Stadt wie das Hofbräuhaus oder der Alte Peter. Im Frühjahr und im Sommer geht das Unternehmen auf Tour-

nen an der Wunsch des Schwiegervaters, den Carl Sembach erfüllte. Schwere Zeiten durchlitt der Zirkus während der Kriegs- und Nachkriegsjahre. Carl Krone starb 1943, seine Frau Ida 1957. Seitdem leitete Carl Sembach, mit seiner Frau und Tochter Christel, einen glänzenden Reiterzirkus, den Unternehmen, umklammelte alle Schwierigkeiten, die mit der Konkurrenz des Fernsehens und der Freizeitindustrie für alle Zirkusunternehmen auftraten. Sembach paßte sich den Gegebenheiten der Zeit an, verstaute die Rolle des Prinzipals im Frack mit der eines kühn kalkulierenden Managers. Er verstand die Kunst der Balance zwischen traditionellem Zirkusromantismus und kalkulierter Rentabilität.

Seit 1919 besitzt „sein“ Zirkus ein festes Haus inmitten der bayerischen Landeshauptstadt, wo alljährlich am zweiten Weihnachtstag das neue Programm vorgestellt wird. Für München gehört dieser Zirkus längst zur Stadt wie das Hofbräuhaus oder der Alte Peter. Im Frühjahr und im Sommer geht das Unternehmen auf Tour-

nee quer durch Deutschland, Österreich und die Niederlande. Die Münchner lieben „ihren“ Zirkus. In einer Wintersaison allein sehen 400 000 Zuschauer das jeweilige Programm. Für zweieinhalb Stunden will man den Alltag vergessen, will sich verzaubern lassen.

Die Großen waren samt und sonders hier: vom Clown Schön bis zum russischen Clown Popow, die Valla-Bertini-Truppe mit der Hochradnummer und die Ben-Mohamed-Gruppe aus Marokko, die aus Körpern, Pyramiden baut, Dromedare und Illusionisten, Männer mit eisernen Kiefern und Frauen mit „Schlangeneibern“. Die so oft totesagte Zirkuswelt ist zumindest in der bayerischen Landeshauptstadt putzmunter, von Platte keine Spur. Manegen-Atmosphäre ist gefragt. Und der jetzt verstorbene Carl Sembach hätte eine ganz einfache Erklärung: „Zirkus im Fernsehen ist wie eine Rose hinter Glas - der Geruch der Tiere und Sägespäne fehlt eben.“ - Seine Tochter Christel will das Imperium weiterführen.

„Zirkus Krone“ verlor seinen besten Mann

R.-M. BORNGÄSSER, München

Nichts, sagte er, würde er anders machen, hätte er noch einmal die Wahl. „Das Leben muß Höhen und Tiefen haben. Man lernt aus den Schwierigkeiten.“ Das war am 8. Dezember vergangenen Jahres, an seinem 73. Geburtstag. Nun ist Carl Sembach, Deutschlands legendärster Zirkusdirektor, tot. Er starb Mittwoch früh in München. Krone-Carl Sembach war Regent über ein stattliches Imperium mit 400 Künstlern und Mitarbeitern und mindestens ebenso vielen kleinen und großen Tieren. Auf und nieder wie auf dem Trapez verlief das Leben dieses Mannes. „Getroffen wie von Blitz“ nach einem Zirkusbuch, beschrieb er Freunden sein ungewöhnliches Engagement.

Geboren wurde er als Sohn eines Frankfurter Finanzbeamten mit „garantierter keinem Tropfen Artistenblut in den Adern“. Carl Sembach verstaute seine Familie in Erstaunen, als er sich Knall auf Fall der Manie verscrieb, während seine Geschwister

Beamte mit Pensionsberechtigung wurden.

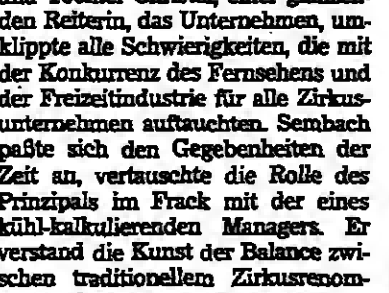
Begonnen hatte alles damit, daß er als Schüler ständig im Frankfurter Zoo zu finden war, wo er schließlich ein Lama mit der Flasche großzog. Später, als Volontär beim Zoo, wurden Löwen und Tiger seine Favoriten.



Starb mit 73 Jahren in München: Carl Sembach. FOTO: DPA

Beamte mit Pensionsberechtigung wurden.

Begonnen hatte alles damit, daß er als Schüler ständig im Frankfurter Zoo zu finden war, wo er schließlich ein Lama mit der Flasche großzog. Später, als Volontär beim Zoo, wurden Löwen und Tiger seine Favoriten.



Starb mit 73 Jahren in München: Carl Sembach. FOTO: DPA

„New York's Finest“ sollen Taille zeigen

Neues Programm soll die Dicken bei der New Yorker Polizei von Beförderungen ausschließen

ERNST HAUBROCK, New York „New York's Finest“, New Yorks Beste, wie die Polizisten der Acht-Millionen-Stadt früher aus Lokalpatriotismus, heute aber mehr mit freundlicher Ironie genannt werden, sind nicht die schönsten. Leibschmerzen ist bei ihnen weit verbreitet, und kaum ein Karibaturist läßt sich die Gelegenheit entgehen, die Hüter von Gesetz und Ordnung mit schwer über den Revolvergürtel hängendem Schmerzbauch zu stricheln.

Einmal im Monat auf die Waage

Der obersten Polizeispitze war das aus Gründen des Ansehens aber auch wegen der durch Übergewicht geminderten Leistungsfähigkeit ihrer Beamten schon immer ein Dorn im Auge. Vor geraumer Zeit versuchte deshalb ein wohl etwas weltfremder Polizeichef ein System einzuführen, bei dem die Männer in Blau einmal im Monat auf die Waage steigen und falls zu schwer befunden, verwandt und in

ernsten Fällen gar den Dienst quittieren sollten.

Daraus wurde verständlicherweise nichts. Quer durch die Ränge gab es Proteste. Die Polizeigewerkschaft lamentierte und sprach von „physischer Diskriminierung“. Sang- und klanglos verschwand das Programm. „Schlanke Schutzleute“ schließlich von Tisch.

Jetzt überraschte die Polizeileitung die Öffentlichkeit mit einem neuen Plan: Die Beamten sollen zur besseren Taille nicht mehr gezwungen, sondern eher dazu verleitet werden. Und zwar durch ein kompliziertes Beförderung- und Trimm-Dich-System mit halbjährlichen Leistungsprüfungen. Wer sie besteht, erhält halbe oder ganze Beförderungspunkte, die sonst durch herausragende Taten im Dienst vergeben werden.

Die zu absolvierenden Prüfungsaufgaben mögen durchschnittlich sportlichen Männern als Kinderspiel erscheinen, sind aber so angelegt, daß sie schwer Übergewichtigen kaum eine Chance lassen:

• Drei Treppen hoch laufen und dann eine 90-Kilogramm schwere Ki-

ste fünfmal hintereinander über eine Entfernung von sechs Metern bewegen. Zeit nicht mehr als 50 Sekunden.

• Aus drei Meter Anlauf eine 1,50 Meter hohe Mauer überwinden, weitere zehn Meter laufen, im rechten Winkel scharf abbiegen und eine 35 Meter lange Hindernisstrecke bewältigen, alles in 18 Sekunden.

• Eine 60 Kilogramm schwere Puppe neun Meter in 13 Sekunden schleppen.

Das Ziel - besser aussehende Beamte

Wer von den Uniformierten mit Bauchneigung künftig Karriere machen möchte, muß also ständig auf Mäßigkeit bedacht sein und im Schlepp- und Treppentraining bleiben. Die Erfinder des Systems hoffen, mit dem neuen Anreiz bis zum Sommer, wenn „New York's Finest“ ohne Mantel und Jackett wieder Figur zeigen, besser aussehende Beamte präsentieren zu können. (SAD)

Hollywoods Niederlage

US-Gericht ließ sich nicht auf Verbot von Videorecordern ein

SAD, Washington Videorecorder, die Fernsehsendungen für den privaten Bedarf aufzeichnen, sind in den USA weiterhin erlaubt und verstoßen nicht gegen bestehende Copyright-Gesetze. Diesen Spruch fällte jetzt das Oberste Bundesgericht in Washington, womit es den hochgesteckten Erwartungen der US-Filmindustrie einen schweren Schlag versetzte.

Mit fünf zu vier Stimmen entschied das Gericht, daß die Video-Hersteller also nichts Unerlaubtes tun, wenn sie weiterhin ihre Geräte verkaufen. Inzwischen besitzt jede zehnte amerikanische Familie ein solches Gerät. Angesichts der zu erwartenden Zuwachsraten - schon 1990 könnten es leicht 40 Millionen sein - hatte die Filmindustrie zwar ein Verbot der Recorder gefordert, aber auch durchblicken lassen, daß man ebenfalls mit einer gesetzlich verordneten Schutzgebühr leben könne.

Die Filmindustrie will sich jetzt an den Kongress wenden. Er allein ist in der Lage, die Copyright-Gesetze im Sinne Hollywoods zu ändern. Wie sehr die alten Gesetze hinter der Zeit herhinken, hatte Bundesrichter Paul Stephens mit dem Hin-

Jumbo-Notlandung nach Explosion in 6000 Meter Höhe

AP/rtr, Islamabad

Eine explodierende Essigflasche im Koffer eines Passagiers hat am Mittwoch möglicherweise die Notlandung eines französischen Jumbo-Jets mit 281 Menschen an Bord in Pakistan verursacht. Wie die Sicherheitsbehörden in Karatschi mitteilten, sei die offenbar leicht entzündbare Flüssigkeit in Brand geraten und die Flasche explodiert. Sabotage werde ausgeschlossen. Der Koffer gehörte einem pakistanischen Passagier, der in Karatschi zugestiegen war. Bis auf eine Person wurde niemand verletzt. Mehrere von der Explosion verursachte Löcher in der Wand des Gepäckraums der Maschine hatten in 6000 Meter Höhe zu einem plötzlichen Druckabfall in der Kabine geführt. Wahrscheinlich rettete der Pilot die Maschine durch einen Sturzflug, bis sich in 1600 Meter Höhe der normale Druckausgleich wieder einstellte. Die Maschine befand sich auf dem Weg von Manila nach Paris.

Verfahren ohne Herstatt

K. T. Born

Die Verhandlung gegen den 70 Jahre alten Kölner Ex-Bankier Iwan D. Herstatt wird ohne den Angeklagten weitergeführt. Diesen Beschluß faßte die 6. Große Strafkammer vorgestern Abend. Nach Ansicht des Gerichts hat der Angeklagte seinen schlechten Gesundheitszustand vorsätzlich und schuldhaft herbeigeführt. Die Staatsanwaltschaft prüft jetzt, ob sie gegen Herstats Arzt, Professor Kaufmann, ein Strafverfahren einleiten soll.

Polen zeigt „The Day after“

dpa, Warschau

Der stark diskutierte amerikanische Film über Ausbruch und Folgen eines möglichen Atomkrieges, „The Day after“, wird auch im polnischen Fernsehen gezeigt. Dies berichtete die polnische Zeitung „Zycie Warszawy“.

Intelligent?

AFP, Caracas

Venezuela, das als einziges Land der Welt seit fünf Jahren ein Ministerium für die Förderung der Intelligenz besitzt, wird künftig ohneauskommen müssen. Die neue Regierung unter dem sozialdemokratischen Präsidenten Jaime Lusinchi hat kein solches Ressort mehr vorgesehen.

Über Labor explodiert

AP, Porton

Ein Flugzeug des Typs Jaguar ist direkt über einem Forschungslabor für biologische und chemische Kriegsführung im Südwesten Englands explodiert und in unmittelbarer Nähe des Geländes abgestürzt. Der Pilot konnte sich mit dem Schleudersitz retten.

Großbrazzia in München

Lz, München

Bei einer Großbrazzia im Münchner Zuhältermilieu, an der gestern fast 100 Polizeibeamte beteiligt waren, wurden fünf Frauen und acht Männer festgenommen. Den Sicherheitsbehörden gelang damit der bisher größte Erfolg im Zuhälterkrieg, der seit einigen Wochen in der bayerischen Landeshauptstadt tobt.

Unter Tage eingeschlossen

AP, Tokio

Mehr als 90 japanische Bergleute sind gestern in der unterirdischen Kohlegrube Mitsui nahe der süd-japanischen Stadt Omuta von der Außenwelt abgeschnitten. Nach Angaben der Polizei seierteichte bisher jeder Versuch, mit den Bergleuten Kontakt aufzunehmen. Zwei Arbeiter seien mit Sicherheit tot.

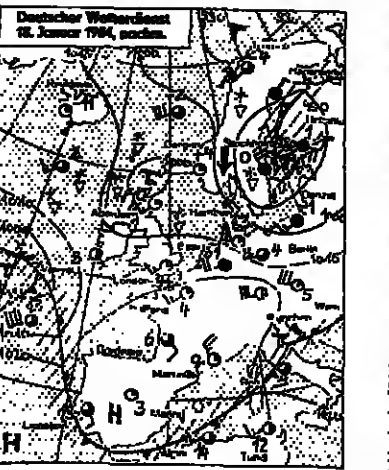
ZU GUTER LETZT

„Gott hat nicht nur Nachtigallen geschaffen, sondern auch Krähen.“ Antwort eines Heilsmannes auf die Frage im Bayerischen Rundfunk, ob jeder bei der Heilsmanne gut singen könne.

WETTER: Geringer Schneefall

Wetterlage: Von Nordwesten her wird maritime Polarluft nach Deutschland geführt. Ein von Frankreich südostwärts ziehendes Tief erlaubt den Süden des Bundesgebietes.

Vorhersage für Donnerstag: Der Norden und Berlin: Bei wech-



Temperatur am Mittwoch, 13. Uhr: Berlin 4°, Köln 3°, Bonn 3°, Dresden 1°, Essen 1°, Frankfurt 1°, Hamburg 1°, Leipzig 1°, München 1°, Stuttgart 1°, Alster 1°, Amsterdam 1°, Athen 12°, Barcelona 9°, Brüssel 1°, Budapest 9°, Helsinki 1°, Istanbul 7°.

selnder Bewölkung einzelne Schneeschauer. Höchsttemperatur 2 bis 4 Grad. Nachts gering bewölkt und Abkühlung auf minus 2 bis minus 5 Grad, dabei auf den Straßen verbreitete Glatte. Mäßiger, zeitweise blig aufziehender Südostwind, auf Ost drehend.

Der Süden: Zunächst noch örtlich aufgeweicht. Von Westen her rascher Bewölkungszug und nachfolgend zeitweise Schneefall. Tagestemperaturen um 2 Grad, in den Mittelgebirgen um minus 3 Grad. Nachts Abkühlung auf null bis minus 3 Grad. Mäßiger Südostwind, auf Ost drehend.

Weitere Aussichten: Im Osten noch gelegentlich Schneefall, sonst teilweise aufgeweicht und trocken. Null bis 2 Grad.

Temperatur am Mittwoch, 13. Uhr: Berlin 4°, Köln 3°, Bonn 3°, Dresden 1°, Essen 1°, Frankfurt 1°, Hamburg 1°, Leipzig 1°, München 1°, Stuttgart 1°, Alster 1°, Amsterdam 1°, Athen 12°, Barcelona 9°, Brüssel 1°, Budapest 9°, Helsinki 1°, Istanbul 7°.

• Sonnenaufgang am Freitag: 8.16 Uhr, Untergang 16.50 Uhr, Mondaufgang: 19.19 Uhr, Untergang 9.54 Uhr. • In MEZ, zentraler Ort: Kassel.